



Politische Berichte

Nummer 5 / 15. Jahrgang

10. März 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Die NATO rückt nach Osten vor

Wird die Intervention in Bosnien zum Vorspiel für den Krieg gegen Rußland?

Mit dem Abschluß von vier vermutlich serbischen Flugzeugen über Bosnien hat die NATO unmittelbar militärisch in den Krieg im ehemaligen Jugoslawien eingegriffen. Bundeswehrsoldaten, seit knapp einem Jahr im AWACS-Einsatz im Kampfgebiet, waren an dem NATO-Angriff in Verletzung des Grundgesetzes aktiv beteiligt: Sie leiteten aus einer ungefährdeten Stellung heraus das Feuer auf die Piloten der abgeschossenen Flugzeuge und sind für die Tötung von Menschen mitverantwortlich.

Die schon mit dem Sarajewo-Ultimatum gegen die bosnisch-serbische Bürgerkriegspartei angestrebte, durch eine diplomatische Initiative Rußlands aber noch hinausgeschobene Militärintervention führt in eine gefährliche Krise, auch wenn deren Ausmaß und Auswirkungen kurzfristig vielleicht noch nicht so deutlich werden.

Der im NATO-Vertrag festgelegte Verteidigungsfall wird nicht einmal behauptet. Das Bündnisgebiet wurde nicht bedroht. Die NATO hat mit der Intervention ihre vertragliche Grundlage verlassen. Vorbereitet worden war der Einsatz spätestens mit dem Beschluß des NATO-Rats vom 9.8.93, der zur Durchbrechung der Belagerung Sarajewos und zur Durchsetzung von Schutz-zonen in anderen Regionen Bosniens Luftangriffe gegen serbische Stellungen, Kommandostellen, Nachschublinien, Depots vorsah.¹ Nach dem Abschluß der Flugzeuge ist die Drohung mit weiteren Militärschlägen der NATO allgegenwärtig, gerichtet gegen Serbien — und gegen Rußland.

Auf dem NATO-Gipfel am 10./11. Januar 1994 haben die westlichen Bündnispartner zwei weitreichende und eng zusammenhängende Beschlüsse gefaßt. Erstens einigten sie sich darauf, die NATO künftig (formell als Mandatsträger von UNO-Sicherheitsrat und KSZE) zur „Wahrnehmung unserer gemeinsamen transatlantischen Sicherheitserfordernisse“² außerhalb des Bündnisgebietes einzusetzen. Mit der militärischen Intervention in Bosnien hat die NATO faktisch den Präzedenzfall für zukünftige

ge Einsätze „out of area“ geschaffen. Der Gipfel billigte im Zusammenhang damit das Konzept Gemischter Einsatzgruppen.

Zweitens verständigte sich das Militärbündnis auf eine „Einladung“ an die osteuropäischen Länder zu einer „Partnerschaft für den Frieden“, d.h. der Entwicklung militärischer Zusammenarbeit mit ost- und südosteuropäischen Ländern einschließlich „Konsultationen, wenn ... (ein) Partner eine direkte Bedrohung seiner territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit sieht“.

Vor allem, aber nicht nur die BRD macht sich seit dem Zerfall von RGW und Warschauer Pakt für das Vorrücken der NATO nach Osten stark. Ihr Bestreben ist es, den Osten und Südosten Europas als Billiglohngebiet für deutsche und andere Konzerne und, um einen Bankmanager zu zitieren, als „industriellen Hinterhof“ des westlichen Europas zu benutzen, kurz: in eine deutsch-europäisch dominierte, in halbkolonialer Abhängigkeit gehaltene und militärisch kontrollierte Hegemonialosphäre zu verwandeln. „Die Frage ist“, konnte man kürzlich in der Militärzeitschrift *Europa-päische Sicherheit* (2/94) lesen, „ob man in den westeuropäischen Hauptstädten jetzt die Chance begreift und wahrzunehmen versteht, den einstigen sowjetischen Satellitengürtel in eine westliche Einflußzone zu verwandeln.“

Die aggressive und gefährliche Strategie der Neuordnung Europas zielt, das wird immer deutlicher, auf die Einkreisung und Isolierung Rußlands. Schon nehmen die nicht nur propagandistischen Bemühungen zu, Rußland als alten und potentiell neuen Feind herauszupräparieren, der Frieden und Fortschritt bedrohe. „Der imperiale Revisionismus eines nicht unerheblichen Teils der russischen Führungsschicht ist der größte einzelne Risikofaktor in der politischen Entwicklung Osteuropas. Er richtet sich vor allem gegen die Unabhängigkeit der baltischen Staaten, gegen die Separation der Ukraine und gegen die nationalen Ansprüche kleiner Nationen inner- und außerhalb der Russischen Föderation.“



liest man etwa in der Zeitschrift *Außenpolitik* (4/93). Rußland müsse sich das Vertrauen des Westens erwerben, sagte Kohl auf der 31. Konferenz für Sicherheitspolitik Anfang Februar: „Ein Konzept von Einfluß- und Interessensphären wäre damit nicht zu vereinbaren.“

Rußland hat auf die Bedrohung durch die Ausweitung der NATO-Einfluß-sphäre reagiert. Ende letzten Jahres, vor dem NATO-Gipfel im Januar, verabschiedete der russische Sicherheitsrat eine neue Militärdoktrin, die u.a. „eine Erweiterung von militärischen Blöcken und Bündnissen zum Nachteil der militärischen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation“ zu den „Hauptquellen militärischer Gefahr“ für Rußland zählt.³ Insbesondere betont die Doktrin die Absicht, „lebenswichtige Interessen“ im „nahen Ausland“ — gemeint sind in erster Linie die ehemaligen Sowjetrepubliken, vor allem auch die baltischen Staaten — zu schützen.

Der NATO-Gipfel hat die Ostverschiebung des Bündnisgebietes — zunächst — nicht beschlossen. In den halb-offiziösen Interpretationen des „Friedenspartnerschafts“-Konzepts wird jedoch klargestellt, daß der NATO-Beitritt mittelfristig vor allem der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn und der Slowakei, darüber hinaus den baltischen Staaten in Aussicht gestellt ist. „Schon mit der Politik der ‚Friedenspartnerschaften‘ tendiert die NATO dazu, im Effekt das ‚nahe Ausland‘ Moskaus in ein ‚nahes Ausland‘ des Westens zu verwandeln“, kommentiert Lothar Rühl im *Europa-Archiv* 4/94. Mit einer Krieg einkalkulierenden Bedenkenlosigkeit erklärt Bundesaußenminister Kinkel das „Baltikum (zum) Prüfstein für die Tragfähigkeit der künftigen Sicherheitsarchitektur in Europa“.⁴

Während die NATO Rußland einzukreisen sucht, soll sich das Land zur Wahrung seiner reklamierten Sicherheitsinteressen nicht auf die UNO stützen können. Deshalb bereiten die USA „mit der Präsidentendirektive 13 gegenwärtig eine Konzeption vor, die eine Legitimation russischer Maßnahmen durch die UN ausschließt, sofern ihr nicht alle Betroffenen zugestimmt haben und internationale Beteiligung gesichert ist. Umgekehrt sollen friedenserhaltende Maßnahmen der UN auch dann unterstützt werden, wenn sie russischen Interessen zuwiderlaufen.“⁵ Letzteres zeichnet sich im ehemaligen Jugoslawien ab. Die Gefahr, daß die NATO-Militärintervention dort zum Vorspiel für einen Krieg der NATO gegen Rußland wird, ist gewachsen.

8. März 1994



Mehrere zehntausend Frauen haben am Dienstag, den 8. März, an Aktionen zum ersten bundesweiten Frauenstreiktag teilgenommen. In Berlin legten Demonstrantinnen an mehreren Orten um 13 Uhr durch Straßenblockaden den Verkehr lahm. Die „Straße des 17. Juni“ zum Brandenburger Tor wurde in „Straße des 8. März“ umgetauft. In Dortmund beteiligten sich etwa 1500 Frauen aus der Stadtverwaltung an einer Demonstration. In ganz Nordrhein-Westfalen sollen nach Angaben des DGB zehntausende Frauen sich an Aktionen beteiligt haben. In Bremen protestierten tausend Frauen mittags gegen Benachteiligungen, in Frankfurt blockierten 500 Frauen zeitweilig die Konrad-Adenauer-Straße. In Hannover beteiligten sich u.a. 200 Frauen an einer Kundgebung. In Potsdam waren schon in der Nacht auf den 8. März etwa 30 Straßen nach prominenten Frauen umbenannt worden. In Köln (unser Bild) demonstrierten am Abend ca. 1000 Frauen gegen Gewalt an Frauen, sexuelle Ausbeutung, Frauenarbeit und fehlende Kindergartenplätze. — (rül, Foto: Henning Kaiser/transparent)

(1) Uwe Nerlich, Neue Sicherheitsfunktion der NATO, *Europa-Archiv* 23/93; (2) Erklärung des Gipfels, in: *Europa-Archiv* 3/94; (3) *Die Bank* 10/93; (4) *Bulletin* 15/94; (5) zitiert nach Lothar Rühl, Partnerschaft für den Frieden? in *Europa-Archiv* 4/94; (6) *Welt*, 5.3.94 — (scc)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Gesamtmetall erzwingt „Wende“

Tarifabschluß in Niedersachsen: Lohnsenkung und extreme Flexibilisierung

Im engsten Kreis haben sich die „Spitzen“ von Gesamtmetall und IG Metall auf einen „Pilotabschluß“ für die Tarifbewegung in der Metallindustrie geeinigt. Wichtige Kernpunkte sind:

- Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung werden nach fünf Nullmonaten ab 1. Juni dieses Jahres um 2 Prozent erhöht, umgerechnet auf die Laufzeit sind das ca. 1,17 Prozent.
- Das Weihnachtsgeld wird 1994 um 10 Prozentpunkte verringert.
- Weihnachts- und Urlaubsgeld werden 1994, 1995 und 1996 auf der Basis Stand 1993 berechnet.
- Die Urlaubsregelungen sind bis 1996 weitgehend wieder in Kraft.
- Eine Jahresarbeitszeit wird möglich. Die Arbeitszeit kann über zwölf Monate, vorher sechs, ungleich verteilt werden.
- Die Betriebsparteien können die wöchentliche Arbeitszeit von 36 auf bis zu 30 Stunden kürzen. Gilt die Kürzung für

die gesamte Belegschaft, gibt es keinen Lohnausgleich, ein Verlust von 17 % des Einkommens tritt ein. Gilt die Kürzung nur für Teile der Belegschaft, gibt es einen teilweisen Lohnausgleich. Eine Beschäftigungsgarantie für zwei Jahre gilt nur, wenn die Gesamtbelegschaft von der Verkürzung betroffen ist. Die Einführung dieser Arbeitszeitreduzierung ist vom Betriebsrat nicht erzwingbar.

Nach Saldobildung auf der Lohnseite handelt es sich um einen Nullabschluß. Damit hat Gesamtmetall das vielleicht wesentlichste Ziel der beabsichtigten „tarifpolitischen Wende“ erreicht. „Der Artikel 0 des Grundgesetzes ‚Der Besitzstand ist unter allen Umständen zu wahren‘ kann künftig ... keine Geltung mehr haben“, hatte Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Kirchner vorgegeben (*Handelsblatt*, 29.9.93). Und DIHT-Präsident Stihl zum Zweck der Kündigung der Tarifverträge durch die

Metallindustriellen: „... kein einziges Prozent Lohnerhöhung und somit auch keinen Preisausgleich“ (*Handelsblatt*, 29.9.93).

Mit der Jahresarbeitszeit können die Kapitalisten weiter flexibilisieren. Die tariflichen Grenzen für die Dauer des Arbeitstages und das freie Wochenende sind dürrig. Schranken finden sich in der gesetzlichen Arbeitszeitordnung. Mit dem neuen Arbeitszeitgesetz allerdings zunehmend weniger. Die Nichtausdehnung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden kann in Großbetrieben durch Aushilfskräfte kompensiert werden. Die Mittelständler haben über den „Mangel“, nicht auf 40 Wochenstunden gehen zu können, bereits die Nase gerümpft und werden betrieblich, unter just-in-time-Druck, hier nachsetzen.

Ein echter Entlassungsschutz besteht nicht. Die Betriebsräte haben kein Erzwingungsrecht für „Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen“. Nach einem



Foto: af/mz

Zweijahreszeitraum mit 17 % geringem Lohn wird ein neuer betrieblicher Lohnstandard vorhanden sein. Und ein neuer Intensitätsstandard. Nicht-Teilzeitbeschäftigte werden kaum mehr mithalten können. Die Konsequenzen dieses Abschlusses für die gewerkschaftliche Tarifpolitik jedenfalls werden immens sein. — (gka)

Hohe Strafen! Und die Beweise?

Zweimal lebenslänglich, einmal 6, einmal 7 Jahre Haft im PKK-Prozeß

Nach 4 1/2 Jahren und 352 Verhandlungstagen ging der Düsseldorfer PKK-Prozeß am 7. März zu Ende. Hasan Hayri Güler und Ali Aktas wurden zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe, Ali Haydar Kaytan zu sieben und Selahattin Erdem zu sechs Jahren Haft verurteilt. Kaytan und Erdem wurden sofort aus der Haft entlassen, sie waren seit 1988 inhaftiert. Die Verteidigung von Güler und Aktas hat Revision gegen das Urteil eingelegt.

Zur Erinnerung: Nach mehrjähriger Presschelte hatte im Februar 1988 der damalige Generalbundesanwalt Rebmann verkündet, daß seine Behörde elf Kurdinnen und Kurden wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“, einer Teilorganisation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), habe verhaftet lassen. Sie wurden u.a. des Mordes an den „Abtrünnigen“ Murat Bayrakli in Berlin im Mai 1984 und Zülfü Goek im August 1984 in Rüsselsheim sowie wegen des Mordes an dem KOMKAR-Mitglied Ramazan Adigüzel im Mai 1987 in Hannover, des versuchten Mordes an Mehmet Bingöl im Mai 1984 bei Bad Kreuznach sowie der Freiheitsberaubungen und Urkundenfälschung beschuldigt. Nach weiteren sechs Festnahmen wurde gegen zwei Angeklagte die Anklage erweitert wegen angeblicher Teilnahme an einem „Parteigericht“ im Libanon, das 1987 zwei Todesstrafen verhängt haben soll.

Im Oktober 1989 begann dann der „größte Terrorismusprozeß in der Geschichte der BRD“ vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf in einem eigens umgebauten und unter die Erde verlegten Gerichtssaal gegen 17 Kurdinnen und Kurden, von denen 13 in Isolationshaft saßen. Vier Anklagen waren fallengelassen und die Beschuldigten schon vor Prozeßbeginn nach monatelanger Isolationshaft freigelassen worden. Ein weiterer Angeklagter saß in Auslieferungshaft in Paris. Die Angeklagten saßen anfangs im Prozeßsaal in einem Glaskäfig. Nach und nach mußte das Gericht Angeklagten auf Angeklagten aus der Haft entlassen, die Verfahren zum Teil wegen erwiesener Unschuld, zum Teil wegen „geringer Schuld“ einstellen. Übrig blieben von den 18 Angeklagten die vier jetzt Verurteilten.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) stütze sich von Anfang an im wesentlichen auf Kronzeugen. Zwei, deren Geschichten zu Beginn noch die Pressespalten gefüllt hatten, erwiesen sich als schon bald völlig haltlos und verschwanden aus dem Verfahren. Der letzte Kronzeuge, Ali Cetiner, der wegen Mordes in Berlin verurteilt worden war, konnte nur durch Wahrnehmung des Aussageverweigerungsrechts gerettet werden.

Die verbliebenen vier Angeklagten wurden nun am 7. März verurteilt: Ali Aktas, der schon 1985 zu lebenslanger Haftstrafe wegen Mordes an Goek ver-

urteilt worden war, wegen gemeinschaftlichem Mord an Bayrakli und versuchtem Mord an Bingöl. Hasan Hayri Güler wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ für „Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst“ in der PKK nach § 129a und als Auftraggeber für die Morde an Goek und Adigüzel sowie wegen „versuchten Mordes“ an Bingöl. Das Gericht verneinte bei beiden „die besondere Schwere der Schuld“. Ali Haydar Kaytan wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ und wegen Freiheitsberaubung in drei Fällen. Selahattin Erdem erhielt wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ und sonst buchstäblich gar nichts sechs Jahre Haft.

Mit der Verurteilung von Güler als angeblichem „Auftraggeber“ im Mord an Goek wurde aus diesem noch im ersten Urteil gegen Aktas 1985 völlig unpolitisch beurteilten Mord nun ein politischer Mord gemacht. In den verurteilten Morden fehlt jeder Tathergang, im Falle Adigüzel sogar jeder Täter. Die wilden Angaben des Kronzeugen Cetiner, der von der Ausführung per Telefon erfahren haben will, nahm das Gericht als ausreichenden Beweis für seine Urteile.

Die § 129a-Anklage gegen Aktas wurde fallengelassen. Als „terroristische Vereinigung“ blieben so nur noch Güler, dem mehrere Straftaten vorgeworfen wurden, Kaytan und Erdem, die von allen Mordvorwürfen freigesprochen wurden, Erdem auch von dem Vorwurf angeblicher Urkundenfälschung. Worin die „gemeinschaftlichen terroristischen Straftaten“ dieser drei Beschuldigten bestanden haben, wird vermutlich immer im Dunkeln bleiben!

Die Anklage wegen der Beteiligung an einem „Parteigericht“ im Libanon mußte eingestellt werden. Zur endgültigen Einstellung des Libanon-Vorwurfs kam es erst, nachdem die Verteidigung ein Schreiben des Generalstaatsanwaltes des Libanons vorlegte, das eindeutig die Amnestierung bestätigte. Ein Verteidiger mußte dafür eigens in den Libanon fahren, da BAW und Gericht diese Auskunft nicht eingeholt hatten.

In dem Urteil wird von einer „terroristischen Vereinigung“ in der PKK in dem Zeitraum von Juni 1984 bis Oktober 1987 gesprochen, die heute nicht mehr existiere. Wer dieser Vereinigung angehörte und was ihre Taten waren? Nach dem Urteil bleiben nur die wüsten Anschuldigungen und äußerst dürtigen „Beweise“ der Bundesanwaltschaft, die der kurdischen Befreiungsorganisation mit allen Mitteln den Stempel „terroristisch“ aufdrücken will.

So ließ die BAW bereits einen Tag vor dem Urteil in einer in zahlreichen Zeitungen ungeprüft weiterverbreiteten „Übersicht“ verbreiten, daß sie seit 1988 angeblich 39 PKK-Mitglieder angeklagt habe, daß immer noch zahlrei-

che Verfahren und Ermittlungen laufen, die alle unter den „PKK-Komplex“ gehörten. Was alle diese Verfahren in Wirklichkeit mit der PKK bzw. irgend-einer ihrer Partei-Institutionen zu tun haben, wird vermutlich nie bewiesen werden — wieso auch, die PKK, inzwischen auch in der BRD verboten, kann solchen Verleumdungen sowieso nicht gerichtlich entgegentreten. Der Druck auf die kurdische Bevölkerung soll nach dem Verbot von PKK und kurdischen Vereinen verstärkt werden, die Kriminalisierung des kurdischen Befreiungskampfes weitergehen.

Unwiderrspochen können Bundesregierung und Koalitionsparteien von der „terroristischen PKK“ sprechen. In einem gemeinsamen Antrag vom 2. 2. 94 im Bundestag behaupten die Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD und FDP zur Rechtfertigung ihrer Vereinsverbote erneut eine „menschenverachtende Terrorpolitik“ der PKK. Bundesregierung, Bundesanwaltschaft und Gerichte stellen so die bundesdeutsche Unterstützung des Völkermordes in Kurdistan mit Waffen und andere Hilfen zynisch als Bekämpfung einer „terroristischen Vereinigung“ dar.

Das Verbot von PKK, ERNK und kurdischen Vereinen muß fallen, sollen in der BRD nicht einige Hunderttausend Menschen wegen Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes permanent kriminalisiert werden, während die Bundesregierung weiter den Völkermord in Kurdistan unterstützt. — (rub)

Anzeige

Deutsch-Kurdisches Autorenkollektiv:

Die deutsch-türkischen Beziehungen

Zur Geschichte und aktuellen Gestaltung einer menschenverachtenden und vor Völkermord nicht zurückschreckenden Außenpolitik

Band 1: Texte. Band 2: Dokumente. Jeder Band ca. 300 Seiten. Erscheinungstermin: Mai 1994. Subskriptionspreis bei Bestellungen bis 1. Mai 1994: Zwei Bände zu 40 DM. Danach: 2 Bände für 50 DM, jeder einzelne Band zu 25 DM.

Bestellungen ab sofort möglich bei: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Tel. 0221/21 1658, Fax 0221/21 5373

Auf der grünen Bundesdelegiertenversammlung vom 25. bis 27. Februar in Mannheim wurde ein Programm mit Ecken und Kanten verabschiedet.

Erstmals wurden die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales integriert bearbeitet und ausformuliert, so daß die wechselseitigen Abhängigkeiten umso deutlicher hervortreten.

Mit 475 Milliarden DM ökologischen Folge- und Reparaturkosten industrieller Produktion pro Jahr leisten wir uns eine gigantische Verschwendung von Ressourcen.

Wir wollen diese unverantwortliche Mißwirtschaft mit Hilfe von Ökosteuerern, die umweltbelastendes Verhalten bestrafen, abbauen.

Zur Verwendung der Mittel aus diesen Ökosteuern hat die Delegiertenversammlung eine eindeutige Entscheidung getroffen: Die Mittel sollen ausschließlich zur Finanzierung des ökologischen Umbaus dienen, also nicht zweckentfremdet werden zur Finanzierung der Sozialversicherung, wie zum Beispiel der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) oder auch die SPD in ihren Programmen vorsehen.

Das spricht nicht gegen einen gezielten sozialen Härteausgleich.

Wenn zum Beispiel in der Verkehrspolitik ein Benzinpreis von 5 DM innerhalb von zehn Jahren angestrebt wird, dann geht dies nur bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Personennverkehrs (der Arbeitsplätze schafft) und einer massiven sozialen Flankierung für diejenigen, die (noch) nicht umsteigen können. Dieses Beispiel zeigt, wie notwendig eine integrierte Problemsicht in der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik ist.

Unsere grüne Atomausstiegsforderung ist klar und eindeutig: Wir wollen sofort aussteigen. Dieser Sofortausstieg ist keine grüne Spinnerei, sondern durchgerechnet und konzeptionell abgesichert — kein Licht muß dabei ausgehen.

Die Schwierigkeiten sind nicht technischer, juristischer oder wirtschaftlicher Art; ausschließlich der politische Wille hat bislang gefehlt, den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung auch wirklich umzusetzen.

Das Programm sieht eine eindeutige Absage an die heutige Wachstumspolitik vor; im Gegenteil muß der Ressourcenverbrauch dramatisch sinken, damit das Überleben der Menschheit auf Dauer gesichert werden kann.

Dabei geht es nicht in erster Linie um „Verzicht“ und „Askese“, sondern um intelligente Formen von Produktion und Konsum.

Die Automobilindustrie mit ihren „S-Klassen“ steht prototypisch für die Dinosaurier-Mentalität unserer bornierten Wirtschaftslenker, die es zu überwinden gilt.

Das grüne Programm trifft klare Aussagen zur Demokratisierung der Wirtschaft und zur Begrenzung der Macht der Banken. Die Kapitalseite soll in Aufsichtsräten keine Überparität mehr besitzen, und der Anteil der Banken an Unternehmen muß unter 5 Prozent bleiben.

Mit Hilfe einer deutlich progressiv ausgestalteten Vermögenssteuer sollen genügend Einnahmen zur Finanzierung einer bedarfsorientierten Grundversicherung aufgebracht werden. Zur Erinnerung: Vor kurzem hatte der Ex-Oberbürgermeister von München, Kronawitter, eine Vermögensabgabe in die Diskussion gebracht, deren Aufkommen mit 60 Milliarden DM angegeben wurde.

Ein weiteres Element zur Verbesserung der öffentlichen Finanzlage ist die

wirksame Bekämpfung der Steuerhinterziehung — Experten schätzen die jährlichen Steuerausfälle auf bis zu 130 Milliarden DM.

Wichtigstes Element zur Überwindung der Massenwerbslosigkeit stellt die Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen dar. Dabei geht es in erster Linie um die Wochenarbeitszeitverkürzung, aber auch um den Über-

stundenabbau (hier sieht das Programm eine strikte Begrenzung auf zwei Überstunden pro Woche bei vorgeschriebenem Freizeitausgleich vor) sowie um die geschützte Teilzeitarbeit (Anspruch auf Rückkehr auf einen Vollzeit-Arbeitsplatz).

Auch wenn einige konservative Journalistinnen und Journalisten meinten, ihre schlimmsten Vorurteile über grüne Irrealis und Irrealis bestätigt gefunden zu haben — am grünen Wahlprogramm kommt niemand mehr so leicht vorbei.

Wir wollen den Wechsel — aber nur mit Wandel! Als reine Mehrheitsbeschaffer lassen wir uns nicht mißbrauchen.

Dr. Manfred Busch ist wirtschaftspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Grünes Programm mit scharfem Profil

Manfred Busch über die Bundeskonferenz von Bündnis 90/Die Grünen und das grüne Wahlprogramm

Aktuell in Bonn

PDS gegen Transrapid

Zum Kabinettsbeschluss über den Bau der Transrapid-Anwendungsstrecke zwischen Hamburg und Berlin erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der PDS/LL, Dagmar Enkelmann: „Mit ihrer Zustimmung zum Transrapid hat sich die Bundesregierung über sämtliche verkehrs-, umwelt- und finanzpolitischen Bedenken hinweggesetzt ... Abgesehen davon, daß die Investitionen in einer Gesamthöhe von 8,9 Mrd. DM auf Kosten des Bahnverkehrs oder des dringend förderungsbedürftigen ÖPNV gehen, investiert die Bundesregierung in eine Technologie, die in einem Europa, das bereits auf ein Rad/Schiene-Hochgeschwindigkeitsnetz festgelegt ist, keine Chance mehr hat. Das ... Finanzierungs-konzept ist unsolid und basiert auf utopischen Annahmen hinsichtlich Baukosten und Fahrgastzahlen. Die Investitionskosten liegen bei marginalem Zeitgewinn um das 4-6fache höher als bei einem Neigetechnik-Zug bzw. einer Hochgeschwindigkeitsverbindung, sämtliche finanziellen Risiken ... trägt der Bund.“

Töpfer kapituliert vor Industrie

Die Bundesregierung hat lange angekündigte „Rücknahmeverordnungen“ für Altpapier, Elektronikschrott und Alautos Anfang März erneut verschoben. Die umweltpolitische Sprecherin der PDS/LL, Dagmar Enkelmann, kritisierte, daß die Verordnungen damit in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr in Kraft treten würden. „Damit hat Umweltminister Töpfer ein weiteres Mal vor den Interessen der Großindustrie kapituliert. Der Branchenriese Siemens produziert allein 200000 Tonnen Elektronik-Schrott im Jahr. Eine vernünftige Entsorgung würde mindestens 600 Millionen DM kosten. Der finanziell blendend dastehende Konzern ist jedoch nicht bereit, sich an den Kosten der Beseitigung zu beteiligen.“

Bundeswehr „übt“ in Ostpolen

Die Bundeswehr schiebt ihre militärischen Übungen in diesem Jahr erstmals bis dicht vor die russische Grenze. Nach einem Treffen von Verteidigungsminister Rühe mit dem französischen und dem polnischen Verteidigungsminister am 3. März in Paris wurde bekanntgegeben: Im September oder Oktober sollen deutsche, polnische und dänische Marineeinheiten in der Ostsee „Minensuch-

übungen“ in polnischen Gewässern durchführen, eine Flugabwehrbatterie der Bundeswehr wird im Herbst in Ostpolen mit polnischen, ungarischen, tschechischen und slowakischen Soldaten gemeinsam „Luftabwehr“ üben.

Massenabschiebung von Flüchtlingen

Die Bundesregierung bereitet gemeinsam mit den SPD-regierten Ländern die massenhafte Abschiebung von Flüchtlingen vor. Bereits in dieser Woche sollen z. B. in NRW die ersten Chartermaschinen starten, um hunderte von abgelehnten Asylbewerbern, darunter zahlreiche Sinti und Roma, nach Rumänien zurückzuschaffen. Die rumänische Regierung soll sich bereit erklärt haben, tausende von zurückgeschickten Flüchtlingen „vorübergehend“ unterzubringen. Der Spiegel hatte von bis zu 200000 Flüchtlingen berichtet, die abgeschoben werden sollen. Das Bundesinnenministerium dementierte: diese Zahl sei „zu hoch“.

„Daten frei“ gegen Ausländer

Als „Fahndungsdatei auf ethnisch“ hat die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke den Gesetzentwurf für ein Ausländerzentralregister charakterisiert, den CDU/CSU und FDP am 1. März im Bundestag eingebracht haben. Die 116 Seiten des Ge-

setzentwurfs ließen sich auf zwei Sätze reduzieren: „Ausländerinnen und Ausländer haben keinerlei Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung. Den Umgang mit ihren Daten machen die Sicherheitsbehörden unter sich aus.“ Der Entwurf mache den schlimmsten Mißbrauch mit Daten der Ausländerinnen und Ausländer in der BRD zum Prinzip. Die „Deutsche Vereinigung für Datenschutz“ spricht von „diskriminierenden Sonderrechten“ gegen Ausländer. Polizei und Nachrichtendienste sollen On-Line-Verbindung zu den 8 Millionen Daten des Registers bekommen, Rasterfahndung nach ethnischen Rasterdaten wird ermöglicht. Laut Kanther sollen die neuen Bestimmungen u.a. eine „schnelle Rückführung abgelehnter Asylbewerber“ erleichtern.

Somalia: 310 Mio. DM Kosten

310 Millionen DM soll nach Angaben der Bundesregierung der Einsatz der Bundeswehr in Somalia gekostet haben. Nachdem die letzten Soldaten aus Belet Huen abgezogen wurden, hat nun das Verfassungsgericht mitgeteilt, wann es endlich über die Klagen der SPD wegen der Verfassungswidrigkeit der Bundeswehreinsätze im Ausland entscheiden will. Noch im April soll es eine mündliche Verhandlung über die Klagen der

SPD wegen Adria-Einsatz und Somalia-Einsatz geben, vor der Sommerpause (sie beginnt am 2. Juli) will das Gericht endgültig entscheiden.

Kommunen gegen Wohnungsgesetz

Die Kommunen protestieren gegen den von der Regierung vorgelegten Entwurf eines „Wohnungsbauförderungsgesetzes 1994“. Der Entwurf bedeute den vollständigen Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau für einkommensschwache Haushalte, kritisierten Städtetag, Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund in einer gemeinsamen Stellungnahme. Schon jetzt sei die staatliche Förderung für diesen Wohnungsbau viel zu gering, durch das Gesetz gingen alle Risiken für diesen Wohnungsbau auf Kommunen und Länder über. Der Bund müsse diesen Wohnungsbau mit mindestens 2 Mrd. DM im Jahr fördern, sonst könnten sich die Ärmsten künftig keine Sozialwohnung mehr leisten.

Was kommt demnächst?

Am 11. März beginnt in Berlin der PDS-Parteitag. Am 12. März führt die CSU in München einen außenpolitischen Kongreß durch. Am 13. März sind Landtagswahlen in Niedersachsen, am 20. 3. in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen.

Schritte auf dem Weg zur Kriegsvorbereitung

Ein keineswegs friedlicher Beitrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Als der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Schönbohm, die aus Somalia zurückkehrenden Truppenteile auf dem Militärflughafen Köln zu ihrer „eindrucksvollen Leistung“ beglückwünscht hatte, forderte er weiteren, ungehinderten Militäreinsatz der Bundeswehr. Die *Süddeutsche Zeitung* (16.2.94) berichtete: Schönbohm habe gesagt, „wichtige politische Kräfte in unserem Land“ müssten einsehen, „daß Deutschland als größtes Land im Herzen Europas keine Sonderrolle mehr spielen kann und darf“. Eine der wichtigen politischen Kräfte in den Fragen von Frieden und Krieg, die evangelische Kirche, hatte — nach längerem Hin und Her — schon Anfang Februar bekanntgegeben, daß sie dem weltweiten Einsatz der Bundeswehr zustimme. Diese Kirche gibt ihre Anpassung an die militärischen Großmacht-Forderungen als verantwortungsvolle Christenpflicht aus. Warum die evangelischen Christen „die Rückkehr des Krieges als Mittel der Politik“ akzeptieren müssen, versucht der Rat der EKD zu begründen in „Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik. Ein Beitrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD-Texte 48).

Dieser Beitrag wurde von der „Kammer für Öffentliche Verantwortung“ der EKD ausgearbeitet. Mitglieder dieser Kammer sind unter anderen der deutsch-baltische Adlige Otto Graf Lambsdorff, Bonn, der sich letztes immer wieder zwecks neu-alten Geschäften in den baltischen Staaten — deutsch-christliche Kriegsziele seit eh und je — aufhält, aber auch der kritisch auftretende ehemalige Kirchentagspräsident und Theologieprofessor Wolfgang Huber, Heidelberg.

Bei ihrer Anpassung an die militärischen Forderungen der deutschen Großmacht-Expansionisten knüpfen die Kirchenfunktionäre an einer historisch bestimmten Bejahung des Staates an, mit dem der kirchliche Widerstand, der sich gegen die Eingriffe der Nazis in Kirchenfragen wandte, den Terrorstaat der Nazis als göttliches Mittel grundsätzlich anerkannte. Der Rat der EKD stellt sich damit auch in die Tradition der evangelischen Kirche, die 1939 begeistert die Mitglieder der Kirche zum „Dienst am Vaterland“ rief und als „den uns erkennbaren Willen Gottes“ den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die europäischen Länder kirchlicherseits begrüßte und ihre Mitglieder antrieb.

Das Ja zum Kriegseinsatz folgt für diesen Rat der EKD aus der „göttlichen Anordnung“ des Staates: „Für alle Wege und Mittel, den Frieden zu wahren und die Opfer vor Gewalt zu schützen, gilt dasselbe Kriterium: Es ist im Austausch von Erfahrungen, Anhaltspunkten und Argumenten historischer, politischer und militärischer Art unvoreingenommen zu prüfen, ob sie leisten, was

sie leisten sollen. In diese Prüfung müssen auch die Bereithaltung und der Einsatz militärischer Gewalt einbezogen werden. Wir knüpfen dabei an die Barmer Theologische Erklärung von 1934 an, wonach „der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht gelösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“ Dementsprechend sehen wir es nicht als einen grundsätzlichen Widerspruch zu einer christlichen Friedensethik, vielmehr als eine notwendige, wenn auch nicht vorrangige Konkretion an, militärische Mittel zur Wahrung des Friedens und zur Durchsetzung des Rechts bereitzuhalten und notfalls anzuwenden.“

Als Zugeständnis an den christlich begründeten Widerstand gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr bezeichnet der Rat der EKD den „Einsatz militärischer Gewalt“ als „ultima ratio“ d.h. als äußerste Erwägung oder Maßnahme“. Der Rat der EKD fordert „sorgfältige Prüfung“. Wenn das geschieht, erübrigt das jeden Protest: In der gesamten 36 Seiten langen Erklärung steht nicht einmal das Wort Protest, der eingelegt werden könnte gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr.

Sorgfältig überlegend wenden sich die Kirchenfunktionäre an die über den Krieg Beschließenden und stellen klar: „In der Formulierung „ultima ratio“ steht „ultima“ im übrigen nicht zeitlich für ein zuletzt eingesetztes, sondern im Rahmen nüchterner friedenspolitischer Abwägung qualitativ für ein nach dem Maß der ausgeübten Gewalt „äußerstes“ Mittel. Für die Wirksamkeit der Abschreckung ist es gerade wesentlich, daß sie nicht zu spät kommt.“

Die christlichen Leser unter der Generalität werden sich bei den Kriegsvorbereitungen dankbar dieses „gerade wesentlichen“ Hinweises erinnern und zögerliche Soldaten anzutreiben wissen.

Kriegsdienstverweigerung: ohne Soldaten verantwortungslos

Damit nicht friedensbestimmte Christen und Kriegsdienstverweigerer dem Kriegseinsatz voller Verantwortung wirksam entgegengetreten, stellt die EKD den pazifistischen Standpunkt als rein persönlichen dar, der darüber hinaus gesellschaftlich und politisch nicht vertreten werden dürfe. Wenn es die Soldaten und Krieg nicht gäbe, würde Kriegsdienstverweigerung verantwortungslos sein: „Die Kriegsdienstverweigerung und die Friedensdienste sind aber auch auf die Soldaten angewiesen, damit ihr Handeln als Zeugnis christlicher Hoffnung verstanden und nicht als Ausdruck der fehlenden Solidarität mit den Opfern von Gewalt und Friedensbruch mißdeutet wird.“

In dieser Schrift des Rates der EKD

stehen keine Überlegungen, die prüfen, aus welchen Gründen und mit welchen materiellen Interessen und Zielen die herrschenden Kräfte in Deutschland in diesem Jahrhundert bisher zweimal die anderen europäischen Staaten militärisch überfielen. Kein Argument sichtet, welche Politik die deutschen Imperialisten machten, um die militärische Expansion vorzubereiten, und welche Kräfte in Deutschland heute großes Interesse an der Beseitigung Jugoslawiens haben. Als ob diese Funktionäre Bretter vor den Köpfen hätten und es keine jahrzehntelange Debatte über die imperialistischen Bestrebungen des deutschen Kapitals gegeben hat. Der EKD-Rat ist voll des Bestrebens zu vertreten, was er so formuliert: „Der Gesichtspunkt des nationalen Interesses ist legitim“. Sie sind blind für konkrete historische Bedingungen und Kräfte, die auf Kriege zielten und die in Deutschland nach der Aneignung der DDR jetzt wieder umso mächtiger wirken.

Eine wichtige Lehre aber haben diese Kirchenfunktionäre gezogen: Zweimal haben die Herrschenden in Deutschland mit ihren Kriegen vollständigen Schiffbruch erlitten. Das dürfe nicht erneut passieren, der deutsche Kriegseinsatz müsse auf der Seite der Sieger sein. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat militärtheoretisch erkannt: „Dabei stellt es eine der wichtigsten Lehren der deutschen Geschichte dar, daß Alleingänge vermieden werden müssen und eine feste internationale Einbindung Priorität hat.“ Kein Alleingang! Beim dritten Mal muß es anders werden, die anderen müssen mit der deutschen Militärmacht zusammengehen. Ein Problem beim Zusammenmarschieren haben die Kirchenfunktionäre dabei nicht erörtert. Bisher hatte die EKD in ihren Friedensdenkschriften auch den Einsatz von Atom-Waffen als Möglichkeit befürwortet. Jetzt soll „auf internationale Achtung der Atomwaffen hingearbeitet werden“. Die Bundeswehr hat aber kein direktes Zugriffsrecht, andere Armeen schon. Wie möchten die Kirchenfunktionäre den nächsten nicht alleinigen Krieg waffentechnisch ausgestaltet sehen? Die Antwort könnten diese Kriegsbefürworter in ihrer nächsten Schrift nachtragen.

Auf jeden Fall will die EKD endlich Schluß machen mit irgendwelchen Beschränkungen gegen den Einsatz der Bundeswehr. Noch am 11. November 1993 hatte die Synode der EKD „gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte“ einschränkend festgehalten: „bestehen die grundsätzlichen Fragen eines deutschen Beitrages zu einer internationalen Friedensordnung fort.“

Jetzt kennt der Rat der EKD keine Fragen mehr. Der letzte Krieg, den die evangelische Kirche unterstützte, ist zwar verloren gegangen. Aber für die Begründung und Vorbereitung des näch-

sten deutschen Kriegseinsatzes soll der Krieg der Nazi-Wehrmacht wenigstens erhalten. Die Überfälle auf die anderen europäischen Staaten und die Ermordung der Juden sind für den Rat der EKD keine Gründe für ein Nein gegen die Politik und den Militäreinsatz der heutigen deutschen Großmacht.

EKD: Der letzte Krieg rechtfertigt den nächsten

Die EKD fordert hier zum ersten Mal nach 1945, daß für die Großmacht Deutschland grundsätzlich keine Schranken existieren dürfen: „Die deutsche Politik kann auf keinem Feld von den Belastungen absehen, die sich aus der verbrecherischen Politik und Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschland ergeben. Dies gilt auch für die mögliche Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen. Jedoch rechtfertigt die ‚belastete Vergangenheit‘ keine grundsätzliche Sonderrolle Deutschlands. Prinzipiell ist vielmehr davon auszugehen: was friedensethisch und friedenspolitisch für die anderen Staaten der Vereinten Nationen gilt, das gilt auch für Deutschland; was für kanadische oder italienische Soldaten gilt, das gilt auch für deutsche. Gerade weil Deutschland militärische Gewalt in verbrecherischer Weise mißbraucht hat und durch den Einsatz militärischer Gewalt von einer Schreckensherrschaft befreit worden ist, hat das demokratische Deutschland allen Grund, sich im Rahmen der Vereinten Nationen oder von diesen gemäß Art. 52-53 (Charta der Vereinten Nationen) ermächtigt oder beauftragten regionalen Organisationen an der Abwehr von Aggressionen und Friedensbedrohungen und an der Wiederherstellung des Rechts zu beteiligen.“

Sind die deutschen Kriegsziele in Ost- und Südosteuropa nach 1945 tatsächlich aufgegeben worden? Oder nur zunächst zurückgestellt worden? Und jetzt wieder von der Großmacht Deutschland auf die Tagesordnung gestellt worden? Ohne sich zu diesen konkreten historischen Fragen zu äußern, verweist der Rat der EKD auf einen Anlaß, wann die Benutzung militärischer Macht zu vertreten ist: „Schutz ... demokratisch-rechtlicher Strukturen“. Könnte dieses Stichwort vielleicht beim Militäreinsatz in Osteuropa dienen? Der Rat der EKD hat die Rolle der Christen im Kriegsfall festgelegt: Kein Widerstand und Protest gegen den Kriegseinsatz! Kirchen und Christen haben „beim notwendigen Einsatz militärischer Macht stets an deren alleinige Rechtfertigung, nämlich die Verhinderung größeren Schadens, (zu) erinnern.“ Und wann ist der Krieg notwendig? Der Rat der EKD: Darüber haben einfache Christen nicht zu entscheiden. Das machen die Herrschenden des großen deutschen Staates „im Blick auf den erkennbaren Willen Gottes“. — (gba)

KOMMENTIERT

Wo bleibt die Lobby für die Schwachen?

Von Wolf Jung

Die Kammer für öffentliche Verantwortung des Rates der EKD läßt in der Beschreibung der Komponenten eines Friedensprozesses kaum einen wichtigen Punkt aus.

Der Nord-Süd-(Ost-)Konflikt, Ressourcenstreit, ökologische Probleme werden ebenso erwähnt wie die Erkenntnis, daß Sicherheit nur noch im Staatenverbund möglich ist, und eine international anerkannte Rechtsordnung verlangt.

Auch die bis 1989 erarbeiteten Einsichten, vor allem der Kirchen in der DDR, werden umfassend referiert.

„Aber sie (d.h. die einzelnen Elemente eines Friedensprozesses) sind für ihre Wirksamkeit auf die Zufügung eines spürbaren Übels angewiesen, und schließen darum die Ausübung von Druck und die Anwendung von Zwang ein, und erfordern in der Regel den Einsatz militärischer Kräfte. Die ‚vorrangige Option für die Gewaltfreiheit‘ ist nicht so zu verstehen, als seien solche Mittel prinzipiell ausgeschlossen.“

Mit dieser so ausgewogenen Argumentation ergreift die Kammer tatsächlich Partei für die militärische Option von Konfliktlösungen.

Indem sie als gegeben verstanden, auf ihre sozialen und finanziellen Kosten hin nicht mehr hinterfragt wird, bestätigt die Kammer den allgemein akzeptierten tagesspolitischen Diskussionsstand und versäumt es, die Diskussion voranzutreiben in Richtung eines Ersatzes militärischer Intervention durch die Anwendung einer Palette von Maßnahmen von friedensaufbauenden Aktivitäten bis hin zum Einsatz nichtmilitärischer Gewalt.

Damit unterstützt die Argumentation der Kammer die Interessen eines G-7-Landes, das von den gegenwärtigen Welthandelsbedingungen profitiert und diese erhalten möchte — möglichst „friedlich“, wenn es sein muß, aber auch mit militärischem Zwang.

Indem die heute allgemein gängige Interpretation der Ereignisse nach 1989 übernommen wird — bis hin zur Neubestimmung der Verantwortung der Bundeswehr —, gerät man in Gefahr, grundlegende Einsichten über die Beschränktheit militärischer Konfliktbewältigung zu relativieren, und — trotz aller Bedenken — dem Militär (wieder) eine unangemessene Schlüsselrolle in der Organisation internationalen Zusammenlebens zu geben.

So atmen die Orientierungspunkte trotz aller Penibilität doch den Geist der nördlichen Industrienationen.

Gerechtigkeit wird nicht versucht an den Wurzeln ihrer Gefährdung zu verteidigen — bei den ungerechten Handelsbeziehungen und der Ausbeutung des Globus durch eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit und der kommenden Generationen. Wo die häßlichen Seiten des freien Handels nicht wahrgenommen werden, bleiben Zwangsmaßnahmen wie Embargo, Abbau von Rüstungsproduktion und Konversion seltsam bloß im Unterschied zum Bedenken von militärischen Optionen.

Die Freiwilligen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste erfahren soziale und wirtschaftliche Defizite als Ursachen für Konflikte — von den Konkurrenz unter Nachbarn bis hin zu Rassismus und nationaler Überheblichkeit. Auf dieser Ebene erwarten sie Hilfe von den christlichen Kirchen.

Daß ihr waffenloser Friedensdienst erst als Complement der „Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt“, ein angemessenes Zeugnis für das Friedensgebot Gottes und damit „für den christlichen Glauben“ sein soll, werden sie kaum verstehen — auch nicht im Wissen um die Überwindung aller menschlichen Defizite durch Gottes Barmherzigkeit.

Wolf Jung ist seit dem 1. Januar 1994 Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen, Friedensdienste e.V., Schottstraße 6, 10365 Berlin (Lichtenberg), Telefon (030) - 55 1903 10.

Es hat beträchtliche Aufregung hervorgerufen, als die Bundesregierung in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage das Kirchensteuerauskommen 1992 für die katholische Kirche mit 8,774 Milliarden, für die evangelische Seite mit 8,427 Milliarden angab. Gut 3 % wurden vom Staat, der für die Kirche diese „Steuer“ einzieht, als Inkassogebühr einbehalten. Da der Mitgliedsbeitrag bei der Kirche aber als Sonderausgabe bei der Einkommenssteuer bzw. Lohnsteuer abgesetzt werden kann, übernimmt der Fiskus (lt. Subventionsbericht der Bundesregierung) davon zwischen 3,5 Milliarden (1990) und 4,6 Milliarden (1994), für die Zeit von 1989-1994 also 24,4 Milliarden. Hinzu kommen 311 Millionen Subvention beim Solidaritätszuschlag.

Wer nun meint, daß die Kirchen sich so auf einem Umweg eine saftige Subventionierung sichern, der hat hier nur die viel zitierte Spitze des Eisbergs geortet.

Eine Zusammenstellung der Kosten, mit der der Staat den Kirchen unter die Arme greift, gibt es nicht, da die Budgets einer Vielzahl von Ministerien des Bundes und der Länder und die Fi-

nanzen der Kommunen durchforstet werden müßten.

Die Kirchen haben selbst kein zentrales Rechnungswesen — sie wissen, warum. Wir haben in der BRD die teuersten Kirchen der Welt.

Atheisten ärgert am meisten, daß sie für die Gehälter, der Kirchenfürsten wie der Priester zur Ader gelassen werden. Begründung: Bei der Säkularisierung von Kirchengut durch den Reichsdeputationshauptausschuß im Jahre 1803 (!) sei der Kirche ein Schaden entstanden, daß sie für die Bezahlung ihrer Angestellten nicht mehr aufkommen konnte, ja, bis heute nicht aufkommen kann, obwohl die Kirchen immer noch die größten nichtstaatlichen Grundeigentümer in diesem Land sind (und nie-

mand fragt, wie sie das wurden). Der Staat finanziert die Priesterausbildung und hat die Professoren lebenslang auf seiner Gehaltsliste, auch wenn sie die kirchliche Lehrerlaubnis aus irgendeinem Grund (zum Beispiel ihr Familienstand) verlieren. Die Gemeinschaft, auch der Ungläubigen, finanziert Kirchenbauten und Gemeindefunktionen (in denen Gottes Lob verkündet wird), kirchliche Privatschulen (die als Kaderschmieden für den C-hörigen Nachwuchs angesehen werden) und Kindergärten und vieles mehr.

Caritas und Diakonie, sie werden immer wieder angeführt, wenn es um die Notwendigkeit der Kirchensteuer geht. Kirchenfreie sollen eine „Ergänzungsabgabe“ zahlen. Es wird suggeriert, daß die Kirche soziale Dienste un-

Die Großkirchen und das Geld

Rolf L. Temming über Kirchensubventionen

immer wieder angeführt, wenn es um die Notwendigkeit der Kirchensteuer geht. Kirchenfreie sollen eine „Ergänzungsabgabe“ zahlen. Es wird suggeriert, daß die Kirche soziale Dienste un-

Von Anfang Februar bis Ende April 1992 reiste ich durch Südasiens. Mehr als die Hälfte dieser Zeit lebte ich in Kalkutta, der traditionellen Hochburg der indischen Linken. Ich wollte mir ein Bild davon verschaffen, wie der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ in Osteuropa in einem Land wahrgenommen wird, das zwei Jahrhunderte lang von einer europäischen Kolonialmacht beherrscht wurde und 45 Jahre nach seiner politischen Unabhängigkeit ökonomisch immer stärker in die Abhängigkeit des internationalen Währungsfonds und der multinationalen Konzerne gerät.

Kalkutta gehört mit seinen 12 Millionen EinwohnerInnen zu den größten Städten der Welt, und ein großer Teil dieser Menschen lebt unter Bedingungen, die einfach als menschenunwürdig bezeichnet werden müssen. Doch gleichzeitig ist Kalkutta eine linke Stadt, ein „gärendes revolutionäres Zentrum“, wie der schwedische Schriftsteller Jan Myrdal einmal schrieb. Auch nach dem Kollaps der Sowjetunion sind die Ideen von Marx und Engels in Kalkutta außerordentlich populär. Sichtbarer Ausdruck davon sind die kommunistischen Parolen und Hammer-und-Sichel-Embleme, die überall an die Wände gemalt sind.

Es ist merkwürdig, daß sich die bundesdeutsche Linke so wenig für die kommunistische Bewegung in Indien interessiert. Denn im indischen Bundesstaat Westbengalen, dessen Hauptstadt Kalkutta ist, gelang einer kommunistischen Partei (der CPI/M), was die europäischen KommunistInnen ein Jahrhundert lang vergeblich versuchten: auf demokratischem Wege die Mehrheit der Parlamentssitze zu gewinnen und mit der Unterstützung von kommunistischen Massenorganisationen Reformen zugunsten der ärmeren Bevölkerungsgruppen durchzuführen. Die von der CPI/M angeführte Linksregierung kam 1977 an die Macht und gewann auch die darauffolgenden Wahlen (1982, 1987 und 1991).

Linke Reformpolitik

In Westbengalen leben heute 70 Millionen Menschen, von denen die überwiegende Mehrheit in der Landwirtschaft tätig ist. Die kommunistische Landesregierung versucht, innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen Rahmens die Situation der Landbevölkerung zu verbessern. Vor allem drei Reformprogramme machten die CPI/M bei der Landbevölkerung populär: Zum einen die Landreform, durch die zahlreiche Menschen erstmals ein Stückchen Land bekamen, und zum anderen eine deutliche Verbesserung der Situation der PächterInnen (sharecroppers). Vor 1977 kassierte der Landeigentümer gewöhnlich 60 Prozent der Ernte, den PächterInnen blieben gerade mal 40 Prozent. Heute müssen die PächterInnen nur noch ein Viertel abliefern, 75 Prozent der Ernte können sie für sich behalten. Außerdem können die PächterInnen nicht mehr von dem Land, auf dem sie arbeiten, vertrieben werden.

Ich habe in Indien niemanden getroffen, der oder die ernsthaft bezweifelt, daß diese Reformen die Situation der Landbevölkerung deutlich verbessert haben. Nicht übersehen werden sollte dabei, daß diese Erfolge durch jahrzehntelange Arbeit der kommunistischen Organisationen vorbereitet wurden. Schon Ende der 40er Jahre erlebte Bengalen eine mächtige Bewegung, die eine Reduzierung der Pachtabgaben auf ein Drittel der Ernte zum Ziele hatte (die „Tebhaga-Bewegung“). Und spätestens seit 1967, als von Westbengalen erneut eine militante bäuerliche Bewegung (die „Naxalitenbewegung“) ausging, war klar, daß eine Verbesserung der Situation der Landbevölkerung unvermeidlich war, wenn Westbengalen nicht zu einem permanenten Unruheherd werden sollte.

Seit die CPI/M 1977 die Mehrheit der Landtagsmandate errang, versuchte sie, ihre Macht langfristig zu sichern, indem sie einen bedeutenden Teil der Bevölkerung zum Eintritt in die kommunistischen Massenorganisationen bewegte. Dies ist ihr in einem erstaunlichen Maße gelungen: Die kommunistische Bauern- / Bäuerinnen-Organisation AIKS hat heute in Westbengalen 10 Millionen Mitglieder, die Jugendorganisation DYFI etwa 2,5 Millionen, die Frauenorganisation AIDWA 1,5 Millionen, die Gewerkschaft CITU 700.000 und die StudentInnenorganisation SFI immerhin noch 600.000. Von den 70 Millionen Menschen in Westbengalen sind also mehr als 20 Prozent Mitglieder einer kommunistischen Organisation! Dies

Indien: Linke Bewegungen

Ein politischer Reisebericht, aus: Brennpunkte

Nicht von spektakulären Ereignissen in Indien, die die Weltmedien zur Jagd nach Mord und Totschlag treiben, sondern von kontinuierlicher revolutionärer Politik, der ökonomischen Lage der Landbevölkerung, der Verbindung von Kultur und Aufklärung handelt die letzte Ausgabe 1993 der Zweimonatszeitschrift *Brennpunkte* 23/24, die in Heidelberg erscheint. Mit viel Fleiß haben mehrere AutorInnen und Autoren ein Heft über die derzeitige Situation in Indien und Bangladesh zusammengestellt: „Indien und Bangladesh: Sozialrevolutionäre Bewegungen/ Volkskultur/ Adivasi/ Autonome Frauenbewegung/ Religiöser Fanatismus“. Das Heft ist mit Sicherheit momentan die einzige deutschsprachige Publikation mit derart

fundierten und ausführlichen Informationen zu diesen Themen. Hier kommen AktivistInnen und Journalisten in Gesprächen zu Wort, welche die komplexe Situation erläutern und ein facettenreiches Bild von der Frauenbewegung, der „Naxalitenbewegung“, der Volkskultur und der Situation der Stammesangehörigen (Adivasi) vermitteln. Zum Teil sind dies Ergebnisse von Indienreisen, z.T. wurden Artikel aus linken Publikationen übersetzt. Wer sich für diese Dinge interessiert, dem kann die spannende Lektüre nur empfohlen werden. Wir drucken auf dieser Seite — mit freundlicher Genehmigung des Autors — den einleitenden Artikel „Linke Bewegungen in Indien — ein politischer Reisebericht“ ab. — (cog)

dürfte — in einem kapitalistischen Land — Weltrekord sein!

So eindrucksvoll diese Zahlen auch sind, so schwierig wird es für die CPI/M doch langfristig werden, wenn es ihr nicht gelingt, auch in anderen Teilen Indiens deutlich stärker zu werden. Und da steht die CPI/M vor dem Problem, daß sie vor allem im Norden und Nordwesten Indiens ziemlich wenig Erfolg hat. Außerdem wird immer deutlicher, daß die Entscheidung der CPI/M, sich im Rahmen der Verfassung zu bewegen, schwerwiegende Konsequenzen hat. Denn für viele ist die CPI/M inzwischen zu einem Teil des Establishments geworden, das sie einst bekämpfte. Und in Westbengalen treten viele, die mit kommunistischen Ideen nichts am Hut haben, aus opportunistischen Motiven den kommunistischen Organisationen bei.

Revolutionäre Gruppen

Größeren Erfolg haben momentan in vielen Teilen Indiens kommunistische Organisationen, die den reformistischen Kurs der CPI/M ablehnen. Die revolutionären Linken werden in Indien „naxalites“ genannt. Den Namen haben sie von der schon erwähnten Aufstandsbewegung, die im Jahre 1967 von der westbengalischen Ortschaft Naxalbari ausging. Naxalbari ist seither das Symbol für kompromißlosen revolutionären Kampf. Der indische Staat hat in den vergangenen 25 Jahren mit unglaublicher Härte versucht, die revolutionäre Linke zu vernichten. Unzählige Male konnte in den Polizeiberichten gelesen werden, daß Naxaliten bei „Zusammenstößen“ (encounters) mit der Polizei getötet worden seien. In Wirklichkeit war es gewöhnlich so, daß Naxaliten verhaftet, gefoltert und dann irgendwann mal getötet wurden. Indische Menschenrechtsgruppen nennen dies „fake encounters“, also vorgetäuschte „Zusammenstöße“.

Trotz aller Brutalität ist es den Herrschenden nicht gelungen, die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen. Glauben sie, ein Gebiet unter Kontrolle zu haben, flackerte die Bewegung an anderer Stelle wieder auf. In der Praxis sieht es heute so aus, daß die Guerillatrüppchen der Naxaliten da, wo die Bewegung stark ist, für die ärmeren Bevölkerungsschichten einen Schutz darstellen gegen die Willkür der Herrschenden.

Da ich kein idealisiertes Bild von den Naxaliten verbreiten will, möchte ich auch aussprechen, wo meine Schwierigkeiten mit dieser Bewegung beginnen: Zum einen bereitet es mir große Bauchschmerzen, daß viele Naxaliten immer noch Stalin verehren (dies gilt leider auch für viele AnhängerInnen der

CPI/M), und zum anderen muß ich sagen, daß die Naxaliten manchmal sehr brutal vorgehen. Bei den Aktionen mancher Naxalitengruppen habe ich den Eindruck, daß die Gewalt sich verselbstständigt. Andererseits sehe ich aber bei der Mehrheit der Naxaliten die Tendenz, der politischen Basisarbeit gegenüber den bewaffneten Aktionen mehr Bedeutung zuzumessen.

Dies gilt vor allem für die 1982 gegründete Indian People's Front, die

hat, ist Resultat einer fünfundzwanzigjährigen intensiven politischen Arbeit in Bihar. Die IPF-AktivistInnen gehen in die Dörfer, sie versuchen, die Bevölkerung zunächst über ihre ihnen vom Gesetz her zustehenden Rechte aufzuklären. Dann werden revolutionäre Basisorganisationen ins Leben gerufen, die höhere Löhne für die LandarbeiterInnen und eine gerechtere Verteilung des Bodens fordern. Diese Organisationen versuchen auch, die Situation der Frauen zu verbessern.

Aufgrund der Doppelbelastung durch Feldarbeit und Haushalt geht es den meisten Frauen noch schlechter als den Männern aus der gleichen sozialen Schicht. Außerdem werden die Frauen aus den unteren Bevölkerungsschichten sehr oft zum Opfer sexueller Gewalt. Die Großgrundbesitzer betrachten es als ihr Recht, die von ihnen abhängigen Frauen zu vergewaltigen, und auch die Ehemänner werden von den Frauen oft als Bedrohung erlebt.

In Gegenden, wo die IPF stark ist, hat sich die Lage der LandarbeiterInnen deutlich verbessert. Häufig ist schon viel erreicht, wenn die Großgrundbesitzer gezwungen werden, die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne zu zahlen, und wenn der Landbesitzer, der über den gesetzlichen Höchstgrenzen liegt, den Großgrundbesitzern weggenommen und an die Landlosen verteilt wird. Vor etwa fünf Jahren hat sich die IPF entschieden, auch an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Darin unterscheiden sie sich von der größten Naxalitenorganisation, der People's War Group, die im Bundesstaat Andhra Pradesh am stärksten ist und gegenwärtig auch in Madhya Pradesh und Maharashtra (in Gegenden, wo die Linke bisher relativ schwach war) an Einfluß gewinnt.

Die „neue Weltordnung“ und die indische Linke

Wenn nun nach den Zukunftsaussichten der revolutionären Bewegungen in Indien gefragt wird, dann kann festgestellt werden, daß die weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre sich für die indische Linke keineswegs nur negativ auswirken müssen. Die Linke bekommt heute weder von den Staaten der ehemaligen UdSSR noch von China Unterstützung. Sie ist auf sich selbst angewiesen. Gleichzeitig aber schreibt ihr auch niemand mehr von außen vor, wie sie sich zu verhalten hat. Es ist kein Zufall, daß die Partei, die sich in der Vergangenheit am stärksten an die KPdSU anlehnte und alle politischen Veränderungen in der UdSSR kritiklos hinnahm — die CPI also —, heute von allen linken Parteien am meisten Probleme hat. Demgegenüber

sind die linken Organisationen, die der Sowjetunion kritisch gegenüber standen, in den letzten Jahren deutlich stärker geworden.

Der Kollaps der Sowjetunion führte auch zu einem außenpolitischen Kurswechsel der indischen Regierung. (Bei den letzten Wahlen verfehlte die größte indische Partei, der Congress, knapp die absolute Mehrheit. Sie regiert seither mit wechselnder Unterstützung von verschiedenen Parteien). Nach dem Ende der britischen Herrschaft (1947) versuchte Indien lange Zeit, durch freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den USA und Westeuropa zu bewahren. Aber was sich schon seit über einem Jahrzehnt andeutete, wurde mit dem Regierungsantritt des Ministerpräsidenten Narasimha Rao (1991) zur definitiven Realität: Außenpolitisch nähert sich Indien immer mehr den USA an, und wirtschaftspolitisch orientiert sich Indien zunehmend an den Vorgaben von IWF und Weltbank. Dies hat zur Folge, daß sich die soziale Situation der Menschen aus den unteren Bevölkerungsschichten weiter verschlechtert. (Staatliche Subventionen werden gekürzt, im öffentlichen Dienst verlieren Zehntausende ihren Job usw.). Für die Linke bedeutet dies, daß die alten ideologischen Streitfragen (...) zunehmend an Bedeutung verlieren. Um so mehr nun die Congress-Partei auf sozialistische Rhetorik verzichtet, um so mehr die indische Regierung ihre traditionelle Politik der Blockfreiheit aufgibt, um so direkter der IWF die indische Wirtschaftspolitik bestimmt, um so verzweifelter die Lage für die Ärmsten in der indischen Gesellschaft wird — um so näher kommen sich auch linke Organisatoren, die bisher von sehr unterschiedlichen Positionen ausgingen. (Dies bestätigt auch das Gespräch mit dem indischen Journalisten Sumanta Banerjee im selben Heft. Anmerkung cog)

In der BRD ist nach wie vor die Vorstellung verbreitet, nach der die IndierInnen (von Sikhs und anderen „Extremisten“ mal abgesehen) friedliche und in sich versunkene Menschen sind. Wer die „Tour“-Trampelpfade verläßt und sich um Kontakte zu den AktivistInnen aus den sozialen Bewegungen bemüht, wird feststellen, daß das Gegenteil zutrifft: In allen Teilen Indiens gibt es mächtige soziale Bewegungen, überall gibt es Gruppen und Organisationen, die sich nicht länger mit der Willkür der Herrschenden abfinden.

(...) Bedeutend an Stärke gewonnen hat auch die Bewegung der Dalits, der „Unberührbaren“, wie sie früher genannt wurden. In Gegenden, wo das Kastensystem noch eine wichtige Rolle spielt, werden sie auch heute noch in einer Weise diskriminiert, die jeglicher Vorstellung von Menschenwürde widerspricht. Im westindischen Bundesstaat Maharashtra gibt es schon seit Jahrzehnten eine einflußreiche Bewegung der Dalits. Nun werden auch in anderen Bundesstaaten die Dalits zunehmend selbstbewußter. — Dann gibt es in Indien auch zahlreiche ökologische Bewegungen. Darüber berichten ja gelegentlich die BRD-Medien, vor allem über den Widerstand gegen geplante Riesenstaudämme. Unterschlagen wird dabei zumeist der militante Charakter dieser Bewegungen. — Und schließlich möchte ich hier die Bewegungen unterdrückter ethnischer Gruppen nennen. In Assam, Jammu und Kashmir, Punjab und Jharkhand (Südbihar) gibt es mächtige Autonomiebestrebungen. Momentan versucht die indische Regierung krampfhaft, mit militärischer Gewalt ein Auseinanderbrechen der indischen Union zu verhindern. Etwa die Hälfte der indischen Armee ist ständig im Einsatz, um eine Abspaltung der Unruheprovinzen zu verhindern.

So erleben wir denn in Indien eine Polarisierung. Auf der einen Seite werden die „fundamentalistischen“ Gruppen wie BJP, Shiv Sena usw. immer stärker, auf der anderen Seite gewinnt auch der Widerstand der unteren Bevölkerungsschichten an Intensität. Wer sich auf längere Sicht durchsetzen wird, ist (noch) nicht absehbar. Nur soviel kann heute schon gesagt werden: Die weitere politische Entwicklung dieses Riesenlandes mit seinen mehr als 850 Millionen EinwohnerInnen wird auch für die Menschen in Europa nicht ohne Auswirkungen bleiben. — (cw)



zweitgrößte Organisation der Naxaliten. Anfang 1992 hatte die IPF 222.000 Mitglieder, davon im Bundesstaat Bihar allein 140.000. Es ist kein Zufall, daß die IPF gerade in Bihar, einem der ärmsten und rückständigsten indischen Bundesstaaten, zu einer bedeutenden politischen Kraft geworden ist.

In den ländlichen Gebieten Bihars stehen sich zwei Klassen mit entgegengesetzten Interessen gegenüber: Zum einen die relativ kleine Schicht der Großgrundbesitzer, denen ein großer Teil des Bodens gehört, zum anderen Millionen LandarbeiterInnen und arme Bauern/Bäuerinnen, die sich zum Teil noch in vorkapitalistischen Abhängigkeitsverhältnissen zu den Landlords befinden. Von den Rechten, die sich die Landbevölkerung im benachbarten Westbengalen erkämpft haben, können die Bauern und Bäuerinnen in Bihar nur träumen. Auch spielt das Kastensystem in Bihar eine deutlich größere Rolle als in Westbengalen.

(...) Gewalt ist in Bihar auch zu einer täglich unmittelbar erlebbaren Realität geworden. Die indischen Zeitungen sind voll von Berichten über blutige Konflikte in diesem Bundesstaat. Die Medien sprechen dann gewöhnlich von einem „Kastenkrieg“, doch da in Bihar die Zugehörigkeit zu einer Kaste gewöhnlich die soziale und ökonomische Position eines Menschen determiniert, kann mit gleichem Recht von einem „Klassenkrieg“ gesprochen werden.

Die Stärke, die die IPF heute erreicht

Norwegen vor dem Beitritt

Was bleibt von der Selbstbestimmung?

Die nordischen Länder Schweden, Finnland und Norwegen mußten nicht als arme Bittsteller um Beitritt in die Europäische Union (EU) nachsuchen. Ihr Eintrittsgeld in die EU ist beträchtlich. Sie gehören zu den sogenannten Nettozahlern, d. h. sie zahlen mehr ein, als sie an Zuwendungen aus dem EU-Topf erhalten. Eine Sonderstellung nimmt Norwegen ein. Seine Wirtschaft ist durch die besondere geographische Lage nicht vergleichbar mit der der anderen Ländern. Außerdem haben die Norweger 1972 schon einmal einen bereits ausgehandelten Beitritt in die damalige EWG durch ein Referendum abgelehnt. Zwei Themen dominieren jetzt im norwegischen Positionspapier bei den Verhandlungen:

1. Unterstützung der norwegischen Randgebiete durch den europäischen Regionalfond.
2. Verweigerung des Zugangs der EU-Fischereiflotte zu den norwegischen Fischbeständen.

Große Teile Norwegens sind unbewohnbar und bestehen aus nicht nutzbarem Ödland. Es ist die lange Küste mit ihren zerklüfteten Fjorden, Gletschern und Steilküsten und den Hochflächen. Die 4,5 Millionen Einwohner leben auf einem Gebiet, das etwas größer als das der neuen Bundesrepublik ist, pro Quadratkilometer elf Personen. Die Landwirtschaft hat in der norwegischen Wirtschaft schon immer eine untergeordnete Rolle gespielt. Die kleinbäuerlichen Betriebe müssen heute außerordentlich hoch subventioniert werden.

Ein Ergebnis der Beitrittsverhandlungen war, daß Norwegen einen bestimmten Anteil aus Mitteln des EU-Regionalfonds erhält. Diese kommen aus einem eigens für die skandinavischen Länder geschaffenen Sonderfonds für dünn besiedelte Gebiete mit maximal acht Einwohnern pro Quadratkilometer. Dadurch kommen die vier nördlichen Regionen Norwegens in den Genuß der Unterstützung. In Norwegen stößt die Höhe und Auszahlungsweise auf Kritik.

Nur bestimmte Projekte erhalten Zuschüsse. Die Entscheidung über die Projekte trifft die EG-Kommission. Aus der Praxis ist bekannt, daß vor allem Autobahnbau unterstützt wurde.

Vertreter des Bauernverbandes befürchten, daß Mittel aus dem Regionalfonds nicht ausreichend in die Landwirtschaft fließen. Eine Benachteiligung der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten sieht der Bauernverband auch darin, daß die Senkung der Lebensmittelpreise bei einem EG-Beitritt um 20 bis 30 Prozent nur die Bevölkerung im Gebiet von Oslo begünstigt. In den anderen Gebieten schlagen die hohen Transportkosten auf die Preise. Sicher ist auch nicht, ob Norwegen seine eigenen Regelungen über die hohe Subventionierung der Landwirtschaft und der nördlichen Regionen, z.B. durch staatliche Zuschüsse beim Transport beibehalten kann.

Fischerei, Seefahrt, Wasserkraft, Rohstoffe (z.B. Aluminium), Erdöl und Erdgas bilden die Grundlage der norwegischen Wirtschaft. Von Fischfang, -verarbeitung und -transport sind viele norwegische Familien abhängig. Eine zeitlich nicht beschränkte nationale Kontrolle über den Fischfang in ihren Küstengewässern durchzusetzen ist der Auftrag der norwegischen Delegation. Welche Bedeutung der eigene Fischfang für Norwegen hat, zeigen Zahlen von 1993. Im Februar 1993 hatte Norwegen einen Handelsüberschuß von 10,1 Mrd. NK. Gestiegen war dabei der Export von Fisch und Schalentieren auf 1,1 Mrd. NK. 70 % des Lachses auf europäischen Märkten kommen aus norwegischen Gewässern.

Schon 1972 bei den EWG-Beitrittsverhandlungen wurde die Fischereifrage zum Angelpunkt. Der damalige Fischereiminister trat zurück, weil er die norwegischen Interessen nicht ausreichend berücksichtigt sah.

Die Norweger jetzt zugesprochene zwölf Seemeilen breite Zone als nationales Küstengewässer wurde nur für eine Übergangszeit bis 2002 zugesagt. Dann

wird norwegisches Gewässer Teil des EU-Gemeinschaftsmeeres. Die norwegische Regierung fordert eine Garantie über 2002 hinaus. Die Ablehnung dieses Ansinnens ist bei den EU-Ländern einstimmig, während es bei anderen Fragen, wie z.B. Fangquoten keine einheitliche Meinung gibt.

Die kalte Schulter wird den Norwegern auch bei der Forderung gezeigt, weiter die Fischressourcen nördlich des 62. Breitengrades (Barentsee) zu verwalten und z.B. mit Rußland Verhandlungen über Fangquoten zu führen. Dies stünde nicht in Übereinstimmung mit der EU-Fischereipolitik.

Norwegen erhält vom ersten Tag seiner Mitgliedschaft an zollfreien Zutritt auf den EU-Markt für Fisch und Fischprodukte. Gleichzeitig soll der Export für bestimmte Fischarten, wie z.B. Lachs, Krebse, Makrelen und Heringe in einer Übergangszeit begrenzt werden. Im bisher gültigen EWR-Vertrag (Efta/EU-Vertrag) sind solche Mengenbegrenzungen für den Fischexport verboten. Norwegen lehnt deshalb diese EU-Bestimmung ab.

Bei Redaktionsschluß dauerten die Verhandlungen mit Norwegen noch an. Möglich ist, daß der Aufnahmetermin zum 1.1.1995 platzt. Nächstmöglicher Termin wäre dann der 1.7.1995. Umfragen haben ergeben, daß die Zustimmung der norwegischen Bevölkerung zu einem EU-Beitritt weit höher ist, wenn die beiden Nachbarländer Schweden und Finnland schon EU-Mitglieder sind.

Immer noch ist die Ablehnung eines EU-Beitritts in der norwegischen Bevölkerung hoch, allerdings zur Zeit mit sinkender Tendenz. Die letzte Umfrage ergab 42 % gegen die Mitgliedschaft, 28 % dafür und 30 % unentschieden. Ein Problem der EU-Gegner ist, daß sie ihren Kampf gegen einen EU-Beitritt um nationale Sonderrechte führen müssen. Breite Teile der norwegischen Bevölkerung, vor allem in den Städten können dafür nicht gewonnen werden.

Quelle: *Klassekampen*, Februar, März — (ccs)

TR: DEP kandidiert nicht

Parlament tagelang von Sicherheitskräften umstellt

In der Türkei eskalieren die Angriffe des herrschenden Regimes gegen die kurdische Bevölkerung weiter. Unter dem Eindruck dieses anhaltenden Terrors beschloß nun am 25. Februar eine Parteiversammlung der DEP („Partei der Demokratie“): Die DEP zieht ihre Kandidatur zu den Kommunalwahlen am 27. März zurück. Elementarste demokratische Regeln sind bei diesen Wahlen nicht mehr gewährleistet, die Kandidatinnen und Kandidaten der DEP, ihre Wählerinnen und Wähler unterliegen einem unerhörten Terror, der eine Kandidatur nicht mehr zuläßt. Damit werden in den kurdischen Gebieten zu den Kommunalwahlen keine Kandidaten mehr zur Wahl stehen, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen und diese in irgendeiner Weise repräsentieren. In Cizre beispielsweise wird jetzt nur noch der blutbefleckte „Dorfschützer“ Kamil Atak von der Tayan-Sippe zur Wahl stehen, auf dessen Konto allein in den letzten drei Monaten im Gebiet von Cizre die Vertreibung von 15000 Menschen und Dutzende von Morden

stehen. Atak „kandidiert“ auf einer Liste der MHP, der Partei der faschistischen Grauen Wölfe.

Auch in den türkischen Gebieten hat das herrschende Regime auf den Beschluß der DEP mit einer weiteren Eskalation reagiert. Auf Geheiß des vom Generalstab gelenkten „Nationalen Sicherheitsrates“ hob die türkische „Große Nationalversammlung“ am 2. März die Immunität aller sechs Abgeordneten der DEP auf, ebenso die eines weiteren kurdischen Abgeordneten. Gegen alle DEP-Abgeordneten laufen inzwischen Anklagen wegen „Separatismus“ und „Hochverrat“, ihnen droht die Todesstrafe. Noch am gleichen Tag wurde die Nationalversammlung von Sicherheitskräften umstellt, der DEP-Vorsitzende Hatip Dicle und der Abgeordnete von Sirnak (Cizre), Orhan Dogan, verhaftet. Ein — gesetzlich zulässiger — Widerspruch der DEP gegen die Aufhebung der Immunität vor dem Verfassungsgericht wurde so faktisch unmöglich gemacht, die Abgeordneten vor den Augen der Presse von den Sicherheitsbeamten geschlagen. Am nächsten Tag wurden auch die vier anderen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Selim Sadak, Sirri Sakik und Ahmet Türk sowie der unabhängige Abgeordnete Mahmut Alinak verhaftet.

Damit sind alle Abgeordneten der DEP, die bei den letzten Wahlen in den kurdischen Gebieten bis zu 80 % der Stimmen der Wahlberechtigten erhalten hatten, verhaftet. Das Regime hat der kurdischen Bevölkerung erneut alle Möglichkeiten des politischen Kampfes genommen. Nach Presseberichten hat die PKK nach diesen Ereignissen in den kurdischen Gebieten dem Regime die Durchführung seiner Wahlen verboten, die verbliebenen Kandidaten wurden aufgefordert, ihre Kandidatur zurückzuziehen, andernfalls würden sie Angriffsziele der ARGK und der kurdischen Bevölkerung. Erklärungen der DEP sind ausführlich dokumentiert in der laufenden Nummer des *Kurdistan-Rundbriefs*.

— (rül)

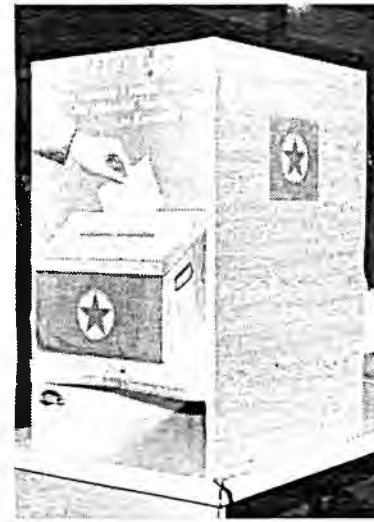


Foto: af/mz

Italien vor den Parlamentswahlen

Drei politische Lager mit jeweils heftigen inneren Widersprüchen bilden sich

In hektischen Verhandlungen haben sich in den letzten Wochen neue politische Bündnisse zur Parlamentswahl am 27./28.3.94 gebildet. Zu Bündnissen zwingt das neue Wahlrecht, nach dem nur noch ein Viertel der Abgeordneten nach Proportionalwahlrecht, drei Viertel aber nach Mehrheitswahlrecht in den einzelnen Wahlkreisen gewählt wird. Drei politische Lager haben sich, jeweils mit heftigen inneren Auseinandersetzungen, herausgebildet.

Rechtsaußen hat sich ein starkes Lager aus der Lega Nord, der faschistischen Partei MSI und der Bewegung Forza Italia des Mediengroßunternehmers Berlusconi formiert. Dabei spielt Berlusconi die Rolle des Scharniers zwischen dem Nordseparatismus der Lega und der Großitalienpolitik des MSI. Berlusconi selbst wirft große finanzielle und organisatorische Mittel einschließlich seiner Fernsehkanäle in den Wahlkampf und tritt selbst im Wahlkreis Rom I an. Sein Wahlkampf ist äußerst aggressiv gegen alles „Linke“, für Familie, Religion und freies Unternehmertum. Insbesondere Berlusconi's Auftreten wird für eine Brutalisierung des Wahlkampfes bis hin zu Übergriffen gegen Kritiker verantwortlich gemacht.

Als „Mitte“ tritt ein Bündnis aus der Volkspartei Partito popolare (PPI) und der politischen Strömung des Mario Segni (Referendumsbewegung) an. Die Volkspartei hat sich aus dem Teil der alten Christdemokratie neu gegründet, der nicht in irgendeiner Form bei den Rechtsaußenkräften gelandet ist. Auch Segni kommt aus der Christdemokratie, die er im Rahmen der Kampagne für das Mehrheitswahlrecht spektakulär verlassen hatte.

Schließlich hat sich eine „Allianz der Linken und Fortschrittlichen“ aus acht

Parteien und Gruppierungen gebildet: aus der Demokratischen Partei der Linken (PDS), Rifondazione comunista, Grüne, Rete, Alleanza democratica (Kräfte aus dem Bereich der früheren liberalen Republikanischen Partei), Christlichsoziale, Sozialisten (aus dem Gewerkschaftsflügel der früheren Sozialistischen Partei im Gegensatz zum Craxi-Flügel) und die Gruppierung Sozialistische Wiedergeburt. Nach schwierigen Verhandlungen hat dieses Bündnis aus sozial und politisch sehr unterschiedlichen Kräften sein Wahlprogramm eingereicht, eine Programmatische Absichtserklärung veröffentlicht und sich auf gemeinsame Kandidaten in den Mehrheitswahlkreisen verständigt. Das Bündnissymbol ist ein Kreis mit der Inschrift *Progressisti* und einem roten und einem grünen Farbstrich auf weißem Grund, die wohl beteiligte Kräfte wie auch die italienischen Nationalfarben andeuten sollen.

Die Programmatische Absichtserklärung ist angesichts der inneren Gegensätze allgemein gehalten. Wichtigstes Ziel ist die Verhinderung eines Wahlsieges der Rechten und eine Reformalternative, eine „demokratische und innovatorische Antwort auf die italienische Krise“. „Wir nehmen uns vor, neue Wege zu öffnen für die wirtschaftliche und bürgerliche Entwicklung des Landes, wobei wir gleichzeitig die Sanierung der öffentlichen Finanzen, die Ausweitung der Beschäftigung und den Schutz der Umwelt- und Kulturreichtümer des Landes garantieren. Um das zu schaffen, ist es notwendig, soziale Gerechtigkeit — angefangen vom Recht auf Arbeit und steuerliche Gerechtigkeit — mit den Argumenten der Leistungsfähigkeit und des Marktes zu verbinden.“ Angesichts der Arbeitslosigkeit stünden

die „Verkürzung und Neuorganisation der Arbeitszeit“ unaufschiebbar auf der Tagesordnung. Das Bündnis verpflichtet sich, daß die Sanierung der Finanzen nicht noch mehr auf den Lebensstandard der am stärksten Belasteten drücken darf und daß der Staat Bürgerrechte wie Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wohnung und soziale Sicherheit gewährleisten muß.

Bezüglich der europäischen Einigung spricht das Programm vom Bau der europäischen Union, des Europas der Völker im Gegensatz zum Europa der Oligarchien und Technokratien, der Protektionismen und Nationalismen.

Rifondazione comunista vermißt entscheidende Fragen in der Erklärung, sieht sie andererseits aber auch nicht durch die Erklärung ausgeschlossen. Und Rifondazione führt wie die anderen Parteien des Linksbündnisses in den Proportionalwahlkreisen einen eigenständigen Wahlkampf. Der Parteitag von Rifondazione comunista im Januar hat den Bündniskurs vor dem Hintergrund der drohenden Rechtsgefahr mit ca. 70 % unterstützt. Eine Minderheit sah die Probleme eines Bündniskurses einschließlich eventueller Regierungsbeteiligung überwiegen und sprach sich für ein Festhalten an einem strikten Oppositionskurs aus.

Begründete Aussagen über den Wahlausgang sind kaum möglich. Zwar haben Umfragen Anfang März den Rechtsblock Berlusconi/Lega/MSI mit 42 % vor dem Linksbündnis mit 36 % und der „Mitte“ mit 15 % in Führung gesehen. Aber bei diesen Schätzungen ist Proportionalwahlrecht unterstellt. Die Ergebnisse des vorrangigen Mehrheitswahlrechts sind praktisch nicht vorherzusagen.

Quellen: *Liberazione*, div. Ausgaben — (rok)

Beendet die Sanktionen gegen das irakische Volk!

Internationaler Appell

Die Fortsetzung der U.S./UN-Sanktionen gegen die Menschen des Irak, drei Jahre nach dem Ende des Golfkrieges, ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Tausende von Irakern, besonders Kinder, ältere Menschen und chronisch Kranke, sterben monatlich wegen der Knappheit an Nahrungsmitteln und lebensrettenden Medikamenten. Diese Knappheit ist eine direkte Folge der totalen Wirtschaftsblockade. Sanktionen sind eine neue und tödliche Waffe im Arsenal der Weltmächte gegen sich entwickelnde Länder. Die Gesundheit zukünftiger Generationen und die Existenz einer wachsenden Zahl von Ländern stehen auf dem Spiel. Nahrungsmittel und Medizin scheinen von den Sanktionen ausgenommen zu sein, doch das ist kalkulierter Betrug. Weil der Irak nicht am internationalen Handel teilnehmen darf und der Export von Gütern verboten ist, hat das Land nicht die finanziellen Mittel, Nahrung und Medizin einzukaufen. Darüber hinaus ist dem Irak der Import von Rohmaterialien, Geräten und Ersatzteilen zur Wiederherstellung der eigenen Möglichkeiten, lebensnotwendige Güter zu produzieren, verboten. Die Fortsetzung der Sanktionen gegen den Irak und seine Bevölkerung verletzt internationales Recht und alle Maßstäbe von Moral und Gerechtigkeit. Das „International Action Center“ arbeitet mit Menschenrechts-, Arbeiter-, Frauen- und Jugendgruppen, religiösen Vereinigungen und anderen Organisationen zusammen, um ein sofortiges Ende der Sanktionen zu fordern. Wir rufen die US-Regierung, den Sicherheitsrat und die Regierungen seiner einzelnen Mitglieder sowie die Generalversammlung und die Regierungen seiner Mitgliedsstaaten auf, das Embargo gegen den Irak aufzuheben. Wir betrachten Sanktionen als eine Massenvernichtungswaffe und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir bitten die Massenmedien jedes Landes dringend, den Menschen in der Welt die wahren und schrecklichen Dimensionen von Tod, Krankheit, Hunger und Verletzung mitzuteilen, die durch diese Form der Kriegführung verursacht werden.

Wir unterstützen sofortige Aktionen von Einzelnen und Organisationen, ausgehend von den unterschiedlichen Kulturen und Potentialen in jedem Land, durch klare Verbindungen in internationaler Koordination, Kommunikation und Solidarität. Wir rufen Regierungen, Organisationen und prominente Persönlichkeiten aller Länder auf, sich dieser internationalen Kampagne anzuschließen und ein Ende des grausamen und unmenschlichen Embargos gegen den Irak zu fordern.

Interessenten wenden sich an:
RAMSEY CLARK c/o International Action Center, 39 West 14th St.,
 206 New York, NY 10011, USA Tel.: 001-212-633-6646;
 Fax: 001-212-633-2889
 In der BRD: Gesellschaft für Internationale Verständigung,
 Im Hassel 38, 37077 Göttingen

Im Gesundheitswesen nur Grundversorgung?

Gewerkschaften sollten Reformvorstellungen der Versicherten aufgreifen. Kahlschlag droht.

Seehofer hat rechtzeitig in die Tarifauseinandersetzungen in der letzten Woche seine Bekanntmachung gegeben: bei den gesetzlichen Krankenkassen sei durch das Gesundheitsstrukturgesetz im Jahr 1993 ein Überschuss von 10 Mrd. DM erwirtschaftet worden, so daß mit Senkungen der Beitragssätze im Jahr 1994 gerechnet werden könne. Im Dezember, zur Tagung der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen, lagen die Zahlen noch deutlich niedriger. Da ging es auch darum, alle Beteiligten streng auf Sparkurs zu verpflichten. Für die Monate Januar bis September 1993 waren in den alten Bundesländern rund 5 Mrd. DM als Überschuss bei den Krankenkassen geblieben nach einem Defizit von 9,2 Mrd. DM 1992. In den neuen Bundesländern stiegen die Grundlöhne um 17,7 %, die Ausgaben je Mitglied jedoch nur um 11,7 %. Am meisten wurde bei Medikamenten eingespart (minus 19,1 % je Mitglied), so dann bei den Heil- und Hilfsmitteln, vor allem bei Massagen (minus 7,3 % je Mitglied). Die Budgetierung bei der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, bei stationären Kuren und den Verwaltungsausgaben hätte die Leistungserbringer zu Sparsamkeit getrieben. Die Kosten für Hörgeräte und für Rettungs- und Krankentransporte seien überproportional gestiegen. Seehofer will sie „auf den Prüfstand“ nehmen und notfalls mit gesetzlichen Maßnahmen vorgehen.

Gegen die Einsparungen im ambulanten Sektor ist kein oder wenig Protest von Seiten der Patienten laut geworden, ganz im Unterschied zur stationären Versorgung. Da muß sich Seehofer verteidigen. Er weist Behauptungen als „absurd“ zurück, „das Gesundheitsstrukturgesetz führe bei Krankenhäusern zwangsläufig zu Defiziten und schränke die notwendige Versorgung der Patienten ein“. Wer Patienten notwendige Behandlungen verweigere, verhalte sich rechtswidrig. Besonders verwerflich sei es, wenn einzelne Kliniken erklärten, sie könnten nicht so viele krebserkrankte Kinder und Aidspatienten behandeln. „Wenn in diesen Bereichen durch Mehrbelegung höhere Kosten entstehen, so haben die Kliniken ausreichend Gelegenheit, durch Einsparungen in anderen Abteilungen für einen Ausgleich zu sorgen“, behauptet Seehofer. Offensichtlich hat sich das Bundesgesundheitsministerium sogar genötigt gesehen, der Kritik von Patienten nachzugehen. Seehofer erklärt, seine Beamten hätten in jedem Fall gefunden: „Die Krankenhäuser können durchaus mit einem festen Budget auskommen, wenn sie die neuen Rahmenbedingungen und Rationalisierungsskizzen nutzen“. Das heißt, diese Kritik der Patienten wird Seehofer keineswegs bei der Fortsetzung des Gesundheitsstrukturgesetzes bremsen.

Als nächstes kommt die Kopfpauschale für die Hausärzte, die Senkung der Preise für Laborleistungen, weitere Kostensenkung im ambulanten Bereich durch Vereinbarung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Richtgrößen für Arznei- und Heilmittel, Qualitätssicherung beim ambulanten Operieren, Fallpauschalen für Krankenhäuser, Risikostrukturausgleich für die gesetzlichen Krankenkassen, um sie in den Wettbewerb treiben zu können. Diese Maßnahmen sind alle per Gesetz beschlossen.

Modelle für die Grundsicherung

Die nächste gesetzliche Etappe wird ins Auge gefaßt: „Welche Leistungen müssen auch weiterhin aus medizinischer und sozialpolitischer Sicht aus Mitteln der Solidargemeinschaft finanziert werden?“ — Das ist die Einführung der sogenannten „Grundversorgung“ bis zum Jahre 2000.

Der Sachverständigenrat für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen hat im Januar 1994 einen sog. Sachstandsbericht „Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung 2000 — Eigenverantwortung, Subsidiarität und Solidarität bei sich ändernden Rahmenbedingungen“ vorgelegt. Die Vorschläge sollen frühzeitig in die Diskussion gebracht und bis zum Ende des Jahres ein konkreter Vorschlag ausgearbeitet werden.

Der Sachverständigenrat ist auf vier mögliche Modelle zur Einschränkung der Leistungen der Krankenkassen gekommen:

1. **Modell:** Leistungen, die nicht unbedingt der gesetzlichen Krankenkasse zuzurechnen sind, werden ausgegliedert bzw. verlagert. Es würde sich dabei um Leistungen handeln, die einem bestimmten Verursacher zugeordnet und von diesem auch bezahlt werden müssen und um teure Leistungen, wo ebensogute preisgünstigere Möglichkeiten bestehen.
2. **Modell:** Die Gesundheitsleistungen sollen in Kern- und Zusatzleistungen aufgeteilt werden, sofern es möglich ist, mit Hilfe von medizinischen und ökonomischen Kriterien Kernleistungen, die für alle Versicherten solidarisch abgesichert werden müssen, zu definieren. Der Sachverständigenrat geht davon aus, daß sicher Notfälle, lebensgefährliche Erkrankungen und Abwehr einer massiven Beeinträchtigung der Lebensqualität dazu gehören. Strikte medizinische Bedingung sei, daß die ärztliche Verordnung der Kernleistungen jeweils gegeben und kontrollierbar ist.

Sozialpolitisch bestehe das große Problem der einkommensschwachen Haushalte, der „Balanceakt zwischen wünschenswerter ökonomischer Differenzierung und zu vermeidender sozialer Diskriminierung“.

3. **Modell:** Abgesehen von einem Kern von Leistungen, die jeder solidarisch versichern muß (Solidaranteil des Beitrags), sollen die Versicherten Leistungen freiwillig abwählen können, um diese in eigene Verantwortung zu übernehmen.

Dafür wird sein Beitrag entsprechend gesenkt. Wer wenig verdient, soll wenig abwählen dürfen, weil er aufgrund seiner ökonomischen Situation nur wenig Risiko privat übernehmen kann. Durch den Solidaranteil des Beitrags erwirbt der Versicherte das Recht, jederzeit den vollen Leistungsanspruch bei vollem Beitragssatz wieder aufleben zu lassen.

Dieses Modell eigne sich besonders für die Entfaltung des Wettbewerbs zwischen den Krankenversicherungen und für versicherungsmathematische Berechnungen der einzelnen Risiken wie bei den privaten Krankenversicherungen.

4. **Modell:** Hier sollen die Aufgaben geteilt werden. Der Staat sei für die „Sicherung der gesundheitsgerechten Gestaltung der allgemeinen Lebensverhältnisse (wie z.B. der Arbeits-, Verkehrs- und Freizeitbedingungen)“ zuständig, für Trinkwasserqualität u.a. Verbraucherschutz sowie für die Überwachung von Gesundheitsprogrammen wie Impfungen oder Vorbeugungsprogrammen. Die gesetzlichen Krankenversicherungen sollen die Grundversorgung gewährleisten (und definieren!), Präventionsprogramme und Qualitätssicherung durchführen sowie Standards, Richtgrößen und Positivlisten formulieren.

Die Versicherten können nun auswählen und zwar solche Leistungen, die in den Sockel der Grundversorgung nicht aufgenommen wurden. Hier sind u.a. sogenannte „alternative Behandlungsmethoden“ gemeint.

Ebenso können die Versicherten angebliche „Bagatelleistungen“ auch wieder abwählen.

Beitragszahlung: Kapitalisten sollen weiter entlastet werden

Was die Beitragszahlung betrifft, sind verschiedene Modelle in der Diskussion, um die angeblich bestehenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Letztlich geht es jedoch darum, die Anbindung



Foto: af/mz

des Beitrages an den Lohn aufzuheben, damit sich die Kapitalisten nicht mehr um das Problem steigender Beiträge kümmern müssen. Der Gesundheitssektor solle überhaupt nicht mehr als „eigenständiger Teilsektor“ angesehen werden, was ständige staatliche Eingriffe erfordert und ermöglicht, sondern als Teil der gesamten wettbewerblich verfaßten Wirtschaftsordnung, was eben weitreichende Strukturveränderungen voraussetzt.

Unter Förderung der „Eigenverantwortung“ der Versicherten kann sich der Sachverständigenrat nur „Zuckerbrot und Peitsche“ vorstellen. Er kommt auf die alte Idee der Beitragsrückerstattung und der Bestrafung für gesundheitswidriges Verhalten.

Insgesamt sind die Vorschläge des Sachverständigenrates keineswegs originell, sondern im wesentlichen abgeschrieben aus der Broschüre der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe „Krankenversicherung“ der Bosch-Stiftung „Vorschläge zur Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung — Reformperspektive 2000“ aus dem Jahre 1987.

Reformvorstellungen von Versicherten sind sichtbar

Die Einführung einer Grundsicherung wird kommen. Niemand verteidigt den gegenwärtigen Zustand. Die Interessen der Versicherten hinsichtlich einer Grundsicherung sind aber wohl sichtbar:

- Die Beschwerden über Mängel in der stationären Versorgung sind verbreitet. Wer so schwer krank ist, daß er ins Krankenhaus muß, soll eher besser als derzeit behandelt werden. Die Grundsicherung müßte also unbedingt die Krankenhausversorgung umfassen.
- Die Angebote der Krankenkassen zu Vorbeugungsmaßnahmen finden enormen Zuspruch. Es handelt sich um Ausbildung in Ernährungsfragen, Kurse zum Erlernen von Entspannungsübungen usw. Das Interesse an Ausbildung in medizinischen Fragen sollte von der Krankenkasse unterstützt werden, indem sie die Kosten dafür zumindest teilweise übernimmt.
- In Eigenverantwortung und Eigeninitiative übernehmen schon gegenwärtig viele Patienten einen Teil der ambulanten Versorgung. Darunter wird mehr die Berücksichtigung der eigenen Wünsche und Vorstellungen von Patienten verstanden in Abgrenzung zu Unwissenheit und Abhängigkeit von selbstherrlichen Fachleuten.

In den zahllosen Selbsthilfegruppen praktizieren Patienten Eigeninitiative und Eigenverantwortung und organisieren einen wichtigen Teil ihrer Gesundheitsversorgung. Unter „Eigenverantwortung“ wird keinesfalls verstanden, daß man Kranke hängen läßt, sondern daß die Eigeninitiative der Kranken, ohne die ein Gesundungsprozeß sowieso nicht stattfinden kann, anerkannt und gefördert und nicht behördenmäßig verwaltet wird. Das könnte sogar zu erheblichen Einsparungen führen bei guter Versorgung. Wie dies versicherungstechnisch umgesetzt werden könnte, ist offen.

Die Gewerkschaften könnten diese Initiativen aufgreifen und in die Konzentrierte Aktion einbringen, um einen Kahlschlag zu verhindern.

Quellen: Rede von Bundesgesundheitsminister Seehofer bei der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen am 14. 12. 93; „Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung 2000“ vom Sachverständigenrat, Kurzfassung 60 S.; Broschüre der Bosch-Stiftung — (sul)

GORLEBEN

Endlagerprobleme ohne Ende

Der Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht in Lüneburg nannte die Rechtslage des Prozesses, der am 21. Februar begann und in dem über den Nicht-Bau oder Weiterbau des Atommüll-Endlagers in Gorleben zu entscheiden war, kompliziert.

Der Bund läßt das Lager wie ein Bergwerk nach Bergrecht bauen, obwohl niemand am Salz interessiert ist. Dadurch soll abseits vom Atomrecht das vorgeschriebene Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung solange vermieden werden, bis das Bergwerk fertig ist.

Der Anfang der 80er Jahre genehmigte Rahmenbetriebsplan für den Bergwerksbau war bis Ende 1992 befristet. Geologische und technische Probleme bewirkten jedoch Verzögerungen, so daß das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Bauherr eine Verlängerung des Rahmenbetriebsplanes bis 1999 beantragt hat. Die niedersächsischen Bergbehörden verweigern aber die Verlängerung unter Hinweis auf das neue Umweltrecht, das ein Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung vorschreibt.

Für das Endlager ist ein Teil des Salzstocks vorgesehen, der — oberirdisch — dem Forstwart Andreas Graf Bernstorff gehört. Dieser ist jedoch Atomkraftgegner und will das Land über dem Salzstock nicht verkaufen. Die Grundlage für eine zwangsweise Enteignung sei nicht gegeben, unterstützt ihn seit langem die Umweltministerin Griefahn (SPD) in Niedersachsen. Der Anwalt des Grafen, Reiner Geulen, bestritt das Recht des BfS auf eine Weiterbaugenehmigung und verwies auf wissenschaftliche Gutachten, nach denen der Salzstock für eine Endlagerung nicht geeignet ist.

Das Land Niedersachsen argumentierte mit Zitaten aus einer Rede von Bundesumweltminister Töpfer (CDU), es könnten Alternativ-Standorte gesucht werden, um das Endlagerkonzept bis zum Jahr 2005 zu erfüllen — also müsse Gorleben nicht notgedrungen weitergebaut werden.

Die BfS kontierte mit Zahlen: in Gorleben seien schon 1,3 Milliarden Mark verbaut worden. Ein Weiterbau koste zwei Milliarden Mark und sichere ja schließlich auch die Arbeitsplätze für die Bergleute, die sonst entlassen würden.

Mit nackten Hinterteilen, auf denen geschrieben stand „Schacht dicht!“, protestierten einige Atomkraftgegner. Am Montag, 7. März, entschied das Verwaltungsgericht in Lüneburg zugunsten der Betreiber. Der von Niedersachsen verordnete Baustopp für die Erkundung eines Atommüll-Lagers wurde aufgehoben. Das niedersächsische Umweltministerium unterlag gleich in drei Fällen gegen die Klagen des BfS: Wiederaufnahme der Erkundungsarbeiten, keine Umweltverträglichkeitsprüfung und keine Beteiligung der Öffentlichkeit. Ministerin Griefahn will gegen die Entscheidung beim Bundesverwaltungsgericht klagen. — (edi)

GRUNDREMMINGEN

Kreisverkehr für Plutonium

Wer an den Kühltürmen des größten deutschen Atomkraftwerkes in Gundremmingen vorbeifährt, ahnt nicht, daß hier eine Premiere vorbereitet wird. In den beiden Reaktorblöcken sollen erstmals im großen Stil sogenannte Mischoxid-(MOX)-Brennelemente eingesetzt werden.

So hat es Bayerns Ex-Umweltminister Peter Gauweiler (CSU) Ende Januar 1994 entschieden. 40000 Einwendungen gegen dieses Verfahren liegen vor. Das „Bündnis Schutz vor MOX“ bereitet eine Gerichtsklage vor. Denn, von kleineren Testläufen abgesehen, sind MOX-Brennelemente bislang nur in Druckwasserreaktoren eingesetzt worden, die über zwei Kühlkreisläufe verfügen. Die älteren Siedewasserreaktoren wie Gundremmingen kommen nur mit einem Wasserkreislauf aus und besitzen damit eine Radioaktivitätsbarriere weniger.

Genau das hat bisher auch den Betreibern Sorge bereitet: Anders als Uranbrennstäbe enthalten MOX-Elemente von Anfang an drei bis acht Prozent Plutonium, das sonst erst bei der Uranspaltung entsteht. Plutonium gilt als giftigster Stoff der Welt und ist für die Atomindustrie das größte Problem überhaupt.

Denn nirgendwo ist eine Lösung in Sicht: Nachdem die Technik der schnellen Brüter nicht funktioniert, gibt es praktisch nur zwei Möglichkeiten, mit dem Supergift umzugehen: Entweder man schafft die abgebrannten Brennstäbe direkt in ein atomares Endlager, oder man trennt das Plutonium aus den abge-



Frankfurt. Am 1. März demonstrierten während der Börsenszeit über 300 Beschäftigte von Börse, Wertpapierdatenzentrale, Terminbörse und Kassenvereinen nach einer Betriebsversammlung der DWZ auf dem Frankfurter Börsenplatz. Vor einem halben Jahr hat der neue Vorstand der Deutschen Börse AG bekanntgegeben, daß er Verwaltungsabteilungen und Teile der DV-Organisation und Kundenbetreuung zentralisieren will. Im ersten Schritt will er von 350 „untersuchten“ Arbeitsplätzen 90 vernichten. Die Forderungen des neugegründeten Konzernbetriebsrates: Beschäftigungsgarantie, Eintritt der Börse in den Arbeitgeberverband, Angleichung der Betriebsvereinbarungen auf höchstem Niveau, Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen. — (gst)

brannten Brennstäben in einer sogenannten „Wiederaufarbeitungsanlage“ ab.

Dann aber entsteht reines Plutonium, das in dieser Form eine kaum beherrschbare Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt. Der Stoff ist zudem für den Bau von Atombomben geeignet. Will man das Plutonium aber nicht für Bomben verwenden, muß man es sicherheits-halber wieder verunreinigen oder anderweitig wegschaffen. Denn nur wenn von den Betreibern der Atomkraftwerke der (Entsorgungs-)Nachweis über die schadlose Verwertung erbracht werden kann, dürfen laut Paragraph 9a des Deutschen Atomgesetzes die Atommeiler weiterbetrieben werden.

Wohin also mit dem Plutonium? Seit die Veba vor vier Jahren überraschend die Wiederaufarbeitung im bayerischen Wackersdorf gekippt hat, werden abgebrannte Brennstäbe in die Wiederaufarbeitungsanlage nach Sellafield (Thorp) und La Hague gebracht. Von dort kommt, nach der Wiederaufarbeitung, das Plutonium zurück nach Deutschland. Hier müßte es für mindestens 25000 Jahre absolut sicher gelagert werden, so lange dauert es, bis auch nur die Hälfte der Plutoniumatome zerfallen ist. In ihrer Not besannen sich die Atomkraftwerksbetreiber der Technik der MOX-Brennelemente. Sie sind etwa dreizehnmal teurer als bei Uranbrennstäben und haben auch sonst noch einige Haken. Für das Aktionsbündnis „Schutz vor MOX“ hat der Münchner Physiker Klaus Buchner noch einmal die Wichtigsten aufgezählt: Atomkraftwerke können sehr viel schwerer gesteuert werden, die Strahlung wird erhöht, und die Schweißnähte verspröden schneller als beim Einsatz von herkömmlichen Brennstäben.

Klaus Buchner bezieht sich auf eine von der Bundesregierung geheimgehaltene Studie, die vom MOX-Einsatz ab-rät. Ohnehin, so der Atomexperte des Darmstädter Öko-Instituts, Michael Sailer, sei die Gefahr von Störfällen in den veralteten Siedewasserreaktoren von vornherein größer. Doch was noch schwerer wiegt: Das Plutonium-Problem wird nur verschoben. Denn neben der Kernspaltung entsteht durch den sogenannten Neutroneneinfang in den Mischoxid-Elementen wieder neues Plutonium.

Daß auch die Energiekonzerne liebend gerne aus diesem Teufelskreis ausbrechen würden, zeigte sich zuletzt anläßlich des Erörterungstermins für den MOX-Einsatz in Gundremmingen. Der

Delegationsleiter der Antragsteller RWE und Bayernwerke, Klaus Petersen, sagte: „Wenn der Weg der direkten Endlagerung beschreibbar wird, dann hat sich das Thema MOX-Recycling erledigt.“

Womit das Problem wieder über die Landesgrenzen verschoben wäre. Endlagerstätten hat Bayern bisher nicht angeboten. Aber in Gorleben, dem bislang einzigen westdeutschen Standort, ist gerade ein Erkundungsschacht abge-soffen.

— (Klaus Wittmann)

HAMBURG

Tarifforderung für die Seehäfen

Am 23. Februar 1994 beschloß die Bundestarifkommission der Abteilung Seehäfen eine Forderung von 190 DM. Dies entspricht einer Erhöhung von 1,10 DM pro Stunde für alle Lohngruppen und macht bei Lohngruppe VI (Hafenarbeiter) 4,8 % aus.

Dieser Beschlußfassung vorausgegangen waren Beschlüsse in den Betrieben und Zusammenfassungen der Forderungen in den verschiedenen Häfen Lübeck, Hamburg, Bremen/Bremerhaven, Brake und Norderham. Die Hafenarbeiter in den ostdeutschen Häfen (die meisten sind in Rostock) erhalten gegenwärtig 85 % des Lohns der westdeutschen Seehäfen. Die Vertreter dieser Seehäfen sind als Beobachter in der Bundestarifkommission vertreten.

In Hamburg hatten fast alle Hafenbetriebe 5 % gefordert, zum Teil mit einem Mindestbetrag in Höhe der Lohngruppe VI versehen. Vom zweitgrößten Containerterminal Eurokai kam die Forderung von 5,5 %, und vom Gesamthafenbetrieb kam die Forderung von 7 %, mindestens 270 DM. Um diesen Forderungsüberblick beurteilen zu können, muß man jedoch wissen, daß in den Betrieben mit den 5 %-Forderungen auch höhere Forderungen vorhanden waren, die jedoch im Rahmen der Beschlußfassung verschwunden sind. So war beispielsweise von den Kollegen der HHLA am Containerterminal Burchardkai eine Festgeldforderung von 280 DM aufgestellt worden. Dies sah man der 5 %-Forderung der HHLA nicht mehr an. Auf der Arbeitsdelegiertenkonferenz in Hamburg am 21. 2. 1994 wurde dann nach einer längeren Auseinandersetzung eine Forderung von 5,5 %

mit einer Mindestforderung in Höhe des Betrages der Lohngruppe VI (etwa 220 DM) gefordert.

Dabei waren sich alle anwesenden Funktionäre einig, daß es in diesem Jahr lediglich darum geht, die Preissteigerung einigermaßen auszugleichen, und daß wir bereits zur Durchsetzung solcher niedriger Forderung werden kämpfen müssen. Von einigen Arbeitsdelegierten wurde auf die weitere Umschlagsteigerung im Containerverkehr verwiesen, und daß der Hamburger Hafen im Jahre 1993 ein Rekordergebnis eingefahren hat und gleichzeitig die Anzahl der Hamburger Hafenarbeiter weiter gesunken ist. Wenn sich dabei die Erlössituation verschlechtert, kann das kein Grund für uns sein, niedrige Forderungen zu stellen. Verschiedene Redner sprachen sich für eine besondere Absicherung der unteren Lohngruppen aus, die insbesondere auch die Lohngruppe I für Aushilfsarbeiter umfassen soll.

Bei der Sitzung der Bundestarifkommission in Bremen trafen nun die Forderungen der verschiedenen Häfen aufeinander. Erwartungsgemäß kam aus dem Raum Weser/Ems eine niedrigere Forderung. Überraschend jedoch war die Tatsache, daß gerade von dort auch die Forderung nach einem Festbetrag gekommen war. So einigte sich die Bundestarifkommission mit großer Mehrheit auf die Forderung einer Lohnerhöhung von 190 DM für alle Lohngruppen.

1992 war es seit Jahren das erste Mal gelungen, in der Bundestarifkommission mit 9,5 % mindestens 340 DM eine Mindestforderung durchzusetzen. Auch im Abschluß 1992 wurden dann die unteren Lohngruppen besonders berücksichtigt.

Die Lohngruppe III wurde um 220 DM (6,9 %), die Lohngruppen IV bis VI wurden um 230 DM erhöht. Für die Lohngruppe VI machte das 6,4 %. Alle höheren Lohngruppen erhielten 6,3 %. Auch in der Tarifrunde 1993 wurde mit der Forderung 6,5 % und mindestens 250 DM eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen beabsichtigt. Ausdrücklich wurde damals von einem Vertreter in der Bundestarifkommission darauf hingewiesen, daß mit der besonderen Berücksichtigung der unteren Lohngruppen auch die Lohngruppe I (Aushilfsarbeiter) gemeint ist. Im Abschluß durch Schlichterspruch wurde jedoch nur 3,55 % ohne jede soziale Komponente erreicht.

Die Tarifverhandlungen werden am 18. März aufgenommen. Der Tarif endet zum 30. 3. 1994. — (obj)



Im Herbst 1992 organisierte der Stadtteilernbeirat Mannheimer Kindergärten eine Demonstration gegen die Aufhebung der Mindeststandards in den baden-württembergischen Kindergarten-Richtlinien. Eltern und ErzieherInnen vermuteten, daß die Aufhebung der Mindeststandards darauf abzielte, das Recht auf einen Kindergartenplatz durch Vergrößerung der Gruppen billig zu realisieren. Sie forderten u.a.: „Recht auf Kindergartenplatz — nicht um jeden Preis!“ Die Eltern hatten insofern Erfolg, als nach Aufhebung der Kindergartenrichtlinien des Landes der Mannheimer Gemeinderat beschloß, die Verschlechterungsmöglichkeiten nicht auszunutzen. — (tht)

Ein garantierter Kindergartenplatz?

Mannheimer DKP und Grüne wollen mehr Druck auf den Bonner Bundestag machen

Auf dem Höhepunkt der konservativen Kampagne gegen die Abschaffung des Paragraphen 218 beschloß der Bundestag das Recht auf einen garantierten Kindergartenplatz. Damit sollte das Hauptargument der GegnerInnen des Paragraphen 218 beseitigt werden, die Bundesregierung zwingt Frauen weiter zur ungewollten Schwangerschaft, obwohl sie nichts unternehme, Müttern und Kindern die dazu notwendige Infrastruktur in Form von Kindertagesstätten zu schaffen. Der Paragraph 218 wurde mit Hinweis auf die beschlossene Besserstellung von Mutter und Kind mit unwesentlichen Verbesserungen durch das Bundesverfassungsgericht beibehalten, und damit hatte auch das Versprechen von Bundesregierung und Bundestag auf einen garantierten Kindergartenplatz ab 1996 seine Schuldigkeit getan.

Daß dieses Versprechen je verwirklicht würde, hatte in Bonn eh niemand — SPD und Grüne nicht ausgenommen — gedacht. Schon bei der Beschlußfassung hat die Bundesregierung keinen Pfennig für die Kommunen bereitgestellt; denn die Städte und Gemeinden müssen ja die Kindergartenplätze zur Verfügung stellen, die Bonn versprochen hat.

Je näher nun das Jahr 1996 rückt, versuchen Städte und Gemeinden, von der Verpflichtung eines garantierten Kindergartenplatzes über eine Verfassungsklage wegzukommen.

Auch der Mannheimer OB Widder (SPD) denkt über den Beitritt zu dieser Klage nach. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde eine niederschmetternde Bilanz der Situation in Mannheim gezogen:

Von garantiertem Kindergartenplatz ab Januar 1996 keine Spur. Bei einer Versorgungsquote von 72 Prozent stehen heute rund 7 500 Kindergartenplätze zur Verfügung; es fehlen also rund 3 000 Plätze. Bei Krippenplätzen (306 vorhanden, was einer Versorgungsquote von rund drei Prozent entspricht) und bei Hortplätzen (928 vorhanden gleich 5,5 Prozent) sieht alles noch schlechter aus. Das beschlossene Sonderprogramm sieht den Bau von 525 Kindergartenplätzen, 50 Krippen- und 60 Hortplätzen vor. Es soll bis einschließlich 1996 39 Millionen Mark an Investitionen kosten. Ob es verwirklicht wird, steht noch in

den Sternen. Aber sicher ist, daß — selbst wenn es verwirklicht werden würde — sich an der mangelnden Grundversorgung bis 1996 nichts Wesentliches geändert hätte; der Zuwachs entspräche ungefähr dem zugewachsenen Bedarf. Nicht einmal für Neubaugebiete wie Neuhermsheim, Seckenheim-Süd oder Friedrichsfeld sind die entsprechenden Einrichtungen eingeplant. Und für das Neubaugebiet „Im Rott“, wo ein Kinderhaus gleich mitgebaut werden soll, müssen dafür aus dem Sonderprogramm fünf bis sechs Millionen erspart werden. Allein in den Neubaugebieten wären sofort rund 54 Millionen Mark nötig, um dort die notwendigen Kindertagesstätten zu schaffen.

Gegenwärtig werden im Schnitt in Mannheim 100 neue Kindergartenplätze jährlich geschaffen. Selbst nach heutigem Stand würde es also 20 — 30 Jahre dauern, um die heute fehlenden Plätze zu schaffen. Eine Wahnsinnsvorstellung, wenn man dazu noch bedenkt, daß ja auch die entsprechenden Kindergärtnerinnen für die zu schaffenden rund 90 Gruppen bezahlt werden müssen.

Daß die Stadt das nie und nimmer aus eigener Kraft schaffen kann, war allen im Gemeinderat klar. Daß aber diese Kindergartenplätze das Allerwichtigste sind, was in der Jugendpolitik benötigt wird, war auch allen klar. Also ging der Blick nach Bonn und Stuttgart, wo nach wie vor Milliarden Mark für unsinnige und gefährliche Politexperimente (Somalia usw.) verplempert werden.

Grüne und DKP forderten, daß Bonn nicht aus seiner Verpflichtung entlassen werden dürfe und den Kommunen helfen müsse, den garantierten Kindergartenplatz zu verwirklichen. Und dann begann der Eiertanz. OB Widder, der selbst für Unterstützung aus Bonn und Stuttgart eintritt, sprach sich aus Gründen der Glaubwürdigkeit gegen eine geharnischte Willenserklärung des Gemeinderats aus. Ebenso sprachen sich Teile der SPD und natürlich von CDU und Mannheimer Liste (ML) gegen die Entschließung aus. Die REPs sprachen zwar nicht gegen, stimmten aber gegen eine solche Entschließung, die dann doch — mit Entschärfungen — und einer knappen Mehrheit angenommen wurde. aus: „mannheim konkret“, Zeitung der DKP im Rathaus — (ebe)

Bankentarifkampf bisher ohne Angebot

Frankfurt. Auch in der dritten Verhandlungsrunde am 24. Februar haben die Arbeitgeber des Bankgewerbes kein Angebot vorgelegt. Stattdessen wurde ein Vorschlag für eine „Gemeinsame Erklärung zur Beschäftigungssicherung“ vorgelegt, der das genaue Gegenteil beinhaltet: Berufsbezogene Weiterbildung soll künftig außerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Die gleitende Arbeitszeit soll endlich „richtig“ genutzt werden, nämlich um „ungleichmäßigen Arbeitsanfall und Kundenfrequenzen zu bewältigen“. Mehrarbeit sei als „kurzfristiges, flexibles Arbeitszeitinstrument unverzichtbar“. Die Forderung nach Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit soll nicht tariflich abgesichert, befristete Arbeitsverhältnisse forciert werden. Die Forderungen der Gewerkschaft HBV nach einem der besten Ertragsjahre der Banken: 270,- DM Gehaltserhöhung, das sind ca. 6 Prozent mehr auf den durchschnittlichen Tarif, Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Stunden, Recht auf Teilzeitarbeit. Am 16. März ist die vierte Verhandlungsrunde. — (gst)

Massenentlassungen bei Bahlsen

Hamburg. Im Laufe eines Jahres sollen bei der Hamburger Bahlsen-Tochter Liebelt — zur Zeit sind dort 375 Personen beschäftigt — 132 von 350 Vollzeitarbeitsplätzen abgebaut werden. Wieviele Mitarbeiter tatsächlich entlassen werden sollen, ist noch nicht bekannt. Damit wird nach dem Kahlschlag in der Verwaltung 1993 nun auch der Produktionsbereich rapide abgebaut.

1990 übernahm Bahlsen die Firma Liebelt zu 100 %. Bereits längere Zeit besaß Bahlsen 49 Prozent der Firmenanteile. Dadurch wurden die Produktpalette und die Produktionsmengen stark von Bahlsen als Hauptabnehmer be-

stimmt. 1993 wurde eine Trennung der Bereiche Süß und Snack vorgenommen. Die Zentrale von Bahlsen Snack wurde in Neu Isenburg bei Frankfurt angesiedelt. Dies hatte zur Folge, daß bei Liebelt Hamburg die Verkaufsabteilung aufgelöst wurde. Auch große Teile des Einkaufs wurden nach Neu Isenburg verlegt, ebenso die Personalleitung.

Am 23. Februar wurden Geschäftsleitung und Betriebsrat in Hamburg mit einem sogenannten „Interessenausgleich“ konfrontiert. Neben vielen schwammigen Formulierungen enthält das Papier nur die konkrete Aussage: 130 Arbeitsplätze sollen im Zeitraum vom 1. 4. 1994 bis 30. 4. 1995 entfallen.

Drei Gründe werden dafür angeführt: Zusammenlegung der drei Hamburger Standorte in ein Werk, Rationalisierung und Produktionsverlagerung auf andere Bahlsen-Töchter im Ausland. — (jub)

PDS Saarland bereitet Kommunalwahlen vor

Saarbrücken. Die Arbeitsstagung des Landesverbandes Saarland der PDS erarbeitete Ende Januar in Neunkirchen einen ersten Entwurf des Kommunalpolitischen Programmes. Kernpunkt dieses Programmentwurfs ist die Forderung der PDS nach Stärkung der Kommunen, Ausbau ihrer Rechte gegenüber dem Bund und Schutz kommunaler Selbstverwaltung:

- * für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern
- * gegen Rechtsradikalismus und Nationalismus
- * gegen Arbeitslosigkeit
- * gegen Wohnungsnot
- * für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen
- * für die Gleichstellung der Frau
- * für Demokratisierung und Bürgerbeteiligung.

Mit diesem Programm wird die PDS nicht nur Alternativen und neue Wege aufzeigen. Sie wird durch konkrete Vorschläge auch den Beweis antreten, daß

die Forderungen, beispielsweise nach Schaffung von Arbeitsplätzen, auch finanzierbar sind. Geprüft wird zur Zeit noch, in welchen Kreisen die PDS Saarland zur Kommunalwahl antritt.

— (PDS Saarland, aus CL-Netz)



Wahljahr 1994: Für unsere Rechte — Aktiv gegen Rechts

Referate, Material, Beschlüsse der 16. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen 5. Juni 1993 in der Volkshochschule Essen

Neuerscheinung bei GNN-Köln. 24 S., 3 DM

Kritik an faschistischer Politik verbessern

Essen. Rund 170 Leute beteiligten sich am 5. 3. 1994 an der 17. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW. Wie die letzte fand sie wieder in der Essener Volkshochschule statt. Auch der DGB gehörte zum Trägerkreis. Im „Wahljahr 1994“ ging es vor allem darum, wie der Einzug von Faschisten in die Parlamente verhindert werden kann. Schwerpunkt der dreizehn Arbeitsgruppen war die Kritik faschistischer Positionen gegen Ausländer, zu Europa und zur „Inneren Sicherheit“ sowie ihre Sozialdemagogie. In einer Resolution bekräftigte das Abschlußplenum die Forderung, Faschisten nicht zu den Wahlen zuzulassen. — (wof)

Kurz berichtet

Was des einen Leid,
ist des anderen Freud!

Am 31. 12. 93 ist die erleichterte Kündigung wegen mangelnden Bedarfs abgelaufen. Eine wie auch immer geartete Nachfolgeregelung ist noch nicht verabschiedet (vgl. *Politische Berichte* 3/94). Etwa 180 wissenschaftliche Beschäftigte der Humboldt-Universität können aufatmen. Die Personalabteilung der Humboldt-Universität (HUB) hat es nicht geschafft, sie rechtzeitig zu kündigen. Schlamperei, absichtliche Verzögerung, Blockadepolitik — so die Stellungnahme aus der Senatsverwaltung. Überlastung, Überforderung, Verzögerung durch die Ablehnungen des Personalrats — so die Stellungnahme der HUB. Der Senator tobt, verlangt eine „umgehende und restlose“ Aufklärung. Es wird mit Regreß gedroht — immerhin mehrere Millionen Mark. Den Senator ärgert es besonders, daß damit die sogenannte strukturelle und personelle Erneuerung verzögert wird: die Umwandlung unbefristeter Arbeitsverhältnisse in befristete einerseits und die „Verhandlungsmasse“ für neu berufene Professoren andererseits. Erfreulicherweise hat der Personalrat HUB mit Ausnahme von zwei Kündigungen alle anderen (ca. 210 seit November) abgelehnt. — (har)

PDS/LL plant Konferenz
gegen Vereinigungsunrecht

Für den 30. April 1994 planen die Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste und die LL/PDS-Fraktion des Sächsischen Landtages in Chemnitz die Durchführung einer Konferenz „Gegen Vereinigungsunrecht — Gleiche Rechte für die Ostdeutschen“. Die PDS betrachtet sich als Interessenvertreterin im Kampf gegen die rechtliche Diskriminierung der Ostdeutschen. Wesentliche Punkte des Einigungsvertrages, in denen die erworbenen Rechtsansprüche der Ostdeutschen formuliert sind, werden nicht erfüllt bzw. deren Anwendung den Ostdeutschen verweigert. Juristisch werden die Ostdeutschen auf den verschiedensten Ebenen schlechter gestellt: hinsichtlich ihrer sozialen Rechte, der Eigentumsrechte, einschließlich des Rechtes auf Volkseigentum, der politischen Rechte (Recht auf Zugang zum öffentlichen Dienst), Rechte der Frauen. Die Konferenz will sich vor allem mit den Eigentumsfragen befassen, weil die Allianz zwischen Bundesregierung, Treuhand und Teilen des Großkapitals eine breit angelegte Marktbereinigung und den Kauf der ostdeutschen Wirtschaft betrieb. Alternative Vorstellungen gegen diese Diskriminierungspolitik will die PDS entwickeln. Diese Frage soll sowohl im Plenum der Konferenz als auch in einem Podiumsgespräch mit dem Thema „Wie setzen wir uns erfolgreich zur Wehr?“ gemeinsam mit den Teilnehmern erörtert werden. Andere ostdeutsche Gremien wie z. B. das Kuratorium ostdeutscher Verbände sind zur Mitwirkung eingeladen. — (abe)

Ostdeutsche Kommunen
lehnen „Altschulden“ ab

Die ostdeutschen Kommunen lehnen die Übernahme von sog. Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen ab. Dies teilte der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und gleichzeitige OB Dresdens, Wagner, als Ergebnis einer Konferenz ostdeutscher kreisfreier Städte mit. Es handelt sich hierbei um Zuweisungen aus dem zentralen Haushalt der DDR für den Bau von Kindertagesstätten, Sportstätten und Kulturhäuser. Gegebenenfalls soll ein Musterprozeß geführt werden. Gläubigerin der insgesamt 7 Milliarden Mark „Altschulden“ ist die Deutsche Kreditbank AG Berlin. — (har)

Minus-Tarifabschluß in der
Metall- und Elektroindustrie

Das Verhandlungsergebnis in Niedersachsen vom 5. März soll auf alle Tarifbezirke übertragen werden. Für Mittwoch dieser Woche hatte die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband für Berlin-Brandenburg (VME) einen Termin für die Übernahmeverhandlungen ausgemacht. Noch eine Woche zuvor waren die Funktionäre der IG Metall im Westteil Berlins damit beschäftigt, Vorbereitungen zu treffen, um möglichen Aussparungen aufgrund sogenannter Fernwirkungen von Arbeitskämpfen zu begegnen. Vor allem für das BMW-Motorradwerk in Spandau waren solche „kalten Aussparungen“ befürchtet worden. Der Tarifbezirk in Westberlin gilt in puncto Organisationsgrad als das Schlußlicht der Tarifbezirke in der gesamten Bundesrepublik. Folglich waren Kampfmaßnahmen der Kapitalisten gerade hier zu erwarten. Sie sind nunmehr aufgrund des Ergebnisses in Niedersachsen ausgeblieben. Wenn die Kapitalistenvertreter aus dem VME allerdings ihre noch vor wenigen Wochen ausgesprochenen Drohungen wahr machen würden, dann dürften sie das nieder-sächsische Ergebnis eigentlich nicht übernehmen. Schließlich hatten sie es für nötig gehalten, noch in diesem Jahr Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, das Westberliner Tarifgefüge anzugleichen an die Tarife in Ostberlin und Brandenburg. Die Widerstandskraft der IG Metall im Westteil Berlins ist relativ gering. Die Ergebnisse einer jahrzehntelangen politischen Ausnahmesituation als tarifpolitisches Schongebiet sind nicht so schnell zu überwinden. Dennoch muß genau dies jetzt passieren, um die Kapitalisten im Zaum zu halten.

Der Tarifabschluß bedeutet für die Berliner Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie ein erneutes Minus. Die aufs Jahr gerechneten 1,16 % Lohnerhöhung werden durch die Kürzung bei der tariflichen Sonderzahlung am Jahresende kompensiert. Das Urlaubsgeld und die tariflichen Sonderzahlungen bis 1996 fallen geringer aus, weil der Bezugsmonat Mai 94 ausgerechnet wurde. Damit wird der Abschluß zum Minusabschluß. Und das nach Kürzung der Berlinzulage um zwei Prozent ab Januar 1994 und völligem Wegfall ab Januar 1995. — (brr)

Auf der 2. Tagung des 3. Landesparteitages der sächsischen PDS ging es vorrangig um die in der letzten Ausgabe der *Politischen Berichte* dargelegten Differenzen innerhalb des Landesverbandes. Mit dem — eigentlich erwarteten — komfortablen Abstimmungsergebnis von 90,3 % Ja-Stimmen sprachen die 231 Delegierten dem nun wieder im Amt befindlichen Landeschef Prof. Peter Porsch ihr Vertrauen aus.

In der vorangegangenen Debatte hatte Prof. Porsch nochmals seine Vorstellungen über die gemeinsame Arbeit der Mitglieder des Landesverbandes dargelegt. Dazu gehörten auch seine Auffassungen von Pluralismus, die er bei der Überwindung der Querelen im Landesverband beachten wissen möchte:

1. Pluralismus bedeutet nicht die restlose Aufteilung der Partei in Gruppierungen, Strömungen, IG, AG, Plattformen usw. Pluralismus lebt vielmehr davon, daß eine große Zahl unserer Mitglieder beweglich bleibt, sich in Einzelfragen und von Fall zu Fall zuzuordnen oder zu distanzieren offen hält. Dies bedeutet ständige Diskussion in unserer Partei, auch Streit, es verbietet Alleinvertragsanspruch und Verdrängung von Personen, Gruppierungen und Meinungen.

2. Pluralismus garantiert das Existenzrecht aller Strömungen, Flügel und Gruppierungen, er ist in Hinblick auf das Bild der Gesamtpartei keine einfache Addition der Strömungen, Flügel und Gruppierungen. Es ist völlig normal, daß zu verschiedenen Zeiten und zu verschiedenen Anlässen die einen oder anderen doch dominanter das Bild und das Image der Partei prägen — ich betone aber nochmals, immer unter Beachtung des Existenzrechts aller. Gerade dies ist doch eine Stärke unseres Pluralismus, es macht uns politisch flexibel. Es hält uns ständig in der Debatte, und es hält uns ständig fähig, auf der Höhe aktueller politischer Ansprüche zu sein.

3. Pluralismus bedeutet auf keinen Fall Beliebigkeit. Politisch macht Pluralismus für uns nur Sinn in Verbindung mit Gemeinsamkeit. Wer Gemeinsamkeit

zerstört, zerstört auch unseren Pluralismus. Das unabdingbare Gebot für unsere Existenz ist, Gemeinsamkeit immer wieder zu gewinnen, immer wieder herzustellen.

Für die Zeit der Wahlen möchte Peter Porsch Gemeinsamkeit zumindest auf folgenden Nenner bringen: Die PDS ist eine moderne, pluralistische, linke, demokratische Partei. Das heißt, wir wollen — oft aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus — eine freie und solidarische Gesellschaft, in der niemand allein gelassen wird, jede und jeder aber sein,

PDS Sachsen in
den WahlkampfVertrauensvotum für
den Landesvorsitzenden
und Beschluß über das
Landes-Wahlprogramm
für Sachsen

bzw. ihr Leben, so wie er oder sie will, leben kann.

Im Wahlkampf interessiert es nach Meinung von Prof. Porsch sehr viel weniger, wieviel Vergangenheit wir noch mit uns herumtragen, als vielmehr, wieviel Zukunft wir in die Politik einbringen können. Nur dies ist seiner Meinung nach der Kontext, in dem Vergangenheit zu bewältigen ist, nicht aber durch sinnlose Vorwürfe und Salz in unsere Wunden. Er will im Wahlkampf viel lieber aufdecken, wieviel mögliche Zukunft, wieviel mögliche Menschenwürde uns schon verlorengegangen sind, weil sich die absolute Mehrheit der CDU nach Mustern der Vergangenheit gebildet.

Er forderte, all jenen in den Arm zu fallen, „die in unserer Partei gleichsam Burgen bauen und uns weismachen wollen, es ginge nur mehr darum, ob man sich in den Schutz dieser Burg begäbe oder nicht. Dies ist der Tod allen Pluralismus“. Dies integriert Gruppen letztlich auf irrationale Weise und grenzt andere ebenso aus.

Nicht mehr die sachliche Auseinandersetzung steht dann an, sondern immer nur die Frage, zu wem bekenntst Du Dich? Hören wir auf, zu sagen: die Fraktion, der Stadtvorstand, die Chemnitz, die Stalinisten, die Reformer usw. Nennen wir uns endlich, wenigstens hin und wieder beim Namen!

Alles zusammengefaßt: Ab sofort beginnt die PDS ihren Wahlkampf! Hinter ihm steht alles zurück! ... Organisieren wir nicht unsere Flügelskämpfe, sondern organisieren wir eine möglichst große Menge von Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen, bei den Wahlen, in Parlamenten und in außerparlamentarischen Aktionen!

Diese Orientierung vertrat auch der Chef der Landtagsfraktion LL-PDS, Klaus Bartl, in seinen Ausführungen zu Beginn des Parteitages. Er, Bartl, betrachtete die letzten vier Wochen als „reinigendes Gewitter“ und forderte die Delegierten auf, „mit Charakter und Kompetenz, mit Anstand und Kultur“ an die konkrete Politik zu gehen. Schluß müsse sein damit, der Basis zu versprechen, „den Streit zu beenden“.

Breiten Raum nahm die anschließende Debatte zum Wahlprogramm der sächsischen PDS ein, das unter dem Motto „Leben in Menschenwürde“ steht. In insgesamt 11 Kapiteln werden Forderungen und Vorstellungen der Partei zu drängenden sozialen Problemen wie dem Recht auf Wohnen, auf Arbeit und Bildung aufgeführt. Die PDS verfolge das Ziel, heißt es darin u. a., „durch radikale Reformen den Kurs der Anschließpolitik in seinen entwürdigenden Folgen zu korrigieren“. Das Programm wurde von den Delegierten einstimmig gebilligt. — (sta)

Wieder einmal versammelten sich die Delegierten aus den Basisgruppen der mitgliederstärksten Parteibeirgsorganisation der PDS in der BRD zu einer Hauptversammlung. Von dort sollten sie vor allem „Argumente und Schwung für die bevorstehende Arbeit im Superwahljahr 1994“ mitnehmen, wie die neu gewählte Vorsitzende des Bezirksvorstandes (Dr. Gesine Löttsch) am Schluß der zweitägigen Veranstaltung wünschte.

Tagungsleitung und -teilnehmer schienen professioneller. Keine endlosen Streits mehr um Tages- und Geschäftsordnung oder die Platzierung im Arbeitspräsidium. Souverän wurde die Geschäftsordnung gehandhabt. Tagesordnung und Zeitplan wurden samt vom Arbeitspräsidium vorgeschlagenen Änderungen ohne Kampfabstimmung angenommen.

Neu, wenn auch ungewollt, war der Tag Pause zwischen Beginn und Abschluß der Tagung, weil die schmucklose Kantine jenes Lichtenberger Betriebes, in der sich die fast 190 Delegierten und etwa 30 Gäste versammeln durften, am Sonnabend nicht genutzt werden konnte. So gewann mancher Delegierte zusätzlich Zeit, seinen Beitrag für den weiteren Verlauf der Beratungen zu überlegen: Kein Schaden, der nicht auch einen Nutzen hat.

Neu für mich war, daß der „etwas längere Einführungsbeitrag“ inhaltlich wie sprachlich aus einem Guß war. Mehrere Delegierte lobten, daß sich die Autoren hörbar Zeit für die redaktionelle und damit auch inhaltliche Bearbeitung des Textes genommen hatten. Früher hatte die Kraft oft nur dazu gereicht, mehr oder weniger gekonnt aneinandergereihete Zuarbeiten einzelner Arbeitsgruppen zu verlesen. Die PDS Lichtenberg also auf dem Weg von Politamateuren zu Politprofis? Die Sachlichkeit des Arbeitsstils war jedenfalls wohlthuend und wies eindeutig in diese Richtung.

Der „etwas längere Einführungsbeitrag“ — fast anderthalb Stunden — folgte inhaltlich den von der PDS jüngst bekannt gemachten politischen Dokumenten. Eindringlich der Appell, die konkreten Sorgen und Probleme, die an jeder Ecke dieses bevölkerungsreichen Stadtbezirks sichtbar sind, möglichst vollständig und genau aufzugreifen, damit in den Wahlkämpfen dieses Jahres soviel wie möglich für den Lichtenber-

ger Bürger herausgeholt werden kann. Basis-Wahlkampf — so wird er hier verstanden und vorbereitet.

PDS-Landesvorsitzende Petra Pau, die als Gast am zweiten Beratungstag sprach, erinnerte die Delegierten an die Voraussetzungen der PDS für ein gutes Wahlergebnis in Berlin — über 23 700 zahlende Mitglieder, drittstärkste Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, stärkste Fraktion in sechs Bezirksverordnetenversammlungen, 26 Stadträte, über vier Millionen Mark jährliches Beitragsaufkommen, was nicht unwesentlich ist für die Finanzierung der verschiedenen Wahlkämpfe, und schließ-

ler für sich gewinnen, 30 000 mehr als zu den erfolgreichen letzten Kommunalwahlen! Daß dies nicht leicht sein werde, liege auf der Hand, zumal die anderen Parteien nichts unversucht lassen, die PDS von der politischen Bühne zu verdrängen.

Darin seien sich alle im Abgeordnetenhaus oder den Stadtbezirksparlamenten vertretenen politischen Parteien einig. Fairneß könnten die Demokratischen Sozialisten nicht erwarten, das wisse man auch ohne die verbale Ablehnung entsprechender Angebote der PDS durch CDU und andere. Der PDS-Wahlkampf werde inhaltsbezogen geführt.

Es gelte, alle Chancen für die Schaffung einer quotierten Offenen Landesliste mit Direktkandidaten in allen Berliner Bezirken zu nutzen.

Zuvor hatte sich Christa Luft, Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung, als Bewerberin um ein Direktmandat in unserem Stadtbezirk für den Bundestag auf der Offenen Liste der PDS vorgestellt. Sie stehe für einen Wirtschaftsstandort Deutschland, der nicht nur für das Kapital attraktiv ist, sondern für die Menschen, die hier leben. Es gehe um ein reale Hoffnungen begründendes Zukunftsprogramm.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin setzte sich für den Schutz des Eigentums der Ostdeutschen auf der Grundlage des Grundgesetzes ein. Der Kampf um die Wahrung des Besitzstandes der Ostdeutschen sei bitter nötig. Entschieden müsse das Rentenstrafrecht bekämpft werden usw.

Christa Luft bekam viel Beifall für ihr Credo, daß wir Ostdeutschen uns nicht als die Verlierer, sondern als Wissens- und Erfahrungsträger der Geschichte sehen müßten. Unsere Aufgabe sei es, nicht bloß mitzuschwimmen, sondern mitzugestalten.

So sahen es auch die meisten anderen noch zu Wort kommenden Diskussionsredner. Vielleicht kam die Suche nach potentiellen Verbündeten in den kommenden Auseinandersetzungen zu kurz. Aber gerade dies bewies wohl Realismus, entsprach der gegenwärtigen Situation; denn wer traut sich schon offen mit der PDS?

Gut war auch, daß sich nahezu alle Redner auf das Wirken der PDS nach außen konzentrierten. Die Zeit der Grabenkämpfe scheint, jedenfalls in Lichtenberg, vorbei zu sein.

PDS-Lichtenberg
über Wahlen '94Martin Walter über den
mitgliederstärksten
PDS-Bezirk: „Argumente
und Schwung für das
Superwahljahr 1994“

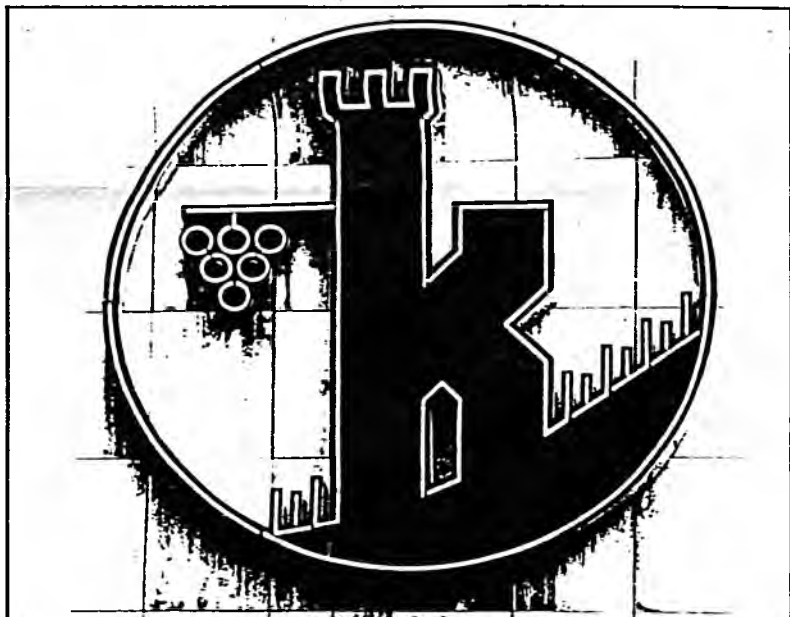
lich etwa 16 Publikationsorgane unterschiedlichster Art für die Verbreitung der Standpunkte der Partei.

Die PDS sei auch die einzige Partei in Berlin, die einen stabilen Aufwärtstrend in der Gunst der Wähler nachweisen könne.

Das Wichtigste aber sei die große Zahl der mobilisierungsfähigen Mitglieder. Von ihnen hänge letztlich ab, daß und wie unsere guten inhaltlichen Positionen zu den vielen kleinen und großen Fragen unserer Zeit möglichst vielen Wählern bekannt und verständlich werden.

Die PDS nehme alle Wahlen ernst. Ihr Wahlziel zu den Europawahlen (am 12. Juni) sei es, im Osten Berlins 25 % und im Westen der Stadt 3 % der Stimmen auf sich zu vereinen.

Zu den Bundestagswahlen am 16. Oktober wolle man 200 000 Berliner Wähler



Berlin. Die Aktionen zum Hotelkonzern Kempinski (vgl. *Politische Berichte* Nr. 1/94) gehen weiter und zeigen Wirkung. Gäste haben wegen der Haltung des Hotels, keine wahrheitsgemäße Gedenktafel (mit von der Familie akzeptiertem Text) anzubringen, abgesagt. Das israelische Verkehrsministerium kündigte z. B. einen großen Empfang. Der Konzern sucht an der Familie vorbei die Initiative. So will er eine historische Studie finanzieren und stellt in Aussicht, das derzeitige (arisierte) Firmensignet (siehe Abbildung) zu entfernen. Eine „Hitlertraube“ ersetzte ab 1936 den als jüdisch verketzerten Stern. Am 26. März sollen in mehreren Städten gleichzeitig Aktionen stattfinden. — (ard)

Ostdeutschland 1993: Einige Fakten zur Lage

Nur als im 17. Jahrhundert die Pest grassierte, war der Anteil der Eheschließungen niedriger als jetzt

Industrie: Die ostdeutsche Industrie hatte Mitte 1993 noch 40 % des Produktionsniveaus von 1989. Von den im Januar 1991 bestehenden 2,075 Millionen Arbeitsplätzen in der ostdeutschen Industrie sind nach Berechnungen des WSI Ende 1993 700 000 verblieben. Das bedeutet, daß 47 von 1 000 Einwohnern in der Industrie beschäftigt sind. Das ist weit weniger als in solchen wirtschaftlich geringer entwickelten Ländern wie Spanien (74) oder Irland und Griechenland (64). „Der ostdeutsche Industriebezugsatz hat im Vergleich keinen Bestand mehr“, schätzte der DGB-Bundesvorstand Anfang 1994 ein.

Landwirtschaft: Achtzig Prozent der Arbeitsplätze sind seit 1989 vernichtet worden. Von den 848 000 Beschäftigten waren Mitte 1993 noch 170 000 übrig. Über 50 % der seit 1990 in der EG stillgelegten Flächen befinden sich auf ostdeutschem Territorium.

Bruttoinlandsprodukt: Der Anteil Ostdeutschlands am BIP beträgt gegenwärtig 8 %, in der Industrieproduktion sind es 4 % und im Export 2 % — bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 20 %. Damit verbunden ist ein beispielloser Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit: Nach einem Spiegel-Zitat ergibt sich in Ostdeutschland folgendes Bild: „9,7 Millionen Beschäftigte beiderlei Geschlechts hatte die DDR in ihrer vollbeschäftigten Endphase. Heute haben in den neuen Ländern gerade noch 5 Millionen Menschen eine reguläre Arbeitsstelle auf dem Arbeitsmarkt — davon Männer 67 % und nur noch ein Drittel Frauen.“ (Der Spiegel 39/93, S. 49).

Wenn man eine Million Übersiedler von Ost nach West und ca. 500 000 Pendler unberücksichtigt läßt, hatten im Juli 1993 38,8 % der erwerbsfähigen Bevölkerung Ostdeutschlands keine feste Arbeit. „Die Arbeitslosigkeit geht durch das Land wie ein Regime der Furcht, das keine Stasi braucht, um die Menschen einzuschüchtern“, sagte der Dramatiker Heiner Müller.

Enteignung: Die DDR hat das riesige Vermögen von ca. 2 Billionen DM in die Einheit eingebracht. Die DDR-Bürger

waren Eigentümer dieser Werte. Von dieser Summe waren nur 300 Millionen kreditiert, d. h. 1,7 Billionen bereits bezahlt, was nach der Umbewertung eine Summe von 150 Milliarden DM ergab. Die Treuhand wies dagegen aber einen durch nichts begründeten Verlust von 250 Mrd. DM in ihrer Eröffnungsbilanz aus und hat dazu noch Kreditschulden in Höhe von 150 Mrd. DM festgestellt. In der Realität ist das eine in der Welt einmalige Enteignung eines ganzen Volkes. Es ist zugleich ein für einen so kurzen Zeitraum außerhalb von Kriegs- und Nachkriegszeiten einmaliger Vermögenstransfer, der die These einer Kolonisierung durchaus stützt. Wenn wir als Beispiel den Wohnungsfonds der DDR nehmen, so betrug er wertmäßig ca. 300-400 Milliarden DM, ohne Berücksichtigung der neuen Marktwerte. Diese Wohnungen wurden mit dem Geld und den Händen der ostdeutschen Bevölkerung erbaut, waren also im wörtlichen Sinne „Volkseigentum“. Statt, wie noch im Einigungsvertrag erwogen, Anteilscheine auf Volksvermögen an die Bevölkerung zu verteilen, soll diese nun ihren Anteil als „Eigentumswohnung“ käuflich erwerben und damit ein zweites Mal bezahlen.

Die DDR hat Grund und Boden nicht bewertet. Doch handelt es sich hier um ein weiteres riesiges Vermögen von rund 400 bis 500 Milliarden DM. Das wird jetzt von der Treuhand zügig verkauft. So werden z. B. 774 000 Hektar des von der Treuhand verwalteten Waldes vor allem an westdeutsche Käufer veräußert. Schon heute sind die Ostdeutschen die Bevölkerung, der am wenigsten vom Territorium gehört, auf dem sie lebt.

Armut: 15 % der Bevölkerung der neuen Bundesländer gelten nach offiziellen Statistiken bereits als arm. Das sind doppelt so viel wie in den alten Bundesländern. Besonders betroffen sind Familien mit drei und mehr Kindern, von denen jede zweite mit einem Einkommen leben muß, das unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens in Deutschland liegt. Ein Drittel der Alleinerziehenden sowie jedes zweite Kind leiden unter

Armut. Besonders betroffen ist die Altersgruppe der 50-60jährigen, die aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert ist und beruflich keine Perspektive mehr hat.

Das Armutsrisiko ist nach einer Prognose der Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung in den neuen Bundesländern“ hoch, da in den nächsten Jahren zwei Drittel aller Haushalte in Ostdeutschland von Sozialleistungen leben werden. Weit über 200 000 Menschen sind in Ostdeutschland bereits Sozialhilfeempfänger. Mit dem Auslaufen von Sozialzuschlägen auf Arbeitslosengeld (1995) und Rente (1996) ist ein sprunghafter Anstieg von Sozialhilfeempfängern zu erwarten.

Wissenschaft: Von ehemals 195 073 Beschäftigten der DDR in Forschung und Lehre hatten nach Mitteilung der Bundesregierung zum Jahreswechsel 92/93 nur noch 23 600 eine Vollzeitstelle. Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Marlis Dürkop, sprach in einem Interview ausdrücklich von Kündigungen wegen politischer Nichteignung. In einem anderen Interview sagte Frau Dürkop: „Natürlich ist die Grundstimmung an der Uni wie in der gesamten DDR: Die Enttäuschung über die Einigung ist das Grundgefühl.“ (Junge Welt, 17. 7. 1993)

Von ehemals in der DDR beschäftigten 70 000 Industrieforschern hatten Ende 1993 nur noch 16 000 einen Arbeitsplatz (23 %). Der DGB spricht davon, daß Ostdeutschland auf dem Wege zur Wissenschaftswüste sei.

Kultur: Von den 30 000 Künstlern der DDR, die in den verschiedensten Künstlerverbänden organisiert waren, können sich heute nur noch ca. ein Drittel von ihrem Beruf ernähren. Die Bundesmittel zur Erhaltung der kulturellen Infrastruktur im Osten sanken von 1,25 Milliarden 1991 auf 650 Millionen 1993. Ab 1995 sollen keinerlei Bundesmittel mehr bereitgestellt werden. Nur 14 % aller im Kulturbereich Tätigen stehen heute in einem festen Arbeitsverhältnis.

Der Verlust an kultureller Substanz, die nach dem Einigungsvertrag erhalten werden sollte, ist groß. National und international geachtete Kultureinrichtungen

wie die Stiftung Weimarer Klassik, das Bauhaus Dessau, das Ernst-Busch-Haus, das Friedrich-Wolf-Haus, das Hans-Fallada-Haus u. a. wurden in ihren Arbeitsmöglichkeiten stark beschränkt. Namhafte Orchester wurden aufgelöst, Theater stellten ihren Spielbetrieb ein.

Kulturelle Einrichtungen für die Bevölkerung wurden stark reduziert. Jedes zweite Kino wurde geschlossen. 40 % aller Jugendzentren und 15 % aller Kulturhäuser wurden geschlossen. Die kulturelle Verödung im ländlichen Bereich schreitet voran. Der prozentuale Anteil des Kulturbudgets ist rückläufig. 62 % aller Gemeinden geben an, keine Mitarbeiter mehr im kulturellen Bereich zu beschäftigen. Von den Bibliotheken, die es in vielen Orten der DDR gab, wurden etwa drei Viertel geschlossen: von einst 6 500 existieren noch 1 750.

Ausbildungssituation: Mindestens 100 000 betriebliche Ausbildungsstellen fehlen in den neuen Bundesländern, d. h. jeder zweite Jugendliche hat keinen Ausbildungsplatz. Mädchen sind in besonderer Weise betroffen. Es herrscht Ausbildungsnotstand Ost. Nur jeder zweite Jugendliche erhält nach Abschluß seiner Ausbildung eine Stelle in seinem erlernten Beruf. Das Prinzip der freien Berufswahl ist in Frage gestellt, und die Lebenschancen der Jugend sind insgesamt reduziert. Parallel mit der Schließung kultureller Einrichtungen im Jugendbereich leistet eine solche Situation einer Sinn- und Orientierungskrise besonderen Vorschub.

Frauen: Frauen haben die tiefsten sozialen Umbrüche durchzustehen. Sie hatten eine Lebenskultur entwickelt, die den Wunsch zur Vollbeschäftigung einschloß. Bei einer Befragung im November 1991 antworteten 79 % aller erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland, daß sie sicher beschäftigt bleiben wollen. Weitere 20 % hielten das für wahrscheinlich. Nur 10 % wollten, wenn der Ehemann genug verdient, zuhause bleiben. Neuere Untersuchungen beweisen eine gewisse Stabilität dieser Wertorientierung. Die Frauen in Ostdeutschland wollen z. B. nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten. Auch unter Einbe-



Arbeiterin bei Kahla-Porzellan.

Foto: af/mz

ziehung der Männer in die Befragung würden im Osten 75,2 % (im Westen 51,9 %) eine Vollbeschäftigung der Frau gegenüber einer Teilbeschäftigung vorziehen.

Geburtenentwicklung: Ein Indikator für die Krisenbedingtheit einer Gesellschaft ist die Geburtenentwicklung. 1989 wurden in der DDR noch rund 200 000 geboren. 1992 waren es nur noch 88 000. Das ist ein Rückgang in drei Jahren um 45 %. Die Zahl der Sterilisationen — veranlaßt auch durch Anforderungen der Arbeitgeber — ist demgegenüber stark gestiegen. Die Heiratsquote sank im gleichen Zeitraum auf 36 %. Für die Stadt Potsdam wurde in einer Erklärung der Stadt ein bezeichnender Vergleich gezogen: „Nur von 1631 bis 1640, als die Pest grassierte, sei der Prozentanteil der Eheschließungen in Relation zur Einwohnerzahl noch niedriger ausgefallen als heute.“

Berufsverbote: Ca. 1,5 Millionen Menschen sind in Ostdeutschland von politischer Diskriminierung und Berufsverboten unmittelbar betroffen. Etwa 400 000 Staatsangestellte und ebenso viele Angehörige der bewaffneten Organe hatte die DDR. Dazu kamen 100 000 hauptamtliche Funktionäre von Parteien und Massenorganisationen. Für den überwiegenden Teil dieser Menschengruppe ist der verfassungsmäßig garantierte Zugang zum öffentlichen Dienst versperrt, nachdem sie mit dem Ende der DDR fast alle entlassen wurden. Ähnliches gilt für die gekündigten Lehrer (ca. 150 000). 350 000 Rentner werden durch ein politisch angelegtes Rentenrecht noch für die Ausübung eines Berufes in der DDR nachträglich auf diese Weise bestraft.

Quelle: Materialien der GBM Berlin — (abe)

Bildungspolitik à la CDU in Berlin

Sigrun Steinborn: Bildungspolitik unter dem Druck der Maastrichter Verträge

Auch das Bildungswesen in Deutschland gerät unter den Druck der Maastrichter Verträge. Die im Interesse der großen Unternehmen gewollte Öffnung der Märkte führt zur verschärften Konkurrenz der Lebensbedingungen.

Der Warencharakter von Bildung tritt unter diesen Bedingungen — verstärkt durch konservative Regierungen — immer deutlicher zutage. Bildung gerät unter ein verschärftes Verwertungsinteresse, unter stärkeren Rationalisierungsdruck und wird ein stärkerer Standortfaktor.

Die bildungspolitischen Beschlüsse der CDU, die sie auf ihrem Bundesparteitag im September '93 beschlossen hat, sind Ausdruck dieses verschärften Verwertungsinteresses.

Georg Gölter brachte in seiner Einführungsrede auf dem Bundesparteitag der CDU (12. bis 14. 9. 93) die grundlegende Auffassung seiner Partei auf den Punkt: „Der Mensch ist — ein hartes Wort — dem Menschen ein Wolf.“

Das ist eine zynisch-offenherzige Charakterisierung unseres Gesellschaftssystems, und solche Einschätzung ist nach wie vor der selbstverständliche Ausgangspunkt für jede „konstruktive“ Bildungspolitik der CDU bzw. ihrer Vordenker.

Die wichtigsten bildungspolitischen Vorstellungen in diesen Beschlüssen vom Bundesparteitag der CDU sind:

— Bestärkung in der Propagierung, Erziehung sei vor allem Sache der Familie, also nicht nur gesellschaftliche Aufgabe, — Setzen auf Chancengerechtigkeit statt auf Chancengleichheit, — Förderung sogenannter begabter und hochbegabter Kinder und Jugendlicher,

— Ausdehnung kirchlicher Schulen, — Verzicht auf muttersprachlichen Unterricht für Kinder von Immigrantinnen, — Propagierung einer 4-jährigen statt 6-jährigen Grundschule, — Schulabschlußvergabe nur durch die einzelnen Oberschultypen, — Ablehnung der Gesamtschule, — Ablehnung der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern und — Entgeltforderungen für freiwillige Betreuungsangebote am Nachmittag.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft — spricht das deutsche Großkapital — stellten ihre bildungspolitischen Forderungen im Oktober 1993 der Öffentlichkeit vor. Es ist von „windstillen Schutzzonen“ — gemeint sind die Schulen — und von „zunehmendem Niveauverlust“ die Rede, beides müsse sich ändern. Verkürzung der Schulzeit, Zentralabitur, Ausbau der Fachhochschulen, Verkürzung der Studienzeiten sind die markantesten Forderungen.

Unter dem Vorwand finanzpolitischer Zwänge und dem Primat konservativer Politik auf Bundesebene und in Berlin vollzieht sich gegenwärtig nicht nur allein eine Verschlechterung der Bedingungen für Schule, sondern eine verstärkte erkennbare konservative Veränderung des Berliner Schulsystems bringt eine eindeutige Verschärfung der sozialen Selektion — und das mit Unterstützung der SPD! Hier nur einige Beispiele:

a) Einführung von Abiturklassen (Expreß-Abitur), in denen Schülerinnen und Schüler das Abitur in 12 Jahren absolvieren können (Abitur 1. Klasse ohne neue pädagogische Konzeption). b) Weitere Aushöhlung der 6-jährigen

Berliner Grundschule durch Einrichtung des „Expreß-Abiturs“ ab 5. Klasse.

c) Aufweichung der strikten Trennung von Staat und Kirche durch einen im Schuljahr 94/95 beginnenden Schulversuch Philosophie/Ethik; dieses Unterrichtsfach soll als Alternative zum Unterrichtsfach Religion angeboten werden.

d) Verschärfung der sozialen Unterschiede u. a. durch das Sprachenangebot und Sprachunterricht in der Berliner Schule: Trotz großen Bedarfs erfolgt keine Ausweitung der zweisprachigen Alphabetisierung/Erziehung und der interkulturellen Erziehung, deren Methoden durchaus nicht nur für die türkische Sprache anwendbar sind, sondern sich für alle Sprachen eignen (z. B. auch für Bosnisch); stattdessen Einrichtung von „Staatlichen Europa-Schulen Berlin“ mit bilingualer Sprachenausbildung ab der Vorklasse, vorrangig in westeuropäischen Sprachen.

Die Verstärkung konservativer Eingriffe in Struktur und Inhalte von Schule und Hochschule und durch die schon erwähnten angeblichen Sparzwänge im Bildungsbereich wird das gegliederte Schulsystem weiter verfestigt. Elite- und sogenannte Begabten- und Hochbegabtenförderung wird schleichend umgesetzt.

Dies alles bedeutet:

- eine systematische Austrocknung der integrierten Gesamtschulen;
- die fortgesetzte Beschneidung des Elternrechts auf Wahl des Bildungsgangs ihrer Kinder, spätestens nach der Probezeit, an den Realschulen und Gymnasien wird nämlich dieses Recht gebrochen;
- die Fortschreibung und Verschär-

fung einer seit Jahrzehnten sozialen Auslese-Praxis im alt-deutschen Schulwesen.

Mit einer solchen Perspektive stellen sich für die PDS und andere fortschrittliche Kräfte wichtige Aufgaben.

Bildungspolitik ist ein natürliches Zukunftsthema. Wo anders haben die Menschen im Lande so unmittelbar und konkret in ihrer Familie Anlaß, Hoffnung und Sorge, sich besonders um die Zukunft zu kümmern, d. h. über den Tag hinaus zu denken und zu handeln, als im Bereich von Bildung und Erziehung ihrer Kinder.

Für bildungspolitisch interessierte fortschrittliche Menschen ergeben sich daraus im wesentlichen folgende Forderungen und Aufgaben:

- * Durchsetzen der Gesamtschule als alleinige Regelschule: Was wir brauchen, ist das Gymnasium für grundsätzlich alle Schülerinnen und Schüler, und zwar als Gesamtschule von der 1. Klasse an und mit einem einzigen Abschlußzeugnis am Ende der 10. Klasse, das gegebenenfalls auch die Qualifikation für die Oberstufe bescheinigt;
- * Schüler-Bafög ab dem 10. Schulbuchjahr;
- * freie Fahrt für alle Kinder und Jugendlichen bei öffentlichen Verkehrsmitteln;
- * Bau von mehr Schulgebäuden statt Bürohäusern;
- * Umbau des Palastes der Republik zum Kinder- und Jugendpalast;
- * Verankerung des Rechts auf muttersprachlichen Unterricht für alle Kinder von Immigranten und Immigrantinnen;
- * gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern;
- * Beibehaltung der Trennung von Staat

und Kirche, Verzicht auf den Schulversuch ab 94/95 für Religion, Ethik und Lebensgestaltung;

- * Sicherung einer pädagogisch betreuten Freizeit;
- * Stärkung der bezirklichen Verwaltung — kein Landeslehrerpersonalamt;
- * Erhöhung schulischer Entscheidungskompetenzen;
- * Anerkennung der Gleichwertigkeit von in der DDR erworbenen Lehrbefähigungen;
- * inhaltliche Überarbeitung der Rahmenpläne für eine gegenwartsbezogene und zukunftsorientierte Allgemeinbildung.

Finanziert werden sollen diese Veränderungen sowie die hier noch aufzuführenden Reduzierungen des Pflichtstundensolls von Lehrern und Lehrerinnen sowie Erziehern und Erzieherinnen von mindestens drei Stunden, ebenso eine Senkung der Klassen- und Gruppenfrequenzen auf 20 SchülerInnen bzw. 12 Kinder durch eine spürbare Besteuerung von Spekulationsgewinnen, durch den Verzicht auf Regierungsneubauten, Prestigeobjekten sowie durch den Verzicht auf den Bau des Autotunnels unter dem Tiergarten und last but not least durch Abbau der Schulhierarchie und -bürokratie.

Die schrittweise Umsetzung dieser Forderungen wäre ein Anfang zur Gewähr realer, gleicher Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen.

Die kommenden Wahlkämpfe sollten für die verstärkte Propagierung dieser bildungspolitischen Forderungen genutzt werden.

Sigrun Steinborn ist Abgeordnete für die PDS/LL im Berliner Abgeordnetenhaus

Anfang Dezember findet in Essen ein Gipfeltreffen der „Europäischen Union“ (EU) statt. Die Stadt Essen will ab September ein besonderes Festprogramm ausrichten. Gleichzeitig formiert sich jedoch Widerstand. Bereits Ende

letzten Jahres hat sich das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel gebildet. Daran beteiligt sind Autonome, die Anti-EG-Gruppe Köln, Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, BWK, DKP, MLPD, PDS/LL, SDAJ, SJD-Die

Falken und zahlreiche Initiativen, darunter das Antifaschistische Forum, Dritte-Welt-Gruppen, Pro Asyl/Flüchtlingsrat und die Stadtteilzentren Zeche Carl und Bahnhof Bochum-Langendreer. Die hier dokumentierten

„Essener Standpunkte“ wurden beim letzten Treffen am 17. 2. 1994 gebilligt. Um einen Gegenkongress zum Zeitpunkt des EU-Gipfels, eine Demonstration und weitere Gegenaktionen zu erörtern, findet am 16. 4. 1994 in Essen eine

„Aktionskonferenz“ statt. Dazu lädt auch der BUKO ein. Kontakt zu dem Bündnis kann aufgenommen werden über das Stadtteilbüro der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen. — (wof)

„Essener Standpunkte“ für Aktionen zum Gipfeltreffen der EU in Essen, 9./10. 12. 94

Der Gipfel soll die weitere Erweiterung der Europäischen Union feierlich ratifizieren. Protestaktionen und ein „Gegengipfel“ sind bereits in Vorbereitung

Am 9./10. Dezember 1994 treffen sich die 12 Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die zweifelhafte Ehre zuteil, diesen Akt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähtem Medienspektakel auszutragen.

Der Essener Gipfel wird sich im wesentlichen mit folgenden Themen beschäftigen:

— Unter der Vorgabe, den europäischen Arbeitsmarkt zu fördern, sollen weitere Grundlagen zur Senkung der Lohnkosten und Sozialbeiträge sowie zur Beschneidung sozialer Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden.

— Mit dem „Essener Vertrag“ soll die Aufnahme weiterer europäischer Länder in die EU vollzogen werden. Es geht dabei zunächst um Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen. Ziel ist die Erweiterung des direkten Einflusses der EU unter der Führung und Kontrolle Deutschlands.

Diese „Essener Standpunkte“ sollen ein Startsignal für eine Debatte über eine Kampagne gegen den Gipfel sein. Die hier vertretenen Positionen sollen auf dem Gegenkongress, den wir organisieren wollen, weiter diskutiert werden.

1. Die EU als Wirtschaftsblock auf dem Weltmarkt

Den historischen Hintergrund für die Bemühungen um eine Vertiefung der europäischen Integration bilden die politischen und ökonomischen Umbrüche, die das „Ende der Nachkriegszeit“ markieren: Die hochentwickelten kapitalistischen Metropolen befinden sich in der tiefsten strukturellen Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit; der „real existierende Sozialismus“ und die relativ stabile Nachkriegs-Weltordnung sind innerhalb weniger Jahre in sich zusammengebrochen; die Vorherrschaft der Welt-Führungsmacht USA wankt.

Im Zuge des Kampfes um eine „neue Weltordnung“ bilden sich verstärkt neue Wirtschaftsblöcke auf dem Weltmarkt heraus. Die Konkurrenz der kapitalistischen Zentren um die Neuverteilung von Märkten und Einflusssphären verschärft sich. Der Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten steht dabei in direkter Konkurrenz zu den entstehenden Wirtschaftsblöcken in Nordamerika und im pazifischen Becken. Sinn und Zweck der im Maastrichter Vertrag anvisierten ökonomischen Integration Westeuropas ist in erster Linie die Aufrüstung des „Wirtschaftsstandortes Europa“ gegenüber den Weltmarktkonkurrenten.

Osteuropa wird an den Rand gedrängt

Den Staaten Osteuropas ist im Rahmen eines „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ die Rolle eines Hinterhofs der westeuropäischen Metropolen zugesprochen. Sie selbst streben eine enge Anbindung an die EU an. Als zukünftige EU-Peripherie dürfen sie jedoch bestenfalls als verlängerte Werkbank westeuropäischer Konzerne auf eine Ausbeutung ihrer qualifizierten Billigarbeitskraft hoffen. Schlimmstenfalls werden sie zu reinen Rohstoffexporteuren degradiert. Die bisher halbwegs eigenständige Wirtschaftsstruktur der osteuropäischen Staaten ist schon jetzt weitgehend zerstört.

Solche wirtschaftlichen Aufgabenzuweisungen sind der Hintergrund von Überlegungen, den osteuropäischen Staaten bei einem Eintritt in die EU die vollen Rechte der Mitglieder vorzuenthalten. Solche Überlegungen gibt es nicht zuletzt in der Bundesregierung.

Die Bundesregierung ist auch einer der Hauptbetreiber vor allem des Eintritts Österreichs in die EU. Deutsche Konzerne wie Siemens haben schon seit längerem wieder erheblichen Einfluß auf Österreichs Wirtschaft. Ein Eintritt Österreichs würde den deutschen Einfluß in der gesamten EU schlagartig erweitern. Gleichzeitig ist Österreich ein Sprungbrett nach Osteuropa — wie schon einmal gehabt.

Europäische Union und „Dritte Welt“

Schon bisher waren die meisten „Dritte Welt“-Staaten auf dem Weltmarkt nicht mehr als reine Rohstoffexporteure oder Lieferanten billigster Arbeitskräfte für aus den hochindustrialisierten Ländern

dem Weltmarkt. Bei immer schlechteren „terms of trade“ werden immer teurere Industriegüter aus Europa gegen immer billigere Rohstoffe aus der „Dritten Welt“ getauscht. Während Freihandel propagiert wird, schotten die Industrieländer ihre eigenen Märkte mit protektionistischen Maßnahmen für die Produkte der „Dritten Welt“ immer mehr ab. Für die ärmsten Regionen der Welt bleibt nur noch die „Perspektive“, zu Müllkippen der Industrieländer zu werden.

2. Binnenmarkt, Währungsunion und soziale Krise

Europäischer Binnenmarkt und verschärfte Standortkonkurrenz

Die Schaffung des Binnenmarktes dient den großen Unternehmen als treibender

und Bindung von Kapital zu einer weiteren Senkung sozialer und ökologischer Standards gezwungen.

Die Rolle der Europäischen Union als transnationales Krisenkartell wird auch in der aktuellen Debatte um Subventionskürzung und Kapazitätsabbau im Montansektor deutlich.

So beschleunigt die EU durch die Festlegung von Subventionsverteilung und Produktionsquoten die Umstrukturierung und Deindustrialisierung in den „alten Industrieregionen“ wie dem Ruhrgebiet.

Dabei wird die montanindustriell geprägte Region nicht zugunsten eines ökologischen Wirtschaftens umgebaut, sondern teilweise brachgelegt.

Gleichzeitig wird das Bild vom Ruhrgebiet als „europäischer Metropole“ aufgebaut. Es knüpft daran an, daß vor allem die Stadt Essen Sitz zahlreicher, expandierender Konzernzentralen ist. Sie gibt sich als leuchtendes Beispiel für einen gelungenen Strukturwandel — bei einem auch im Bundesvergleich immer

deutschen Währungsunion in den fünf neuen Bundesländern studieren.

Insbesondere für wirtschaftlich schwächere Nationen bedeuten die mit der Währungsunion verknüpften strengen geldpolitischen Stabilitätsauflagen eine weitgehende Aufgabe ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität. Um Inflationskontrolle und Geldwertstabilität zu erreichen, zwingen die Vereinbarungen von Maastricht die Regierungen der Mitgliedsländer zu drastischen Einsparungen im Staatshaushalt, in der Regel in Form von Sozialkürzungen. Darüber hinaus bewirken sie einen enormen Druck auf das Lohnniveau. Die großen nationalen Produktivitätsunterschiede lassen sich im vereinheitlichten europäischen Währungsraum nur durch eine stärkere Differenzierung der Lohnkosten ausgleichen.

Die Internationalisierung der Stabilitätspolitik schafft also ökonomische Sachzwänge, die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern zugunsten des Kapitals verändern. Die Währungsunion verschärft den Disziplinierungsdruck auf Arbeiter/innen und Gewerkschaften.

3. Festung Europa

Das bestehende Wirtschaftssystem hat versagt. Dies zeigt sich nicht nur an der offiziellen Arbeitslosenzahl von 20 Millionen Menschen in der EU. Es ist eine Folge dieses Versagens, wenn immer schärfer autoritäre Maßnahmen eingeführt werden, um die „Reichtümer“ der EU-Länder gegenüber Immigrant/innen zu schützen, Barrieren zur „Dritten Welt“ aufzubauen und um den europäischen Hurra-Patriotismus und Nationalismus zu kultivieren. Hereingelassen werden nur die, die ökonomisch ausgenutzt werden sollen.

Die Ausländer/innengesetze werden europaweit verschärft. Mit dem „Schengener Abkommen“ der EG-Gründungs-länder wurden 1992 die Zuzugsmöglichkeiten von Migrant/innen, Flüchtlingen und Asylbewerbern erheblich eingeschränkt. Dieses Abkommen enthält verschärfte einheitliche Visa-Kriterien und führt zu länderübergreifendem Datenaustausch gegen die Menschen, die in Europa Überlebenschancen suchen und deshalb als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diskriminiert werden.

Es wurde eine westeuropäische Festung errichtet, um die Opfer der Ausbeutungspolitik abweisen zu können. Die Bundesrepublik ist maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt. Im eigenen Land wird diese Politik u.a. durch die de facto-Abschaffung des Asylrechtes fortgesetzt. Die regierungsamtliche Ausländer/innenfeindlichkeit fördert den Rassismus, weil sie mithilft, die weit verbreiteten Ängste vor einer angeblichen „Asylantenflut“ weiter zu schüren.

Die EU als Weltordnungsmacht

Um seine Interessen auch militärisch durchsetzen zu können, strebt die EU den Ausbau ihres eigenen Verteidigungsbündnisses, der WEU (Westeuropäische Union), an — gegebenenfalls auch gegen die NATO. Durch die Teilnahme an der WEU sollen grundgesetzwidrige Bundeswehr-Einsätze in aller Welt ermöglicht werden. Im Golfkrieg trat die WEU als eigenständiger Arm der EG neben der NATO auf. Mögliche Einsätze der WEU in Jugoslawien sind seit längerem immer wieder in der Diskussion.

Fortsetzung nächste Seite



Demo des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Maastricht: Neugestaltung der Arbeitszeit.

Foto: Gewerkschafter 1/94

ausgelagerte arbeitsintensive Produktionsprozesse. Der Versuch einiger Schwellenländer, sich aus dieser, aus den kolonialen Ausbeutungsverhältnissen resultierenden Abhängigkeit mit dem Aufbau eigenständiger Industriestrukturen zu befreien, endete im Verschuldungsfiasco. Auch heute hat die EU noch Kolonien, die einfach als Teil der EU behandelt werden, da sie als ökonomische und militärische Flugzeugträger der europäischen Metropolen in der Welt dienen sollen.

Durch die Umorientierung der EU gen Osten und die zunehmende Bedeutung des Binnenhandels im Gemeinsamen Markt verstärkt sich die Tendenz, große Teile der „Dritten Welt“ vom Weltmarkt abzukoppeln. So geht der Anteil der Entwicklungsländer am Außenhandel der EU-Staaten seit Jahren kontinuierlich zurück.

Die EU diktiert gemeinsam mit den anderen Metropolen die Bedingungen des Welthandels. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf europäischer Ebene zementiert die bestehenden ungleichen Wirtschaftsbeziehungen auf

Kraft des Europa-Projekts jedoch nicht nur zur Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber der „japanisch-amerikanischen Herausforderung“. Der freie Verkehr von Waren und Kapital zwischen den EU-Mitgliedern vergrößert ihre Absätze untereinander. Der Binnenmarkt wird insbesondere im High-Tech-Bereich zu einer weiteren enormen Kapitalkonzentration auch auf transnationaler Ebene führen. Auf der Strecke bleiben dabei zahlreiche Arbeitsplätze sowie kleinere und mittlere Unternehmen.

Der Binnenmarkt ermöglicht den entstehenden europäischen Wirtschaftsgiganten eine vollkommen flexible Planung von Investitionsentscheidungen. Bestehende Produktionsstandorte können leichter verlagert werden. Dies führt zu einer verschärften Konkurrenz der nationalen und regionalen Wirtschaftsbereiche untereinander. Sie wird die Polarisierung zwischen Armutszonen und Wohlstandsiseln innerhalb der Europäischen Union zuspitzen. Insbesondere strukturschwache Regionen sind im Konkurrenzkampf um die Anziehung

höheren Anteil von Sozialhilfeempfängern.

Dahinter steht ein ökonomisches Handeln, das nur den Maßstab Profit kennt. Menschen sind hier allein Ressourcen auf dem „Arbeitsmarkt“ oder Konsumenten von Waren. Die Arbeit der Mehrheit der Menschen (z.B. die „Hausarbeit“) oder die Arbeit von nicht-entlohnenden Menschen scheint hier nicht zu existieren.

Wirtschafts- und Währungsunion — oder die Macht des Geldes

Die in den Maastrichter Verträgen festgeschriebene Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens 1999 ist ein qualitativer Sprung in punkto europäische Integration. In der europäischen Währungsunion werden nationale Ökonomien auf völlig unterschiedlichem Entwicklungsniveau auf eine gemeinsame geldliche Basis gezwungen. Die verheerenden Konsequenzen eines solchen „Währungsschocks“ für schwächere Wirtschaftsregionen lassen sich bestenfalls an der ungeheuren Zerstörungskraft der deutsch-

Mit Maastricht wird angestrebt, die WEU-Institutionen in die EU einzugliedern und eine gemeinsame militärische Eingreiftruppe zu bilden, die in Zukunft „legitime“ (EU)-Sicherheitsinteressen vor allem im Mittelmeerraum, im Nahen und Mittleren Osten wahrnehmen, sprich: den Zugriff auf die Rohstoffquellen sichern soll.

Deutschland gebraucht die EU als Schutzschild und als Basis, um seine wirtschaftliche Vorherrschaft und seinen Einfluß nach Osteuropa und darüber hinaus auszudehnen. Für die türkische Regierung fungiert Deutschland schon jetzt als Hauptwaffenlieferant im blutigen Bürgerkrieg gegen die Kurden. Trotz Folter und politischen Morden macht sich vor allem die Bundesregierung für die Aufnahme der Türkei in die EU stark.

4. Weiterer Abbau demokratischer Rechte

Unter dem Deckmantel der europäischen Harmonisierung werden die staatlichen Repressionsapparate in den EU-Ländern ausgebaut und verknüpft. Dabei geht es um den rigorosen Ausbau der staatlichen Kontrolle. Möglicher Widerstand soll im Keim erstickt werden.

Die TREVI-Konferenz der westeuropäischen Innenminister (TREVI heißt Terrorismus/Radikalismus/Extremismus et Violence Internationale) ist ein Beispiel für die einheitliche Bekämpfung jeglichen Widerstandes in der EU. Zu dieser Entwicklung gehört auch die praktische Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten auf internationaler Ebene.

Auch bei diesen Maßnahmen zur Aufrüstung hat Deutschland, die stärkste Wirtschaftsmacht mit Herrschaftsansprüchen, eine führende Rolle. Das, was Deutschland in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts militärisch nicht erreichte, soll auf andere Weise erreicht werden: Ganz Europa zu beherrschen. Bei der Entscheidung, das Europäische Währungsinstitut (EWI) 1994 in Frankfurt/Main zu eröffnen, konnte die Deutsche Bundesbank ihren Einfluß in erpresserischer Weise geltend machen und ihre Machtposition innerhalb der EU erneut ausbauen.

Das Europaparlament, das als einziges Gremium direkt gewählt wird, hat kaum gesetzgebende Kompetenz und wirkt bestenfalls als moralische Instanz. Im höchsten Gremium der EU, dem Europäischen Rat, der sich aus je einem Regierungsvertreter der Mitgliedsländer zusammensetzt, werden Mehrheitsbeschlüsse gefaßt. Es können also Beschlüsse gegen den Willen eines Mitgliedsstaates gefällt werden. Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten (Exekutive) haben im Europäischen Rat gesetzgebende Kompetenzen (Legislative), die nationales Recht brechen können.

Von Gewaltentrennung, einem grundlegenden demokratischen Prinzip, kann keine Rede sein. Die EU leidet an einem Mangel demokratischer Legitimation.

Wesentliche Teile der nationalen Souveränität wurden durch die Maastrichter Verträge auf die EU übertragen, ohne daß ein entsprechender Ausbau der demokratischen Grundlagen erfolgt. Die zentralistischen Machtstrukturen der EU bedeuten einen massiven Abbau von Demokratie.

Das innerstaatliche und kommunale Funktionsgefüge wird durch die Degradierung von Mitgliedsstaaten, Ländern, Kreisen und Gemeinden zu Exekutiv-

organen der EU untergraben.

Auch im Bereich des Umweltschutzes werden Hoheitsrechte, Gesetzesbefugnisse und Zuständigkeiten der Länder an die Europäische Union übertragen. Zu befürchten ist, daß sich national und EU-weit der Umweltstandard verschlechtert. So mißachtet der EU-Entwurf zu einheitlichen Verpackungsrichtlinien Umweltschutzziele wie Abfallvermeidung, Stillstandsprinzip und Recycling. Er dient ausschließlich dem Schutz der wirtschaftlichen Interessen von Industrie und Handel. Zudem fehlt eine Öffnungsklausel für strengere nationale Regelungen. Bessere nationale Regelungen müssen somit nach unten angepaßt werden.

5. Weder „Nation Europa“ noch „Europa der Nationen“

Derzeit erstarkt die rechtskonservative oder offen faschistische Propaganda für einen aggressiven DM-Nationalismus und einen „deutschen Sonderweg“. Auch Politiker aus den Regierungsparteien liefern REP, DVU und FAP die Stichworte. Wir lehnen den Rückfall in eine bornierte Nationalstaatlichkeit ebenso ab, wie die herrschende Form der europäischen Integration. Die nationalistische Hetze steht in vielen Punkten ohnehin nur scheinbar im Gegensatz zu der Politik der Wirtschaftszentralen und der Bundesregierung. Beiden Sorten von Politik geht es um eine deutsche Führungsrolle in Europa.

Wir lehnen jede Form deutscher Großmachtpolitik ab, ob europäisch begründet oder nationalistisch! Das Europa der großen Konzerne und der zentralistischen Brüsseler Superbürokratie ist nicht unser Europa!

Wir sehen uns genauso verbunden mit den sozialen Bewegungen und den Ansätzen emanzipatorischen Widerstandes in Europa wie auch mit den Kämpfen vieler Befreiungsbewegungen und sozialer Organisationen in den in neokolonialistischer Abhängigkeit gehaltenen Ländern der „Dritten Welt“. Emanzipatorische Bewegungen in Europa müssen radikal mit Eurozentrismus und europäischem Kulturchauvinismus brechen. An die Stelle des mit missionarischem Eifer weltweit verbreiteten, angeblich überlegenen abendländischen Zivilisationsmodells muß die konsequente internationale Solidarität treten.

Im Rahmen der Aktionen gegen das Essener EU-Gipfelspektakel im Dezember 1994 wollen wir zur Vernetzung sozialer Bewegungen beitragen und so einen weiteren Schritt hin zur Formierung eines „Europas von Unten“ wagen.

Wir laden alle sozialen, ökologischen, feministischen, internationalistischen, antirassistischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Kräfte und Organisationen zum großen *Essener Gipfelsturm* am 9. und 10. Dezember 1994 ein.

Geplant sind u.a. eine *Internationale Großdemonstration*, ein europaweit besetzter *Gegengipfel* und fantasievoll gestaltete *Aktionstage*. Beteiligt euch an den Vorbereitungen!

Kontaktadressen:

Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel
c/o Stadtteilbüro der Zeche Carl
Wilh.-Nieswandt-Allee 100
45326 Essen

Anti-EG-Gruppe Köln

c/o Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3
50670 Köln

In der Ausgabe 2/94 dieser Zeitung hatten wir einen Brief von Teilnehmern der letzten Winterschule in Schnepfenthal (Thüringen) zum Entwurf des PDS-Wahlprogramms zu den Europawahlen dokumentiert. Hier eine Zuschrift zu diesem Dokument und die Antwort der Verfasser des damaligen Briefs.

Leserbrief

Auf S. 11 der Nr. 2/94 der *Politischen Berichte* abgedruckt ist das Dokument „Vorschläge für die Überarbeitung des Entwurfs eines PDS-Wahlprogramms zu den Europa-Wahlen“, das das positive Anliegen, das gegenüber dem Entwurf verfolgt wird, im Forderungsteil jedoch zunichte macht.

Die Parole „Verteidigung der Bauern als eines Grundelements europäischer Kultur!“ ist womöglich nur verschoben und hätte keinen Leserbrief hervorgerufen.

Daß die (deutsche) Wirtschaft (zur Sicherung des Standorts Europas) ihr Gesicht dem Süden zuwenden soll, weil die Konkurrenzschlacht gegen die beiden pazifischen Zentren ohnehin verloren sei, geht schon nicht mehr. Wenn auch bekannt ist, daß leider auch von manchen Linken an „die Wirtschaft“ nur eine Anforderung gestellt wird, nämlich zu „brummen“, möge es andere (im Pazifik oder im Süden) kosten was es wolle, so sollten doch die PDS keine Dokumente als fortschrittlich handeln, die sich einen solchen Standpunkt zu eigen machen.

Anlaß für diesen Leserbrief ist aber v.a. die Aufforderung in dem Dokument, daß sich Sozialisten getrauen sollen, an die Politik des deutschen Auswärtigen Amtes von 1943 anzuknüpfen — das demagogisch etwas angeblich Richtiges forderte (nämlich: „daß sich die europäische Einigung an der lebendigen Arbeit zu orientieren habe“). Dies hat mit linker Politik u.a. deshalb nichts mehr zu tun,

a.) weil erst einmal geklärt werden müßte, ob die Forderung nur demagogisch oder nicht tatsächlich nationalsozialistisch ist,

b.) weil es ein Unding ist, ein Problem dadurch zu bearbeiten, daß man es nicht analysiert, sondern dadurch, daß man wilde historische Verbindungslinien zu den Faschisten zieht, die es in Bezug auf sozialistische Politik nicht gibt (Sozialismus ist keineswegs die radikalisierte, internationalisierte Fassung von Nationalsozialismus), c.) weil die „lebendige“ Arbeit der Nazis u.a. zum Zwecke der Popularisierung der Judenverfolgung auf den Unterschied zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital reflektiert (heute gibt es die Diskussion „Industriekapital gut, Bankkapital schlecht“ statt „Imperialismus/Nicht-Imperialismus“ etc. — eine Auseinandersetzung hiermit bedürfte aber schon einiger Forschungsanstrengungen), d.) weil 1943 undeutsche Arbeit zur Pflege des neuen deutschen Großwirtschaftsraumes massenhaft gemordet wurde, um „lebendige“ deutsche Arbeit in Position bringen zu können, e.) etc. pp.

Eine (indirekte) Aufforderung zur Identifizierung mit solchen Passagen untergräbt das Selbstverständnis des BWK. Die Angelegenheit muß geklärt werden. — (wal)

Antwort auf den Leserbrief

Lieber W., für aufmerksames Lesen ist jeder Autor dankbar. Wird doch immer deutlich, wo er die Leserinnen und Leser draußen vor läßt in seinen Worten. Besonders gefährdet sind da indirekte Zitate, weil Autoren leicht voraussetzen, ihr kultureller Schatz sei ein allgemeines Gut. Deshalb zunächst eine Erklärung, was gemeint ist. Danach können wir sehen, wo wir wirklich in der Sache Meinungsverschiedenheiten haben.

1. Mit dem Gedanken von den Bauern als der Grundlage aller europäischer Kultur ist ein Gedanke aus dem Widerstand französischer Bauern gegen die EG zitiert. Ich fand ihn erstmals in einer scharfen Erklärung des französischen Bauernverbandes während der Bauernproteste des vorigen Jahres. Für uns Ossis als Neueinsteiger ist ein solches Zurückgreifen auf Gedanken erfahrener Kämpferinnen und Kämpfer doppelt wichtig: zum einen bindet es uns ein in bestehende Fronten, zum

anderen baut es dem Eindruck „Hopp-la, jetzt kommen wir!“ vor. Sachlich ist er unbestreitbar, wenn Kultur wirklich als historische Erscheinung verstanden wird, wozu mensch nicht einmal in der Tradition von Marx zu stehen braucht. Daß er im BWK, der es immerhin ernst nahm mit dem Marx-schen Gedanken von der Weltgeschichte als Unterjochung des Landes durch die Stadt, als „verschoben“ gilt, hätte ich nicht vermutet. Oder ist es Hansesensinn?

2. Die Forderung, aus dem ohnehin aussichtslosen Wettbewerb der drei modernen imperialistischen Zentren auszusteigen, und eine Ökonomie zu entwickeln, die ihre Bedürfnisse, Chancen und Maßstäbe aus dem Süden (und Osten) herleitet, halte ich in der Gegenwart für die Totalverweigerung gegenüber dem Imperialismus, für eine alternative Antwort auf die uns erwürgende „ökonomische“ Argumentation zum Standort Deutschland. Sie verweist jedenfalls mehr auf das hier et nunc (Hier und Jetzt) als jede Forderung „Weg mit dem Imperialismus“. Daß die Argumentation mit den „Sachzwängen“ des Wettbewerbs mit dem amerikanischen und dem pazifischen Wirtschaftsraum auch in der PDS verbreitet ist, weißt Du wie ich. Wir, die wir den enormen Anteil dieser Sichtweise an der Versteinerung der SED-Politik miterlebt haben, die „Kapitalisierung“ der DDR lange vor 1989 durch die Mittagsche Wirtschaftspolitik, sind da besonders hellhörig. Eine Absage an dieses Denken ist für mich unabdingbare Voraussetzung für linkes Denken. Die Tücke steckt in der von Dir genau aufgespürten Denkfigur, daß ja auch vom kapitalistischen Standpunkt aus die Illusion, der europäische Hase könne den Wettlauf mit den japanischen oder amerikanischen Igelu gewinnen, lebensgefährlich ist. Da prallen nun die Haltungen „authen-

tentliche Debatte, die diese konkrete Paradoxie nicht kennen kann, zweifellos ungeeignete Nutzung einer Paradoxie ist für mich der Kern deiner Kritik; die, die allen Grund hätten, diese Forderung nach einem an der lebendigen Arbeit orientierten Europa zu stellen, verkneifen sie sich, während die, deren Berufung darauf ebenso zynisch ist wie die Inschrift „Arbeit macht frei“ am Tor von Buchenwald, ihn in der Absicht benutzt haben, der europäischen sozialistischen Bewegung einen ihrer ureigenen Zentralgedanken als Friedensangebot zu unterbreiten. Wie gesagt, öffentlich ist das verpufft, aber es war auch nicht nur eine orientierende Argumentation gedacht, weil ich natürlich wußte, daß diese Denkschrift unbekannt ist, „aus gutem Grund“. Die Bemerkung wollte einige der Redakteure, aber auch andere Leser, neugierig machen, worum es sich denn handelt.

Natürlich verheimliche ich nicht, daß ich seit meiner Beschäftigung mit den Auseinandersetzungen um den Pariser Kongreß „Zur Verteidigung der Kultur“ von 1935 für absolut ungeeignet halte, wenn AntifaschistInnen alles, was bei Faschisten nicht offen faschistisch ist, mit dem Etikett „Demagogie“ versehen und zur Tagesordnung antifaschistischen Kampfes übergehen. Was, lange genug auch von mir, für konsequenten Antifaschismus gehalten wird, erweist sich für mich als fatale faktische „Entwaffnung“ des Antifaschismus. Schon, daß sich Linke nicht scheuen, die Terminologie der Metternichschen Reaktion gegen die europäische radikal-demokratische und frühsozialistische Bewegung zu übernehmen und ihre faschistischen Gegner mit ihren politischen Ahnen auf eine Stufe zu stellen, sollte uns hellhörig machen. Geht es doch im Grunde um das tödlich gespaltene Verhältnis der deutschen Linken (Intelligenz) zum Volk. Und um die alte Engelsche Sicht des Materialismus als Bereitschaft, die Welt ohne fremde Zutat, also auch ohne die eigenen Weltbilder, zu nehmen. Aber damit geraten wir wohl in weite Felder, die wir in einem Leserbriefwechsel nicht ausschreiten können. — (Dieter Stützel)

Also: Eine „Aufforderung zur Identifizierung“ mit dem Auswärtigen Amt war keineswegs Intention der Verfasser, vielmehr die Aufforderung, die Dokumente der faschistischen Europastrategie — vor allem die nach Stalin-grad — zu studieren, um zu verstehen, wie dieser Gegner, dessen Strategie in vielen Elementen der heutigen Europa-politik von Kohl und Konzernen weiterlebt, demagogisch Anhang für seine verbrecherische Politik gewann und wie diese Demagogie bis heute weiterwirkt. Und „das Gesicht dem Süden zu“ bedeutet nicht, zwecks Expansion und Konkurrenz gegen den Süden, sondern zwecks Verbindung unserer (sozialistischen) Bemühungen in einer der Metropolen des Imperialismus mit den Emanzipationsbestrebungen des Südens.

Jetzt bleibt die spannende Frage, wie der PDS-Parteitag am kommenden Wochenende über das Europawahlprogramm entscheidet. Darüber werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Wer wissen will, welches Dokument des Auswärtigen Amtes gemeint war: Gemeint war der (im BWK dem einen oder anderen bereits bekannte) „Entwurf einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ vom 9. September 1943, also nach Stalin-grad. Abgedruckt ist das Dokument in: Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945, Köln, 1977, S. 957f. Leider war in der Arbeitsgruppe in Schnepfenthal eine ausführliche Befassung mit diesem wichtigen Dokument aus Zeitgründen nicht möglich, es konnte nur kursorisch gestreift werden. Vielleicht kann das ja bei Gelegenheit vertieft werden — in dieser Zeitung oder in Schnepfenthal oder im Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung“ bei der PDS Thüringen. Die Kontinuitätslinien zwischen der in diesem Dokument beschriebenen Europastrategie der Faschisten und der heutigen Europapolitik von Kohl und Konzernen sind jedenfalls zahlreich. — (rü)

Termine

12.3. Bundesweite Demonstration „Freiheit für Kurdistan“ in Bonn

11. – 13.3. PDS-Parteitag in Berlin

13.3. Landtagswahlen Niedersachsen

19.3. bis 27.3. Europaweite Aktionswochen gegen Rassismus

20.3. Kommunalwahl Schlesw.-Holst.

6.5. Tagung der GNN-Verlage in Köln

7.5. AG Politische Berichte tagt in Köln

22.5. Wahl des Bundespräsidenten

12.6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

26.6. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen

23.10. Kommunalwahlen in NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

Die dunklen Seiten der Aufklärung

**Zur Aktualität
Georg Forsters**

„Ach! daß uns ja das edle
Vorrecht bleibe, inkonsequent
und inkalkulabel zu seyn!“
(Georg Forster)

Die Zeit Georg Forsters: das ist die Geburtsstunde der bürgerlichen Gesellschaft, das revolutionäre Zeitalter der Aufklärung; jenes Zeitalter, in dem das Bürgertum nicht nur die entscheidende, über Produktionsmittel verfügende Rolle in der Ökonomie antritt, sondern sich auch geistig von der Herrschaft des Adels und Klerus befreit: die Aufklärung als Befreiung des Denkens von traditionellen Vorstellungen über die Stellung des Menschen. Nicht länger will man sich den Mächten des Schicksals und Gottes fügen, nicht länger einer vererbten Blutherrschaft unterliegen. In einer auf formaler Gleichberechtigung basierenden Gesellschaft sollen jene Kräfte zum Einsatz kommen, die jedem Menschen zu eigen sind: Kraft des Verstandes soll die Welt nach dem Plan der Vernunft eingerichtet werden. Der 1754 geborene Georg Forster nimmt in vielerlei Hinsicht an der Aufklärung teil: noch zweihundert Jahre nach seinem Tod 1794 sind seine botanischen Untersuchungen von großer wissenschaftlicher Bedeutung; diese, während der zweiten, drei Jahre dauernden Weltreise des Kapitän James Cook angefertigten Zeichnungen, Pflanzensammlungen und Schriften geben uns heute Einblick in die enorme Bedeutung der Naturwissenschaften für die Aufklärung. Seine Reisebeschreibung „Voyage round the World“ gehört zu den ersten umfassenden ethnologischen Studien, in der die Südseevölker keineswegs als Barbaren und der europäischen Zivilisation unterlegen dargestellt werden. Im — oft freundschaftlichen — Kontakt zu Lessing, Lichtenberg, Goethe, Herder sowie Alexander und Wilhelm von Humboldt entwickelt Forster nicht nur eine kritische Aufklärungsphilosophie, sondern ist bemüht, diese auch in die Tat umzusetzen: nach der Besetzung des Rheinlandes durch Truppen des revolutionären Frankreichs tritt Forster 1792 dem Mainzer Jakobinerklub bei, in dessen Auftrag er ein Jahr später nach Paris reist. Schließlich schreibt er auch über Kunst und Literatur, ebenso wie „Über die Schädlichkeit der Schnürbrüste“.

Der Bedeutung Georg Forsters für seine wie auch unsere Zeit scheint man sich erst jetzt gewahr zu werden. Auch unsere Zeit ist ideologisch immer noch von den Ideen der Aufklärung, der politischen und rechtlichen Gleichheit, bestimmt. Noch immer gelten die Ideale der Aufklärung den bürgerlich-liberalen und fortschrittlichen Kräften als Richtmaß, um die Kräfte zu überwinden, die die Aufklärung hemmen: die Macht der ökonomischen Ungerechtigkeit. Noch gilt die bürgerlich-idealistische Annahme, durch den Gebrauch des eigenen Verstandes ließen sich auch materielle Ungleichheiten beseitigen oder zumindest erträglich machen. Doch die vermeintliche Macht der Vernunft wurde zu deren Ohnmacht: die Vernunft der Befreiung konvergiert mit der sozialen Kontrolle und Arbeitsdisziplin der Industrie. „Rationalisierung“ heißt das kapitalistische Vernunftprinzip, das zur Massenarmut führt. Auch die Waren werden gerecht und vernünftig getauscht. Der Bereich der Öffentlichkeit, der auch eine Erfindung der Aufklärung ist, bietet heute medial alle verfügbaren Informationen an: und doch ist der Gebrauch unseres Verstandes beherrscht von einer Auswahl von Nachrichtenbildern, von Meinungen und Manipulationen. Auch im Nationalsozialismus — so irrational er in seinem Kern war — wurde der Terror nach Prinzipien der Vernunft organisiert; die Bürokratie und Vernichtungsmaschinerie war keineswegs chaotisch, sondern folgte einem strengen Plan. Herbert Marcuse sprach angesichts der fortgeschrittenen industriellen Zivilisation von „dem rationalen Charakter ihrer Irrationalität“¹. Das Prinzip dieser Gesellschaft ist eine eindimensionale Vernunft; das Vernünftige wird subjektiv an Mitteln und Zwecken zur Erreichung von Zielen ausgerichtet, ohne zu fragen, ob die Ziele selbst vernünftig sind. Das Subjektive dieser Vernunft folgt dem vermeintlichen Selbstinteresse der Menschen, als Folge der Vereinzelung und Zerstörung jeder Solidarität im Kapitalismus. Vernunft wird zum bloßen Instrument, wie Max Horkheimer schreibt: „Die subjektive Vernunft verliert alle Spontaneität, Produktivität, die Kraft, Inhalte neuer Art zu entdecken und geltend zu machen — sie verliert, was ihre Subjektivität ausmacht.“²

Georg Forster hat diesen Umschlag der Vernunft in ihr Gegenteil schon während der Aufklärung vorausgesehen. Die Vernunft dürfe nicht — göttlich — zu einem höchsten Prinzip werden. Durch die Weltreise mit vielen fremden Völkern in Kontakt gekommen, relativiert Forster den eurozentrischen Anspruch der Aufklärung. Ebenso stellt er sich quer zur biblischen Abstammungslehre auf der einen, und einem systematischen Fortschrittsglauben auf der anderen Seite. Die europäische Zivilisation ist nicht die Spitze des Fortschritts, sondern hat die „Emotionen des Herzens“ unterdrückt, die Forster etwa auf Tahiti noch findet. Keineswegs dienen die europäischen Weltreisenden den Inselvölkern missionarisch; erst recht seien kulturelle Unterschiede der Völker keine Rechtfertigung ihrer Unterdrückung. Forster mußte feststellen, daß seine Schrift über die *Menschenrassen* sich für Rechtfertigung der Sklaverei mißbrauchen ließ, wogegen er auf der „Vortrefflichkeit *sui generis*“ einer jeden Rasse besteht. Keinem Menschen und keinem Volk möchte er das Recht auf ihre Individualität absprechen.

Dieses Recht auf die Besonderheit eines jeden Menschen sieht Forster in der französischen Revolution sich verwirklichen. Auch als sich deren Scheitern abzeichnet, hält er an der „Wichtigkeit der Revolution im großen Kreise menschlicher Schicksale (fest und glaubt), daß sie nicht nur sich ereignen mußte, sondern

Konzeption der Vernunft ist in seine Philosophie eingebettet: eine Philosophie der Spontaneität. Von dieser Spontaneität sind Forsters Schriften selbst durchdrungen: „In andern, auch den besten deutschen Schriften, fühlt man Stubenluft. Hier scheint man in frischer Luft ... zum Selbstdenken ... erweitert,“ so der Frühromantiker Schlegel über Forster.⁶ Forster schreibt gegen die Fachdisziplinen der Stubengelehrten, die den Blick auf das Ganze verstellen: „Jeder schätzte nur die Wissenschaft, die er gewählt, und schien zu vergessen, daß sie nur in Verbindung mit den andern das Glück der Menschheit befördert.“⁷ In

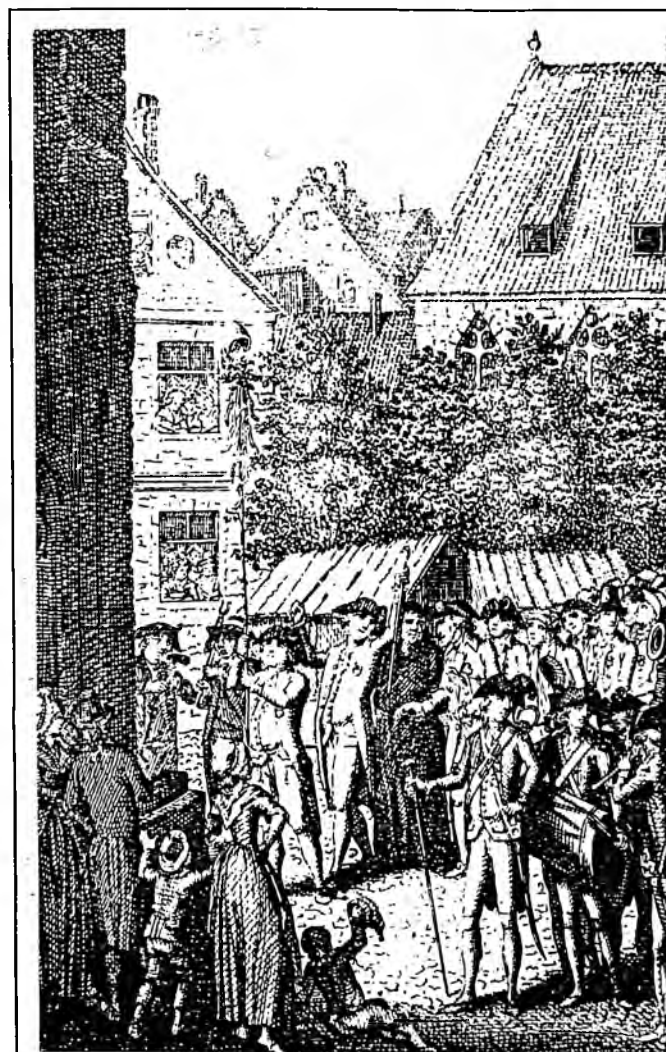
Kant, zitiert Forster den zum Tode verurteilten Dr. Wilhelm Dodds: „Man wird Sie binden, hieß es; Er sah den Himmel und erwiderte: „Immerhin, ich bin dennoch frey, meine Freiheit ist droben.“⁸ Forsters dialektisches Bild ist der Ozean: „Die Unermeßlichkeit des Meeres ergreift den Schauenden finstern und tiefer, als die des gestirnten Himmels. Dort an der stillen, unbeweglichen Bühne funkeln ewig unauslöschliche Lichter. Hier hingegen ist nichts wesentlich getrennt; ein großes Ganzes, und die Wellen nur vergängliche Phänomene.“⁹ Der Ozean gilt Kant als „Chaos“ und regellose Unordnung; er ist Bild des

bundene Leidenschaft werden,“ schrieb Forster gegen die Alleinherrschaft der Vernunft, um der Spontaneität Raum zu geben: „Kommt nicht alles ... immer noch dahin zurück, daß die Glückseligkeit des Einzelnen schlechterdings nur mit seiner Spontaneität in Verbindung steht, einer durch keine Form gebundenen noch zu bindenden Spontaneität?“¹² Horaz' *sapere aude*, der Entschluß zur Weisheit, von Kant in seinem berühmten Aufsatz „Zur Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ zitiert, steht für Forster längst fest: er stellt seinem Aufsatz „Cook der Entdecker“ Horaz' *nullius in verba* voran: „Frage auch nicht nach dem Führer meines Weges, nach dem Hause meiner Zuflucht: keinem Meister verpflichtet, auf seine Worte zu schwören, treibe ich, wohin der Sturm mich trägt, nur als flüchtiger Gast,“ heißt es bei Horaz vollständig.¹³

Es zeigt sich die Aktualität Forsters in der Einheit seines Denkens, auf allen Gebieten, sei es nun Botanik, Ethnologie, Philosophie oder Politik, die Grenzen dieser Einheit zu überschreiten. Seine Verpflichtung auf die Vernunft wird zur Pflicht, jeder Unterdrückung des Spontanen entgegenzutreten. Der Despotismus „benimmt dem Sklaven jeden Antrieb zum Wirken, indem er seine Spontaneität, sein Selbstgefühl und seine Vernunft zu Boden drückt.“¹⁴ Aber auch die Despotie bürgerlicher Rationalität beraubt den Menschen seines Selbstgefühls und der Spontaneität. Entfremdung und Verdinglichung sind die Folgen einer bloß instrumentell gebrauchten Vernunft. Forster hat dieses dunkle Kapitel der Aufklärung soweit erhellt, daß daraus Konsequenzen zu ziehen wären. — (rob)

Lesehinweis: Klaus Harpprecht, Georg Forster oder Die Liebe zur Welt. Eine Biografie, Hamburg 1987; Ludwig Uhlig, Georg Forster. Einheit und Mannigfaltigkeit in seiner geistigen Welt, Tübingen 1965

- 1 vgl. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Darmstadt/Neuwied 1979, S. 21ff.
- 2 Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt/M. 1985, S. 61
- 3 Forster, Brief an Therese, 10.6.1793. Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe (AA), Bd. XVII, Berlin (DDR) 1958 ff., S. 364
- 4 AA I, S. 321, Anm. 119
- 5 Forster, Werke in vier Bänden, Frankfurt/M. 1970, Bd. III, S. 592; auch: Im Anblick des großen Rades. Schriften zur Revolution, Darmstadt/Neuwied 1981, S. 41
- 6 Friedrich Schlegel, Forster, in: Kritische Schriften, Bd. 1, Paderborn et al. 1988, S. 194
- 7 AA VIII, S. 78
- 8 AA VIII, S. 60
- 9 AA IX, S. 236
- 10 Kant, Kritik der reinen Vernunft, A 236
- 11 Obwohl Kant soweit verteidigt werden muß, daß er es immerhin war, der das Denken konsequent unter dem Namen Spontaneität zu fassen versuchte.
- 12 AA XIII, S. 359f.
- 13 Horaz, Sämtliche Werke, München 1967, Epistula I, 14, S. 135
- 14 AA V, S. 513



Kalenderblatt Januar 1994, Aufbau Verlag

O daß nimmermehr dieser Zweifel in euch Wurzel schlage, diese Hoffnung nie von euch weiche, ihr, die das Unglück und die Ungerechtigkeit der Mächtigen verfolgt! Ja, sie wird kommen, die Zeit, wo man den Wert der Menschen weder nach angeborenem noch zufälligem Range, weder nach ihrer Macht noch nach ihrem Reichtum, sondern allein nach ihrer Tugend und Weisheit schätzen wird; die Zeit wird kommen, wo die Höhe des Standpunkts den Verbrecher nicht entschuldigt, sondern doppelt strafwürdig macht; wo das Blut des Bürgers, dem man Schutz versprochen, so heilig sein wird als jenes des Regenten, dem er um dieses Schutzes willen gehorcht; wo kein Vergleich fort dauern wird, der einer Partei das Vorrecht zugestände, alle Bedingungen und Pflichten ihrerseits unerfüllt zu lassen.

(Georg Forster, Darstellung der Revolution in Mainz. Die auf 16 Briefe berechnete Darstellung begann Forster im September 1793 in Paris aus dem Gedächtnis niederzuschreiben. Das bei Forsters Tod unvollendete Manuskript befand sich noch 1843 in seinem Nachlaß, aus dem es seine Tochter Therese und Georg Gottfried Gervinus in ihrer Werkausgabe publizierten.

Zug zur Errichtung des ersten Mainzer Freiheitsbaumes am 3. November 1792. Illustration aus: Tempel der Muse und Grazien, ein Taschenbuch zur Bildung und Unterhaltung, 1796

auch den Köpfen, den Fähigkeiten eine andre Entwicklung, dem Ideengang eine neue Richtung geben wird.“³ Es ist Forsters Glaube, daß „Menschenliebe dem Menschen von Natur gegeben ist“⁴, wenn er 1792 hofft: „Es wird doch freien Völkern nicht schwerer werden, sich gemeinschaftlich zu den ewigen Wahrheiten, die in der Natur des Menschen ihren Grund haben, zu bekennen, als es den Sklaven war, einem Herrn zu gehorchen?“⁵ Forsters unbeugsame Hoffnung soll enttäuscht werden — nicht jedoch ist diese Hoffnung bis heute widerlegt.

Forsters Revolutions- und Freiheitsidee, sowie seine ganze

diesem Sinne richtet sich Forster gegen jede Form von Statik und wissenschaftlichem System. Sein Begriff der Vernunft ist gleichsam frei von jeder Statik und kann durchaus dialektisch genannt werden, indem Forster die spontane Beweglichkeit der Vernunft behauptet. Was das heißt, zeigt ein anschaulicher Vergleich zu Kant, der demgegenüber eine sehr mechanische Vorstellung von der Vernunft und den Menschen hat und gerne vom „moralischen Gesetz in mir und bestimmten Himmel über mir“ spricht: die statische Bewegung des Gestirns als Maßstab des moralischen Gesetzes. Als wäre es eine Polemik gegen

Scheins und täuscht „den auf Entdeckungen herumschwärmenden Seefahrer unaufhörlich mit leeren Hoffnungen.“¹⁰ Man muß dazu wissen, daß Kant Königsberg nie verlassen hat und sich in allen seinen anthropologischen Schriften allein auf die Berichte Dritter verlassen hat. Daß Kant zudem einem minutiös geregelten Tagesablauf nachkam, sind persönliche Indizien einer Philosophie, die ihren kategorischen Imperativ aus dem festen Gesetz der Sterne ableitet. Für das Spontane, das Forster mit dem Bild des Ozeans verbindet, hat Kant nichts übrig.¹¹ „Je schärfer der Verstand, desto gefährlicher kann die mit ihm ver-

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölzicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

5/94

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zölzicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zölzicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 50674 Köln, Zölzicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgironummer Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkswirtschaft: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkswirtschaft: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 50674 Köln, Zölzicher Straße 7
Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg
Tel. 040/220 42 78, Fax: 040/229 74 19
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 10829 Berlin
Tel. 030/781 52 22, Fax: 030/784 89 25
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover
Tel. 0511/352 08 16
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölzicher Straße 7, 50674 Köln
Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart
Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München
Tel. 089/502 65 41, Fax: 089/502 81 12
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz
Tel. 034204/20 93